Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle Lerchenfeldstr 14 Tel (Red.) 21045, (Verl.) 21047 (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Donnerstag, 26. Januar 1928** | **8. Jahrgang • Nr. 22**

Uebt Solidarität mit den Streikenden!

Die Front steht unerschütterlich

Kampfstimmung: glänzend

Die Zentralstreikleitung teilt mit, daß die Aussperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer, die gestern in Kraft treten sollte, nach den vorliegenden Meldungen ziemlich restlos durchgeführt ist. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Magdeburg beträgt 20 000. In Halle sind es 8000 Arbeiter, jedoch zumeist Streikende. In Thale a. H. sind 4300 Arbeiter durch die Unternehmer auf die Straße geworfen worden. Dagegen hat in Merseburg nur ein kleiner Betrieb ausgesperrt. Außer der Aussperrung in Freithal und Riesa, Orte, die gar nicht dem mitteldeutschen Tarifvertrag angeschlossen sind, hat auch die Zeitzer Eisengießerei ihrer Belegschaft gekündigt und die Arbeiter auf die Straße geworfen. Die Kampfbegeisterung der ausgesperrten und streikenden Arbeiter ist nach wie vor sehr gut.

*

Die Streikfront der Metallarbeiter steht unerschütterlich. Alle Versuche der Metallindustriellen, durch Zuschriften, in Aussprachen, durch Bekanntmachungen und mit Drohungen die Metallarbeiter einzuschüchtern, sind erfolglos. Die Front der Unternehmer dagegen steht gar nicht so fest, wie man vortäuschen möchte. Eine Anzahl Firmen, die nicht dem Metallindustriellenverband angeschlossen sind (z. B. Bühring, Landsberg, Nattorp & Eberhardt, Hohenthurm) versuchen mit Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zu verhandeln, um zu verhindern, daß hier auch die Arbeiter in den Streik treten. An den Aussperrungsbefehl der Industriellen kehren sie sich nicht. Aber die Arbeiterschaft darf sich auch nicht an die besonderen Wünsche dieser Herren Industriellen kehren, sondern sie muß auch dort den Kampf aufnehmen.

In Halle findet heute die Auszahlung der Streikunterstützung für zwei Wochen statt. Die Solidaritätsaktion der gesamten Arbeiterschaft wird überall freudig begrüßt. Eine Generalversammlung des NFB. in Halle bewilligte der IAH. zur Auszahlung an die Streikenden 200 Mk. Zahlreiche Betriebe geben Sympathieerklärungen für die Streikenden ab und versichern, daß sie am Freitag

einen vollen Stundenlohn an die IAH. für die Streikenden

abliefern werden.

Im hallischen Bezirk sind weitere Aussperrungen vorgenommen worden. So wurde in Bebitz (Saalkreis) die zirka 200 Mann betragende Belegschaft der Mitteldeutschen Flaschenfabrik ausgesperrt. In Zeitz wurden die Belegschaften der Zeitzer Eisengießerei A.-G. mit Kündigungen und die Dampfkesselfabrik G. Schumann ohne Kündigung ausgesperrt.

Heute abend um 7 Uhr findet in Zeitz eine Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Vertrauensleute statt,

in der unbedingt Maßnahmen getroffen werden müssen, die diese Aussperrungsaktion der Unternehmer so beantworten, daß ihnen der Appetit vergeht. Durchführung des Streikes in den anderen Betrieben wird auch hier die Parole sein!

In Merseburg haben eine Anzahl Firmen die Forderungen der Metallarbeiter bewilligt. Dort wird gearbeitet. Die Firma Schlienz & Becker sperrte zwei organisierte Arbeiter aus, was die reformistische Gewerkschaftsleitung immer noch nicht mit der Aufnahme des Kampfes in den anderen Betrieben beantwortet hat.

Die bürgerliche Presse wünscht nach wie vor die schleunigste Beendigung des Kampfes durch die Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens und die Verkündung der Verbindlichkeit.

Gute Kampfstimmung im Magdeburger Bezirk

Die Kommunistenhetze der Reformisten bleibt nicht unbeantwortet

Die mit wenigen Ausnahmen restlos durchgeführte Aussperrung hat den Kampfgeist der Metallarbeiter nur gesteigert. In Burg haben die Unternehmer nicht ausgesperrt. Es kommen hier nur einige Mittelbetriebe in Frage. Soweit Mitteilungen vorliegen, sind in allen übrigen Orten, bis auf ganz kleine Betriebe, die Arbeiter ausgesperrt.

In Magdeburg veranstalteten gestern die streikenden Metallarbeiter eine gewaltige Kundgebung in der Stadthalle. Der Bevollmächtigte Kaulfers schlug unter dem Druck der glänzenden Kampfstimmung ziemlich radikale Töne gegen kapitalistische Rationalisierung und den Landesschlichter in Magdeburg an. Im selben Atemzug lobte er den Schlichter des Reichsarbeitsministeriums, der sich täglich bemühe, die Parteien näher zu bringen und 1 bis 2 Pfennig Erhöhung über den Magdeburger Schiedsspruch vorschlug. Wenn der Schlichter des Reichsarbeitsministeriums die Angelegenheit gleich in die Hand genommen hätte, wäre es nach Ansicht von Kaulfers nicht zu einem Kampf gekommen (!!).

Zwei Drittel seiner Rede verwandte er, um mit demagogischen Verdrehungen der Wahrheit die kämpfenden Metallarbeiter gegeneinander aufzuhetzen. Welche weiteren Kampfmaßnahmen durchgeführt werden sollen, um die Schlagkraft der Arbeiter zu erhöhen, vergaß er oder konnte er nicht sagen.

In wirkungsvoller Weise brachte Genosse Breitbach die Stimmung der kämpfenden Metallarbeiter und ihr Drängen auf Verschärfung des Kampfes zum Ausdruck. Nur durch die zielklare Arbeit der Opposition würde die reformistische Leitung vorwärts getrieben. Deshalb die gemeine Hetze gegen die in vorderster Linie kämpfenden kommunistischen Kollegen.

In Schönebeck und Umgebung, das nicht zum mitteldeutschen Industriegebiet gehört, befinden sich die Metallarbeiter ebenfalls in Bewegung. Hier laufen Manteltarif und Lohntarif zusammen ab. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen 3 Pfennig Zulage geboten.

Es ist notwendig, im Interesse der geschlossenen Kampffront, daß die Schönebecker Metallarbeiter dieses höhnische Angebot mit Aufnahme des Kampfes beantworten, um mit den Magdeburger Kollegen die 15-Pfennig-Forderung durchzusetzen.

Auch die Buchdrucker fordern Lohnerhöhung

Der Hauptvorstand des Buchdruckerverbandes hat den bis zum 31. März 1928 laufenden Lohntarif gekündigt. Bei der Veröffentlichung dieses Beschlusses weist der Verbandsvorstand darauf hin, daß er unbedingt daran festhalten werde, eine ausreichende, der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung diesmal durchzusetzen, da eine von ihm geforderte zwischentarifliche Lohnregelung, die er bereits im November v. J. anstrebte, an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert sei.

Ein glänzendes Beispiel praktischer Solidarität

In der gestrigen stark besuchten Generalversammlung des NFB., Ortsgruppe Halle, nahmen die Mitglieder u. a. auch Stellung zum gegenwärtigen Metallarbeiterkampf. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die heutige, sehr gut besuchte Generalversammlung des NFB. spricht den streikenden Metallarbeitern in ihrem Kampfe gegen das brutale Unternehmertum ihre vollste Sympathie aus. Die Versammelten geloben, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Streikenden bis zum siegreichen Ende zu unterstützen.

Als erste Hilfe wurden den streikenden Metallarbeitern einstimmig 200 Mark bewilligt.

Dieser begrüßenswerte Beschluß muß in allen Ortsgruppen der proletarischen Organisationen Nachahmung finden. Uebt Solidarität mit den im Kampfe stehenden Metallarbeitern, die auch für Euch, für uns kämpfen!

Munition für die ausgesperrten Metallarbeiter!

Zweite Veröffentlichung:

DMV., Ortsgruppe Wehlitz	3,50 Mk.
Sammlung Ortsgruppe Halle der IAH.	56,03 Mk.
Frau Hilliger, Halle	—,50 Mk.
HJV. Minerva, Halle (auf dem Maskenball ges.)	9,— Mk.
Turnverein „Frisch auf", Nietleben (auf dem Maskenball gesammelt)	17,— Mk.
Mieterverein Nietleben	10,— Mk.
Bureau der IAH. (Angestellte, Mitarbeiter)	19,— Mk.
Ortsgruppe Holzweißig der IAH.	25,— Mk.
Halle, bei Bäckermstr. Krempe 14 Brote	
NFB., Ortsgruppe Halle	200,— Mk.

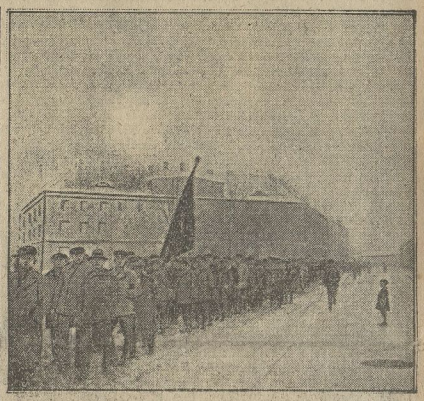
Der IAH. wurden von den Angestellten der Bezirksleitung der KPD. für die streikenden Metallarbeiter 150 Mark überwiesen.

Aus diesen Ergebnissen mögen alle Werktätigen ohne Unterschied der Partei erkennen, wie groß die Sympathie für die ausgesperrten Metallarbeiter ist. Die Ergebnisse der Betriebssammlungen werden in ihren Anfängen am Freitag erst spürbar sein.

Parole für den Freitag:

In jedem Betrieb, auf jeder Baustelle, überall wo Werktätige zusammenkommen, sammelt auf Listen der IAH. für die kämpfenden Arbeitsbrüder!

Arbeiter im Betriebe, führt Beschlüsse herbei, wonach Ihr für die Dauer des Streikes einen Stundenlohn zeichnet. Wo Sammellisten fehlen, fordert sie sofort telephonisch 29150 oder persönlich im Bureau der IAH., Große Steinstraße 16, ab. Der Metallarbeiterkampf ist ein Kampf für die gesamte Arbeiterklasse.



Die hallischen Metallarbeiter demonstrieren

Um was es geht

—e. Halle, 26. Januar.

Soll man eigentlich noch einmal beweisen, daß der Kampf um Lohnerhöhung für die Metallarbeiter sich auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage absolut notwendig machte? Wir bewiesen ja schon in früheren Aufsätzen, daß die reale Kaufkraft der Tariflöhne in der Zeit der Stabilisierung sich um keinen Pfennig vermehrt hat. Umgekehrt war es aber der Bourgeoisie möglich, allein schon ihren Luxusverbrauch ganz gewaltig zu steigern. So verratet uns eine Tabelle der „Reichskreditgesellschaft" über die Einfuhr einiger Luxuswaren, die natürlich nur die Bourgeoisie verbraucht, folgendes:

	1926 In Millionen Mark	1927 In Millionen Mark
1. Vierteljahr	92,6	142,8
2. „	80,8	125,5
3. „	103,0	144,7
4. „	40,6	77,7

Gibt diese Tabelle ebenfalls eine Antwort auf die Frage, ob die Arbeiterklasse auch nur einen geringen Anteil an der Hochkonjunktur gehabt hat? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Die schlechte Lebenslage der Arbeiterklasse wird auch noch dadurch illustriert, daß der Verbrauch an Fleisch, Kaffee usw. pro Kopf der Bevölkerung noch lange nicht den Verbrauch von 1913 erreicht hat, obwohl, wie die Luxusausgaben der Bourgeoisie beweisen, die Bourgeoisie ihren Verbrauch ungeheuerlich gesteigert hat.

Mit diesen Feststellungen fallen auch gleichzeitig alle Redensarten der Metallindustriellen über ihre „Notlage" in sich zusammen.

Doch im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf geht es um viel mehr, als um die 15 Pfennig Lohnerhöhung! Bei der Ablehnung der Lohnforderung durch die Unternehmer sieht besonders die Furcht vor der Erschütterung der relativen Stabilisierung durch Lohnerhöhung und Einführung des Achtstundentages im Vordergrund. Neben anderen wichtigen Faktoren (Auslandsanleihen usw.) waren die auf Kosten der Werktätigen durchgeführte Rationalisierung, die schlechte Entlohnung und die lange Arbeitszeit die wichtigsten Voraussetzungen zur relativen Stabilisierung. Jede Veränderung in diesen Fundamenten des wackligen Konjunkturgebäudes der deutschen Bourgeoisie kann das ganze Gebäude zum Zusammenbruch bringen. Das befürchten die Industriellen und darum lehnen sie kategorisch jede Lohnerhöhung ab, weil sie keine Lust haben, auf ihre Kosten unter Verzicht auf ihre Profite und Extraprofite die Stabilisierung zu erhalten. Daß besonders in diesem Kampfe die Unternehmer hartnäckig auf Ablehnung der Lohnforderungen beharren, liegt aber auch daran, daß auch sie erkannt haben, es handelt sich hier um ein entscheidendes Vorhutgefecht, dessen Verlauf alle anderen Kämpfe beeinflussen wird, die sich im Jahre 1928 in großer Zahl entwickeln werden. Nicht zuletzt werden diese Wirtschaftskämpfe auch einen großen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen haben. Darum möchte, ähnlich wie im Bergarbeiter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0001

streik, das Unternehmertum der Arbeiterschaft eine Niederlage beibringen und der übertrumpfenden Depressionsstimmung neuen Stoff zuführen. Das wurde ihnen im Bergarbeiterstreik sowohl wie jetzt durch den prächtig geschlossenen Aufmarsch nicht nur der gewerkschaftlich organisierten, sondern auch der unorganisierten Arbeiterschaft vereitelt.

Die wichtigsten Ausgangspunkte für die Aufnahme des Kampfes durch die Reformisten waren und sind ebenfalls nur die kommenden Wahlen. Das Renommee der Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokratie hat durch die Kuhhandelspolitik in den letzten Jahren, besonders durch den Verrat in Rhein-Westfalen im November 1927, gewaltig eingebüßt. Die reformistischen Leitungen der Gewerkschaften haben es nicht verstanden, bei allen Verhandlungen usw. den Arbeitern angesichts der guten Konjunktur auch nur eine geringe Besserung ihrer Lebenslage zu erkämpfen. Gleichzeitig mit dem Unwillen über die reformistische Taktik wuchs der Unwille anderer Arbeitermassen, die sich 1924/25 in das Schlepptau der „Retter" begeben hatten, über den Volksbetrug der Deutschnationalen, Völkischen usw. Eine große Linksbewegung der Massen ist seit Mitte des vergangenen Jahres Tatsache. Mit dieser Linksbewegung, die nicht zuletzt auf die unermüdliche Bearbeitung der Arbeitermassen durch die KPD. zurückzuführen ist, wuchs besonders stark der Einfluß der Kommunistischen Partei. Das Tempo der Entwicklung unserer Partei war bedeutend schneller als das Tempo der Entwicklung bei der Sozialdemokratie, die trotz ihrer Helfersdienste für die Bourgeoisie von der Linksbewegung profitiert. Statt diese Linksbewegung der deutschen Arbeiterklasse zur Durchführung einer wirklichen Arbeiterpolitik auszunutzen, gab die SPD. bei den Wahlen in Hamburg, Braunschweig und Hessen die Parole heraus: Der Feind steht links! Und nur um den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei aufzuhalten, die Linksbewegung für die sozialdemokratische Arbeitsbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik abzufangen und vielleicht auch der Bourgeoisie zu beweisen, daß es für sie viel billiger ist, mit der als gegen die Sozialdemokratie zu regieren, schwingen sich die reformistischen Führer in radikale Unkosten und haben auch aus diesem Grunde den Metallarbeiterkampf in Mitteldeutschland in Szene gesetzt.

Die Richtigkeit dieser Feststellungen beweist auch das ganze diplomatische Manöver, mit dem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Kampf eingeleitet haben. Die Verhandlungen wurden verschleppt, um den Tarif erst ablaufen zu lassen, bevor eine Verbindlichkeitserklärung verkündet war. Dann wurde der Kampf aufgenommen, aber immer hübsch bieder und brav im Rahmen der Bedingungen der Tarifpolitik. Die Kündigungen wurden eingehalten und an keiner Stelle wurde ein Wort gesagt gegen die Schändlichkeit dieses gesamten Schlichtungssystems.

Wenn viel Arbeiter jetzt auch der Meinung sind, die Gewerkschaftsführer haben sich endlich wieder aus den Verhandlungsstuben in das offene Kampfgelände zurückgefunden, so irren sie, wenn sie darin mehr sehen als ein gerissenes Manöver der Bureaukratie. Gerade weil es sich hierbei um ein Manöver der Reformisten handelt, müssen die Arbeiter umso energischer an den Forderungen festhalten und die Fortführung des Kampfes schon heute auch gegen jede Verbindlichkeitserklärung verlangen, die den Arbeitern nicht den geforderten Lohn bringt.

In diesem Zusammenhang muß nochmals auf das Problem der Unorganisierten hingewiesen werden. Gerade weil mit keinem Wort die Rößler & Co. in ihren Aufrufen auf die Unorganisierten eingehen, haben die Metallarbeiter selbst diese Frage zu stellen und zu beantworten. Selbstverständlich müssen die Unorganisierten restlos den freien Gewerkschaften zugeführt werden. Aber genau so selbstverständlich ist, daß jetzt verhindert werden muß, daß sie wirtschaftlich unterliegen und in die Betriebe zurückgehen und so die Streikfront ins Wanken bringen. Darum gilt es, die reformistische Bureaukratie zu zwingen, an die gesamte Arbeiterschaft zur Unterstützung der Unorganisierten zu appellieren, sie in Versammlungen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung aufzuklären, kurz in jeder Weise zu gewinnen. Da das aber die Rößler & Co. nicht tun, müssen die organisierten Metallarbeiter selbst den Kampf als Schule für die Unorganisierten benutzen. Die ablehnende Haltung, die die reformistische Bureaukratie hier einnimmt, kann eigentlich nur mit ihrem Willen zur Niederlage der Arbeiter erklärt werden, die ihr dann eine bequeme Handhabe bieten soll, ihr altes Ziel zu erreichen, die kommunistische Ortsverwaltung in Halle zu zerschlagen.

Nachdem wir so gesehen haben, um was es im Metallarbeiterkampf bei den Industriellen einerseits und bei den Reformisten andererseits geht, ist es nun sehr einfach, festzustellen, auf was es in diesem Kampf der Arbeiterschaft ankommen muß:

Es geht um die siegreiche Durchführung des ersten Vorhutgefechtes im Jahre 1928 für die kommenden großen Kämpfe in allen anderen Industrien, es geht um die Zurückgewinnung des dem Proletariat auf den Leib geschriebenen offenen Kampfgeländes, um die Vernichtung des ganzen Systems der Tarifpolitik und des Schlichtungsschwindels. Es geht um die Anwendung der revolutionären Kampfstrategie, die die Wirtschaftskämpfe aus dem Rahmen der heute völlig unzulänglichen Berufskämpfe hineinhebt in den Rahmen der Massenkämpfe gegen die vertrustete und monopolisierte Industrie des neudeutschen Imperialismus, ja des internationalen Kapitalismus. Es geht um die Organisierung des letzten Arbeiters im Kampf und zum Kampf, es geht um die Vernichtung des verhängnisvollen Einflusses des Reformismus, es geht um die Beseitigung aller Hindernisse, die sich der Arbeiterklasse bei ihrem Kampf um Lohn und Brot sowohl wie um den Sturz der Bourgeoisieherrschaft und die Errichtung der Arbeiter- und Bauernherrschaft, dem Beginn des sozialistischen Aufbaues in den Weg stellen.

Der Achtstundentagkampf in der brandenburgischen Metallindustrie

Wie wir bereits berichteten, beschloß die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Provinz Brandenburg in ihrer Sitzung am 15. Januar nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Verband Brandenburgischer Metallindustrieller, die Arbeiter aufzufordern, vom Mittwoch, dem 18. Januar, nach acht Stunden die Betriebe zu verlassen. Die Verhandlungen, die auf Grund dieses Beschlusses von der Ortsverwaltung Eberswalde des DMV. mit den Eberswalder Unternehmern aufgenommen und geführt wurden, endeten mit einem guten Erfolg für die Arbeiter. Die Unternehmer machen nämlich nun durch Anschlag bekannt, daß vom 25. Januar die Betriebe nach achtstündiger Arbeitszeit geschlossen werden.

Kampfvorbereitungen im Steinkohlenbergbau

(Eig. Meldung.) **Köln, 25. Januar.**

Ueber die Arbeitszeit für den Aachener Steinkohlenbergbau fanden gestern Verhandlungen statt. Der vom Schlichter des Bezirks Rheinland gefällte Schiedsspruch verlangte, daß die für die Untertageschicht vorgesehene Arbeitszeit mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Wurmreviers in der jetzigen Dauer bestehen bleibe, da die Kohlenherren des Wurmreviers nur auf diese Weise in der Lage wären, mit dem Ruhrbergbau zu konkurrieren. Bezüglich der Uebertagearbeiten sollte ein zweites Schiedsgericht eingesetzt werden. Die vorgeschlagene Regelung sollte Ende Oktober ablaufen. Der Schiedsspruch wurde von seiten der Arbeiterschaft abgelehnt, die Entscheidung der Unternehmer steht zurzeit noch aus.

Die SPD.-Arbeiter gegen Noske

Die SPD.-Führer machen große Reklame für die Reichstagskandidatur des Bluthundes

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 26. Januar.**

Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Plauen der SPD. nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Plauen nimmt davon Kenntnis, daß in dem Wahlkreis Weser-Ems bedauerlicherweise der Versuch gemacht wird, den früheren Reichswehrminister Noske als sozialdemokratischen Reichstagskandidaten aufzustellen. Ohne in das Entschließungsrecht der nordwestdeutschen Parteigenossen eingreifen zu wollen, erklärt die Versammlung, daß eine Kandidatur Noskes für die Partei politisch nicht tragbar ist und daß sie gerade im Wahlkreis Chemnitz, Zwickau und Plauen den schwersten Schaden für die Partei anrichten würde. Die Versammlung wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Reichstagskandidatur Noskes."

Die Breslauer Parteifunktionäre des SPD. beschlossen folgende Resolution:

„Falls dem Genossen Noske ein Reichstagsmandat angeboten wird und ihn nicht eigenes Taktgefühl bewegen sollte, die Kandidatur abzulehnen, wird der Parteivorstand ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Aufstellung unterbleibt. Die Kandidatur Noske würde die Wahlarbeit erschweren, den Wahlerfolg geradezu gefährden. Diese Stellung ist schon durch die Tatsache gedoten, daß die Person Noskes noch immer Gegenstand bitterer Kämpfe innerhalb der Arbeiterschaft darstellt. Diese Stellungnahme wird gebieterisch erfordert, da Noske noch in allerletzter Zeit den volksverdummenden Aufruf des Bürgerblock-Kanzlers unterschrieb und dadurch aufs neue die Partei geschädigt hat."

Während die sogenannten „Linken" aus wahltaktischen Gründen gegen Noskes Kandidatur auf dem Papier loswettern, betreibt neben der „Rheinischen Zeitung" auch die „Münchener Post" mit größter Schamlosigkeit einen Reklamefeldzug für die Wahl des Bluthundes:

„Mit kräftiger Hand hat Gustav Noske 1918 in verzweifelter Lage sein Werk angefaßt. Wenn Deutschland aus geschrlichstem Chaos gerettet wurde, so gehört ein Hauptanteil des Verdienstes Gustav Noske. Vielerlei Mißgriffe in einer immer noch stürmisch bewegten Zeit sind auf seinen Namen hinausgelogen worden. Der Kapp-Ludendorffsche Zwischenfall hat seine Tatkraft nicht erschüttert. Noske hat seine und des Volkes Sache durchgekämpft bis zu seiner Entscheidung."

Die Arbeit für die Noske-Kandidatur wird also auf Anordnung des Parteivorstandes fortgesetzt. Die sogenannten Linken versuchen mit papiernen Resolutionen darüber zu täuschen, daß die Noske-Kandidatur keine Personenfrage, sondern die Frage des gesamten politischen Kurses der SPD. ist. Sie schimpfen scheinbar gegen Noske, haben aber gegen die Noske-Kandidatur des Parteivorstandes und das Verbleiben Noskes in der Partei nichts einzuwenden. Das zeigt ihre jämmerliche Rolle.

Hart auf hart im Kampf der Kanalschiffer

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 26. Januar.**

Die Schlichtungsverhandlungen im Konflikt der westdeutschen Kanalschiffer sind gescheitert. Die Unternehmer lehnten rücksichtslos jedes Zugeständnis an die Forderungen der Schiffer ab. Der Verhandlungsvorsitzende machte als Vermittlungsvorschlag unannehmbare Zumutungen in der Lohnfrage und verlangte Festlegung auf eine sehr lange Zeit. Darauf wurden die Verhandlungen vertagt. Der Kampf geht weiter und wird von den Reedern mit aller Brutalität geführt. Die Schiffer werden mit Polizeigewalt aus ihren Wohnungen geholt und liegen mit ihrer Habe obdachlos auf der Straße. Trotzdem ist der Kampfwille der Kameraden in den westdeutschen Kanalschifferei ungebrochen. Sie wollen den Kampf bis zum Siege durchfechten.

Eine unzweideutige Antwort auf die Hetze der Gewerkschaftsbureaukraten gegen die IAH.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Belegschaft der Halleschen Röhrenwerke nahm in ihrer am 25. Januar stattgefundenen Belegschaftsversammlung mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der Gewerkschaftsbureaukratie in Halle, das Hilfswerk der IAH. für die streikenden Metallarbeiter unter allen Umständen zu unterbinden. Sie sieht hierin eine Maßnahme, die geschlossene Streikfront der organisierten und unorganisierten Metallarbeiter zu erschüttern. Die Solidarität aller Werktätigen ist das Rückgrat zur siegreichen Durchführung des Metallarbeiterstreiks. Die Unorganisierten gelohen ferner nach Beendigung des Streikes durch Eintritt in die freien Gewerkschaften dieselben durch aktive Mitarbeit zu Kampforganisation umzugestalten.

Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

Die Belegschaft der Halleschen Röhrenwerke verurteilt aufs schärfste die Maßnahmen der Gewerkschaftsbureaukratie, das Hilfswerk der Int. Arb.-Hilfe zur Unterstützung der unorganisierten streikenden Metallarbeiter zu unterbinden. Da dieser Streik für die gesamte Arbeiterschaft geführt wird, so darf auch das Solidaritätsgefühl der Werktätigen nicht mit Füßen getreten werden. Die Solidarität ist das Rückgrat der Streikenden bis zur siegreichen Beendigung des Metallarbeiterkampfes.

Die Klassenjustiz vor dem Reichstag

(Eig. Meld.) **Berlin, 25. Januar.**

Am liebsten würde der deutschnationale Justizminister Hergt die Debatte zu seinem Etat allein bestreiten. Er spricht eine Stunde am Anfang der Sitzung und macht eine große Entdeckung: nicht die Richter tragen die Politik in die deutsche Justiz, sondern die öffentliche Kritik verdirbt (!) die ungetrübte Sachlichkeit der Rechtsprechung. Jetzt weiß man doch, wer die Zuchthausurteile Niedners auf dem Gewissen hat. Vertrauenskrise der Justiz gibt es nicht. Sein Vertrauen hat die deutsche Justiz, sie arbeitet prompt und brutal gegen revolutionäre Arbeiter.

Landsbergs sozialdemokratische Kritik beschränkt sich darauf, einige besonders krasse Fälle der Klassenjustiz gegen Kommunisten und der Schonung von Rechtsputschisten anzuführen.

Politische Konsequenzen zieht er nicht.

Eine betonte Verbeugung vor der Verfassungstreue Hindenburgs verletzt die sozialdemokratische Fraktion in devotes Entzücken. Landsbergs Vollbart zittert elegisch, als er davon spricht, daß die breiten Massen weder von einer Rechts- noch von einer Linksdiktatur etwas wissen wollen. Abwarten!

Dann kam schon wieder Hergt. Er konnte anscheinend das Wasser der Rede nicht halten und plätscherte los. Mit dem Nachweis, daß die Beschlagnahme der Druckereimaschinen in der kommunistischen Druckerei in Hannover auf Anordnung Noskes geschah, setzt er Landsberg aufs Trockene und die sozialdemokratische Fraktion in tödliche Verlegenheit. Dann hält der Reichsjustizminister eine frisch-fröhliche deutschnationale Agitationsrede, lobt den Stahlhelm, verteidigt Oberstleutnant Duesterberg und erklärt, er halte es nicht für nötig, Fragen zu beantworten. Seinen eigenen Fraktionsgenossen, der nach ihm spricht, nimmt er damit die Rosinen aus dem Teig. Nur eine einzige ist verblieben: der deutschnationale Richter Lehmann verlangt Amnestie für Rechtsverbrecher.

Bis morgen, wo die Debatte weitergeht, wird Herr Hergt seine deutschnationale Gießkanne wieder aufgefüllt haben.

Riesengeschenke an die Großagrarier

Fort mit der Regierung der Großbourgeoisie

Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien setzte nachmittags im Reichstag seine Beratungen über die Kreditbilfe für die Landwirtschaft fort. Die Frage der Uebernahme der Zinsen für die Rentenbankkredite auf das Reich wurde als noch nicht spruchreif dem Reichsfinanzminister zur weiteren Prüfung überwiesen. Der Reichsfinanzminister (der sonst sparen will und jammert, er habe kein Geld) erklärte sich ferner damit einverstanden, daß die Dünger-Kredite in Höhe von 100 Millionen Mark, die im vorigen Jahre gewährt wurden, erst nach der diesjährigen Ernte und nach und nach in Raten zurückgezahlt werden können. Um die kurzfristigen Schulden der Landwirtschaft allmählich in Hypotheken-Schulden umwandeln zu können, stellt das Reich einen Zwischenkredit von etwa 100 Millionen in Aussicht. Im weiteren Verlaufe der Sitzung formulierten die Regierungsparteien ihre Wünsche für eine Beschränkung der Vieh- und Fleischeinfuhr.

„Revolution" der Großagrarier

Neue Auslandsanleihen für die Krautbarone

(Eig. Meldg.) **Berlin, 25. Januar.**

Die Vorstöße der Großagrarier zur Erlangung von Millionengeschenken finden bei der Bürgerblockregierung naturgemäß das größte Entgegenkommen. Die bisherigen Erklärungen des Reichsernährungsministers Schiele, der zugleich im Namen der gesamten Bürgerblockregierung sprach, haben die Unterstützungsbereitschaft der „notleidenden" Großagrarier deutlich zu erkennen gegeben. In der gestrigen Sitzung des Reichshaushaltsausschusses erklärte der Abgeordnete Kling (Bauernbund), dem die Zugeständnisse der Bürgerblockregierung noch zu gering scheinen: „daß man nicht davor zurückschreden werde, große Straßendemonstrationen zu organisieren, bei denen es auch zur Zerstörung von Finanzämtern kommen könne, wenn dem Verlangen und Forderungen der Großagrarier nicht voll Genüge geleistet werde". Der deutschnationale Abgeordnete Jandrey faselte sogar etwas von „Revolution der Landwirte".

Aus den weiteren Verhandlungen des Haushaltsausschusses war zu ersehen, daß die Bürgerblockregierung drauf und drauf ist, Auslandsanleihen ungeheißt in einer Höhe von 1 Milliarde Mark aufzunehmen, um diese ungeheure Summe als erste Rate der Landwirtschaft zur Unterstützung zuzuweisen. Es ist klar, daß diese Riesensummen fast restlos in den Rachen der großagrarischen Mitglieder des Reichslandbundes fließen werden, währenddem die wirklich notleidenden Kleinbauern von diesem Gelde nichts zu sehen bekommen.

Das Schulkompromiß perfekt

(Eig. Meldung.) **Berlin, 25. Januar.**

Noch gestern stellte die bürgerliche und sozialdemokratische Presse den „Konflikt" zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum in der Frage des § 20 betr. der Simultanschulen des Reichsschulgesetzes die Dinge so hin, als wäre eine Einigung kaum möglich. Der Jubel über ein neues Hindernis, an dem der Bürgerblock wahrscheinlich in die Brüche gehen würde, war aber verfrüht. Heute wird bereits gemeldet, daß der interfraktionelle Ausschuß der Bürgerblockparteien ein Kompromiß beschlossen hat, dergestalt, daß der Staatsgerichtshof entscheiden soll, auf welche Länder der folgende von der Deutschen Volkspartei eingebrachte Antrag zum § 20 des Schulgesetzes Anwendung finden soll. Dieser Antrag, den die Volkspartei natürlich nur gestellt hat, um ihren „Liberalismus" gegenüber ihren Wählern zu betonen, lautet:

„In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule nach Gesetz oder Herkommen besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustande."

Dieser Antrag soll dazu dienen, die Simultanschule dort, wo sie besteht, zu erhalten. Indem man die Entscheidung, auf welche Länder dieser Antrag anzuwenden ist, dem Staatsgerichtshof überläßt, ist von vornherein damit zu rechnen, daß die Entscheidung des letzteren nur im kulturreaktionären Sinne, d. h. den Zentrumsplänen entgegenkommend, fällt.

Mit dem Krach im Bürgerblock unter Sprengung der Regierungskoalition war es also wieder einmal nichts.

Verdunkelung der Kieler Munitionsschiebungsaffäre

(Eig. Meldg.) **Berlin, 25. Januar.**

Wie mitgeteilt wird, hat das Reichswehrministerium gegen das „Berliner Tageblatt" Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung zweier Reichsmarineoffiziere gestellt, und zwar handelt es sich um den Oberleutnant Protze und den Oberregierungsrat Beuster, die nach den Mitteilungen des „B. T." in die Kieler Munitionsangelegenheit verwickelt sein sollen. Das Reichswehrministerium betont, daß der Prozeß die erwünschte Aufklärung über die noch dunkle Affäre bringen werde.

Sicher dient der Strafantrag nur dazu, die Oeffentlichkeit noch wie vor über die dunklen Kräfte des Reichswehrministeriums, die hinter der Kieler Munitionsaffäre stehen, im unklaren zu lassen. Der Prozeß, dessen Durchführung sehr lange hinausgezogen werden wird, wird gleichfalls nichts zur Klärung der Angelegenheit beitragen, da man nach alter Methode im gegebenen Falle einfach die Oeffentlichkeit wegen „Gefährdung der Landesinteressen" ausschließen wird.

Der Präsident der Deutschen Bauernvereinigung, Freiherr Kerkerinck, hat seinen Vorsitz wegen der in der Organisation ausgebrochenen Differenzen niedergelegt.

Der Rat des englischen Gewerkschaftskongresses beschloß, seine Vertreter auf der internationalen Arbeitskonferenz, die in Genf zusammentreten soll, zu beauftragen, auf einer Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu bestehen

Im rumänischen Parlament vorhaftet wurde ein Abgeordneter der rumänischen nationalen Bauernpartei, der die Regierung in einem Aufruf beschuldigte, Landesverrat geübt zu haben.

In den Eisenbahnwerkstätten von Liloach (Indien) sind 10 000 Eisenbahnarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0002

Neue Kommunistenjagd in Budapest

(Von unserem Korrespondenten)

Die fleißigen Literaten der Budapester Staatspolizei ergießen wiederum reklamehafte Berichte in die stets aufnahmebereite Presse. Sie erzählen von der „prächtigen“ Arbeit der Politischen Abteilung. „Seit Wochen“ wird die Untersuchung Tag und Nacht geführt. Ganze Stadtteile von Budapest, ganze Provinzstädte wurden von Ziviltruppen der Polizei besetzt. Am 19. Januar erfolgte der „Hauptschlag“. Beim „ersten Zugreifen“ wurden 22 Arbeiter verhaftet: Der Generalstab einer Geheimorganisation, „die weit verzweigter ist als alle bisherigen“. Der Führer ist „allem Anschein nach ein zurückgekehrter Volkskommissar, wahrscheinlich Bela Kun selbst, der jetzt die Provinzstädte bereist“. „Weitere Verhaftungen erfolgen in den nächsten Stunden.“ Das beschlagnahmte, „sehr umfangreiche Material“ ist an die Landarbeiter gerichtet und befaßt sich mit dem großen Bauernaufstand des Georg Dozsa von 1514.

Diese und ähnliche Geschichten erzählt die Polizei dem erschrockenen Zeitungsleser schon am ersten Tage nach der großen Verhaftung und noch bevor die „weiteren Verhaftungen“ erfolgt sind. Später, am nächsten Tage schon, bekannten die Polizeistrategen, daß nur drei Arbeiter, allem Anscheine nach Mitglieder der legalen Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, in Haft genommen wurden, bei elf Arbeitern wird erst die Untersuchungsbehörde zu entscheiden haben. Sieben Festgenommene sind wieder freigelassen. „Die Festgenommenen scheinen nach dem berüchtigten Zellensystem organisiert zu sein und können deshalb keine brauchbaren Aussagen machen.“

Damit erweist sich die weit ausholende Geste als kräftiger Schlag ins Wasser. Die Budapester Politische Polizei wollte das Vaterland und mit ihm die europäische Zivilisation wieder einmal retten, doch hatte sie dazu zu wenig Bolschewisten auf Lager.

Die Rettungsaktion, bzw. die von der Polizei verbreitete Panikstimmung sollte nämlich der ungarischen Reaktion zugute kommen. Es tauchen in der innerpolitischen Lage Ungarns zahlreiche Momente auf, die die Wiederherstellung der „Einheit der Nation“ notwendig machen. Und die Furcht vor dem Proletarier war bisher immer das beste Mittel, innere Klassenstreitigkeiten der Bourgeoisie zu verkleistern.

Die allmächtige Regierungspartei der „christlichen Einheit“ beginnt nämlich zu zerfallen. Der sich verschlechternde Krankheitszustand des autoritativen Führers, des Ministerpräsidenten Bethlen, stellt die verschiedenen Gruppierungen der Bourgeoisie, aus deren Vertretern die Einheitspartei besteht, vor das Problem der Nachfolge an der Vormacht. Deshalb die beschleunigte Fraktionsbildung, deshalb plötzlich eine sehr aktive Fraktion der kleinen Landwirte, eine „liberale“ Fraktion, ein Zentrum usw. Dabei erkennen die Vertreter der Bourgeoisie, daß die Parlamentswahlen in Westeuropa 1928 eine Verschiebung der parlamentarischen Verhältnisse in mehreren Ländern, von deren Unterstützung die Konsolidierung der ungarischen Bourgeoisie abhängt, verursachen können. Sie wollen sich auf die geänderte Zusammensetzung der westeuropäischen Parlamente im voraus einstellen.

Auch die legitimistische Bewegung, die von den adligen Großgrundbesitzern und „demokratischen“ Industrie- und Handelskapitalisten geführt, die Habsburger zurückbringen will, bedroht die Herrschaft der regierenden Gruppen der Bourgeoisie.

Der Kongreß der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei am 6. bis 8. Januar zeigte, daß immer größere Massen gegen die Burgfriedenspolitik des Parteivorstands rebellieren. Die alten Vorstandsschieber haben zwar ohne Mühe eine Kongreßmehrheit für die weitere Zusammenarbeit im Parlament und in den Betrieben, für die „bedingte“ Zustimmung zu allen Regierungsmaßnahmen und für die kriegerische Außenpolitik zustandegebracht, aber die Opposition — die bei weitem keine klare, eindeutige, aber doch eine mehr klassenmäßige Linie fordert — hat von den abgegebenen 211 gültigen Stimmen nicht weniger als 50, die überwiegende Mehrheit der von den Arbeitern wirklich gewählten Delegierten, für sich gewonnen. Es war ein deutliches Zeichen dafür, daß der Wert des Bündnisses mit der sozialdemokratischen Parteileitung für die Bourgeoisie immer geringer wird.

In diese, zahlreiche Gefahrmomente aufweisende Situation wollte die Reaktion mit Hilfe einer von der Politischen Polizei zur rechten Zeit aufgedeckten neuen kommunistischen „Verschwörung“ mit einem neuen Rakosi- oder Szanto-Prozeß rettend eingreifen.

Der Vorsicht unserer Genossen ist es zu verdanken, daß ihr dieser Versuch so gründlich und blamabel mißlungen ist.

Terror gegen Sozialdemokraten in Rumänien

(RHP.) Die Siguranza von Czernowitz hat das Organ der sozialistischen jüdischen Organisation, „Bund“, verboten.

Ferner wurde die Konferenz der sozialdemokratischen Bezirksorganisation, die am 6. und 7. Januar stattfinden sollte, von der Siguranza verboten.

Die rumänischen Sozialdemokraten haben eine Delegation zum Innenminister gesandt, um gegen diese Terrorakte zu protestieren.

Dieser „Protest“ wird ihnen aber nicht viel nützen.

Die Unterdrückungsmaßnahmen in Griechenland

(RHP.) In der letzten Woche haben wieder in Griechenland Massenverhaftungen stattgefunden. Eine Meldung aus Athen teilt mit, daß dort allein 72 neue Haftbefehle ausgestellt worden sind.

Ferner ist die Auflösung des Tabakarbeiterverbandes und der Roten Hilfe in Aussicht genommen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Staatsanwalt beauftragt worden, die Auflösung der Roten Hilfe vorzunehmen. Zunächst hat man diese Maßnahme nicht gewagt, weil die Rote Hilfe von breitesten Sympathien getragen worden ist. Auf der Konferenz der Roten Hilfe in Athen haben 3000 Arbeiter die Arbeit dieser Organisation der Solidarität verfolgt. Ein Gruß an die Verhafteten und Verbannten wurde entsandt

Ehe die Auflösung der Roten Hilfe vorgenommen werden kann, werden jedoch zunächst die Bezirksorganisationen in Griechenland verfolgt. Der ganze Bezirksvorstand von Cavala ist verschwunden. Die Lokalbehörden haben jede Auskunft über den Verbleib dieser Genossen verweigert, so daß das Schicksal dieser Funktionäre ganz ungewiß ist. Auch einer Arbeiterdelegation haben die Behörden jede Auskunft verweigert.

„Hexen“ darf man ermorden

Horthys Justiz läßt die schlimmste Reaktion aufjauchzen. In einem ungarischen Dorf wurde vor einiger Zeit eine alte taubstumme Frau unter der Anschuldigung, eine Hexe zu sein, von Bauern mit Knüppeln totgeschlagen. Das Gericht erster Instanz verurteilte die Mörder zu gelinden Strafen. Die Verurteilten legten Berufung ein. In der neuen Verhandlung wird festgestellt, daß der Bauer, der den Gedanken von dem Treiben einer Hexe aufgebracht hatte, wahnsinnig war. Trotzdem sprach das Gericht die Mörder frei — weil sie nach den Umständen an das Treiben einer Hexe glauben konnten.

In Ungarn also darf man an Hexen glauben und Hexen ungestraft totschlagen!

Kommunistenprozeß in Riga

Der Prozeß gegen mehrere Mitglieder der kommunistischen Jugend endete mit der Verurteilung von fünf Angeklagten, unter denen sich Miller befand, zu Zwangsarbeitsstrafen von drei bis sechs Jahren. 15 Angeklagte wurden zu zwei bis vier Jahren Festung verurteilt, sechs wurden freigesprochen. In mehreren Städten des Landes, besonders in Libau, erfolgten weitere Verhaftungen.

Neues Wüten des weißen Terrors in Südchina

(Inprekorr.) Schanghai, 23. Januar.

Die Zeitungen berichten über eine Verschärfung des weißen Terrors in Wuhan und in Süd-China. In Wuhan fanden Massenhinrichtungen von Kommunisten statt. Am 20. Januar allein wurden 37 Kommunisten erschossen. Auf der Insel Makao sind mehrere hundert Personen unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen verhaftet und 12 von ihnen nach Kanton überführt worden.

Warum schweigt die sozialdemokratische Presse?

Der „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Presse, die in der letzten Zeit einige Male den Versuch unternahmen, das Arbeitslosenversicherungsgesetz zu verteidigen und die Kommunisten als Nichtwisser und Nichtkenner zu beschimpfen, sind mit einem Male auf Grund unserer Veröffentlichungen sehr still geworden. Aber diese Schweigsamkeit ist sehr unangebracht. Wenn man Zeit findet, Lobartikel über Brauns, über Groener und sonstige Bürgerblockanhänger zu schreiben, so haben die fast zwei Millionen Erwerbslosen absolut das Recht, wenn sie verlangen, daß die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsleitungen einige Fragen sehr konkret beantworten. Da die SPD.-Führer für ihnen unangenehme Dinge ein sehr kurzes Gedächtnis haben, wollen wir die Fragen noch einmal wiederholen.

1. Warum haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung ihr Einverständnis zu der Verlängerung der Wartezeit auf zwei und drei Wochen gegeben?

2. Aus welchem Grunde haben die freigewerkschaftlichen Mitglieder des Verwaltungsrates der Reichsanstalt in der Sitzung am 13. und 14. Dezember nicht die Aufhebung der Verordnung gefordert?

3. Mit welcher rechtlichen Begründung hat der sozialdemokratische Stadtrat Brühl, Vorsitzender des Landesarbeitsamtes Berlin und Brandenburg, die Verfügung Nr. 304 erlassen, wonach nur diejenigen Erwerbslosenunterstützung erhalten, die 26 Wochen hintereinander gearbeitet haben oder im Falle ihrer Erwerbslosigkeit auf Krisenunterstützung verzichten?

4. Warum hat die sozialdemokratische Presse und die freigewerkschaftliche Funktionärkonferenz am 28. und 29. Dezember 1927 nicht gegen diese Verordnung protestiert? Denn für den Bezirk Brandenburg wird auch der Art. 3 in Anwendung gebracht.

5. Warum haben Spliedt, Löhrke und die anderen freigewerkschaftlichen Mitglieder des Vorstandes der Reichsanstalt nicht gegen die ungesetzliche Neugründung der Stellenvermittlung RAND protestiert, obgleich nach § 51 weder Hindenburg noch Brauns, sondern nur der Vorstand der Reichsanstalt hierfür zuständig ist?

6. Warum erheben die sozialdemokratischen Beisitzer im Verwaltungsrat und Vorstand der Reichsanstalt nicht gegen die vom Reichsarbeitsminister verfügte Beitragserhöhung Einspruch, obgleich der § 150 des Gesetzes und § 180 der RVO. bestimmt, daß Einkommen über 70 Mark pro Woche anrechnungsfrei bleiben?

7. Warum sorgen die sozialdemokratischen Mitglieder im Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsanstalt nicht dafür und warum duldet es Brühl, daß die Spruchausschüsse erst drei bis vier Wochen nach Eingabe einer Beschwerde zusammentreten und die, denen man zu Unrecht die Unterstützung entzogen hat, wochenlang hungern müssen?

Das sind nur ein paar konkrete Fragen aus der Fülle des Materials. Der „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Presse werden sich hüten, eine konkrete Antwort zu geben, sondern höchstens eine neue Schimpfkanonade gegen die Kommunisten eröffnen oder über angebliche Zustände in Turkestan polemisieren.

Die Arbeiter aber verlangen Antwort. Wird die sozialdemokratische Presse den Mut dazu finden? Wir fordern alle Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften auf, die hier gestellten Fragen auch dort so lange zu wiederholen, bis ihnen geantwortet wird.

Verhaftung des kommunistischen Abg. Marty

Die Polizei hat heute nacht den kommunistischen Abgeordneten Marty, der zur Verbüßung des Restes seiner Gefängnishaft gesucht wurde, in Boulogne sur Seine verhaftet.

Nacht über Rußland

Lebenserinnerungen von Wera Figner

10] Copyright by Malik-Verlag / Berlin 1926

Den Glauben an den Zaren zertrümmern könnte man nur durch den tatsächlichen Beweis, daß der Zar nicht die Interessen des Volkes wahre, den Klagen und Beschwerden des Volkes kein Ohr leihe. Eins der Mittel dazu sei, durch systematische Organisierung von Bittgängen dem Zaren Wünsche und Nöte von Dörfern, Kreisen und ganzen Gouvernements vorzutragen. Das Schicksal derartiger Bittgänger sei bekanntlich Verbannung, Verhaftung oder Abschub in die Heimat. Bittere Erfahrung werde dem Volke zeigen, daß es vom Zaren nichts zu erwarten habe, daß es nur auf seine eigenen Kräfte bauen dürfe, wenn es eine bessere Zukunft erobern wolle. Um den Mut des Volkes und seine Fähigkeit, eigene Interessen zu verteidigen, zu steigern, sei ein systematisches Vorgehen der Revolutionäre notwendig: sie müßten unter dem Volke in einer Form leben, die die Gewohnheiten und Schwächen des Kulturmenschen nicht allzusehr vergewaltigt, die Revolutionäre aber dem Volke nahe sein läßt, in einem sozusagen halbintellektuellen Beruf (sei es als Gemeindeschreiber, Sparkassenbuchhalter, Feldscher, Krämer usw.) und müßten dann alle Gelegenheiten im Bauernleben ausnützen, um die Idee der Gerechtigkeit zu unterstützen, die Allgemeininteressen der Bauern und die Würde auch des Einzelnen zu verteidigen. Der Revolutionär sollte in seiner Stellung, etwa als Dorf- oder Bezirksschreiber, Einfluß auf das Distriksgericht ausüben, Schnaps und Bestechung daraus vertreiben, es zu einem wirklichen Gericht des Volksgewissens machen; er sollte die Bedeutung der Dorfversammlung und des Bezirksgerichtes heben, sie zum wirklichen Ausdruck der öffentlichen Meinung machen und sie nicht, wie bisher, zum Spielball irgendwelcher Dorfkaufte werden lassen; er sollte die Dorfwucherer und Blutsauger von den Gemeindeangelegenheiten abdrängen und die Bedeutung der Dorfarmen erhöhen; sollte Prozesse gegen die Gutsbesitzer, Dorfwucherer, Regierungsbehörden anregen und unterstützen; sollte, wo nur irgend möglich, darauf bestehen, daß die Bauern ihre Rechte und Errungenschaften verteidigten; kurz, er sollte im Bauerntum den Geist der Selbstachtung und des Protestes entwickeln und gleichzeitig auch energische Naturen, Führernaturen, erspähen, die sich der Dorfinteressen besonders annähmen; sollte sie in Gruppen zusammenschließen, um sich im Kampfe auf sie zu stützen, der, mit legalen Protesten beginnend, schließlich hinaustreten würde auf den Weg der offenen Revolution.

Diese Grundprinzipien wurden zur Begutachtung unterbreitet bei Zusammenkünften, zu denen diejenigen eingeladen wurden, die sich irgendwie hervorgetan hatten, meist Illegale. Das Programm des Wirkens unter dem Volke wurde in den Versammlungen einmütig gebilligt, jedoch mit einigen neuen und für die Zukunft sehr wichtigen Ergänzungen. Erstens beschloß man, die Tätigkeit unter dem Volke auf eine bestimmte Gegend zu konzentrieren, die ihren Traditionen nach revolutionär, und wo die Agrarfrage am meisten zugespitzt sei. Als solche wurde das untere Wolgagebiet genannt.

Da auf dem revolutionären Banner nur schon bestehende Forderungen des Volkes geschrieben standen, so war es nicht mehr notwendig, sich über ganz Rußland zu zersplittern: es mußte genügen, eine Gegend bis zum Aufstand zu führen, damit die übrigen, durchdrungen von denselben Wünschen und Forderungen, sich einer Bewegung anschlössen, die das allgemeine Volksideal vorantrug.

Zweitens wurde darauf hingewiesen, daß einem Aufstand der Erfolg nicht sicher sei, wenn nicht ein Teil der revolutionären Kräfte für den Kampf direkt gegen die Regierung verwandt würde, zur Vorbereitung eines „Schlages ins Zentrum“, der im Augenblick des Aufstandes in der Provinz den Staatsmechanismus in Verwirrung bringen und damit der Volksbewegung Zeit zur Stärkung und Ausbreitung gewinnen sollte. Damals wurde zum ersten Male von der Möglichkeit gesprochen, das „Winterpalais“ mit Dynamit in die Luft zu sprengen und unter seinen Trümmern die ganze Zarenfamilie zu begraben. Außerdem wurde damals beschlossen, die Ehre und Würde von Genossen mit der Waffe zu verteidigen und die Willkür allzudienstfertiger Regierungsagenten mit dem Dolche zu zügeln. Dieser Akt revolutionärer Gerichtsbarkeit erhielt den nicht ganz glücklichen Namen „Desorganisation der Regierung“, und der Erste, der für sein Strebertum und die rücksichtslose Quälerei der Verhafteten büßen sollte, war der Staatsanwalt Shelichowski. Er blieb jedoch am Leben, erhielt aber nicht die übliche Auszeichnung für den von ihm geführten Monstreprozeß, der mehreren Angeklagten das Leben kostete, da die mehr als dreijährige Untersuchungshaft Schwindsucht und Wahnsinn hervorgerufen und einige zum Selbstmord getrieben hatte.

Die Gesellschaft „Land und Freiheit“

Die damals entstehende revolutionäre Organisation war nicht auf dem Föderativprinzip, sondern, wenn auch noch ziemlich locker, zentralistisch aufgebaut. An der Programmberatung nahmen etwa 30 bis 40 Personen teil, die Zahl derjenigen, die man in die Organisation aufnehmen konnte, schätzte man auf 120. In der Frage, auf welche Weise wir neue Mitglieder anwerben sollten, ergab sich leider ein Zwiespalt. Die einen, die meist in Gruppen gearbeitet hatten, die durch Bande engster Freundschaft und Sympathie zusammengehalten wurden, setzten sich dafür ein, daß nur tiefes gegenseitiges Vertrauen, nahe Bekanntschaft und gegenseitige Sympathie die Grundlagen der Organisation sein sollten; die anderen hingegen behaupteten, daß eine auf solchen Prinzipien aufgebaute Organisation wohl fest, jedoch zu klein sein und niemals solchen Umfang erreichen würde, wie wenn die bloße Tüchtigkeit, die anerkannte Nützlichkeit und die Ehrlichkeit eines Menschen zu seiner Aufnahme als genügend angesehen würden.

Es entstanden zwei anfänglich fast gleich große Gruppen: die eine schwand dahin, die andere, der Verband: „Land und Freiheit“, blühte auf und breitete sich aus. Leider gehörte ich der ersteren Gruppe an.

Der Verband „Land und Freiheit“ wurde im Herbst 1876 organisiert; sein Hauptgründer und Leiter war der kluge und energische Mark Andrejewitsch Natanson, ehemals in der „Tschaikowski-Gruppe“, ein Agitator ersten Ranges. Der Name der Gesellschaft war, wie er mir damals schon erklärte, im Andenken an die gleichnamige Gesellschaft angenommen worden, die in den sechziger Jahren gewirkt hatte. Uebrigens nannten wir uns damals nicht „Landfreiheitler“, sondern „Volkstümler“. Das gab wahrscheinlich auch Veranlassung zur Behauptung, die Gesellschaft „Land und Freiheit“ sei erst im Jahre 1878 entstanden, als ihr Organ gleichen Namens zu erscheinen begann.

Dem Verband „Land und Freiheit“ gehörten außer Natanson, seine Frau Olga, Oboleschew, Adrian Michailow, Alexander Michailow, Bogoljubow, Trostschansky, Plechanow, Barannikow und andere an; zur anderen Gruppe gehörten: Bogdanowitsch, Pissarew, Pimen Enkuwatow (ein alter „Netschajew-Mann“), Marie Leschern, Weimar, Gribojedow, Subbotina, Drago, Kornilowa und ich. Das neue Programm verpflichtete uns, unsere Tätigkeit auf alle Schichten der Gesellschaft zu erstrecken. Es betonte die Notwendigkeit, in die Armee, in die Verwaltung, in die Semstows (Ständische Verwaltung auf dem Lande unter Ausschluß der Bauern), in die Vertretungen der freien Berufe einzudringen, alle diese Elemente in den Kampf gegen die Regierung hineinzuziehen, sie zu Protestkundgebungen gegen Regierungsmaßnahmen aufzurütteln. Diese Politik begann mit der verunglückten Demonstration vom 6. Dezember 1876 am Isaak-Dom und auf dem Kasaner Platz in Petersburg und wurde nach einer Pause fortgesetzt durch die Demonstration beim Begräbnis von Podlewski, der im Untersuchungsgefängnis gestorben war. Dann folgten die Streiks in den Fabriken von Schau und in einer neuen Baumwollspinnerei, die Prozession der Arbeiter zum Anitschkow-Palast, um den Thronfolger zu bitten, sie vor der Ausbeutung durch die Fabrikanten zu schützen, die Petition der Petersburger Hochschulen um Verleihung von Korporationsrechten, der Plan der medizinisch-chirurgischen Akademiestudenten, dem Thronfolger eine Petition um Gewährung einer Staatsverfassung zu unterbreiten. Alle diese und ähnliche Maßnahmen sollten in der Oeffentlichkeit einen steten Zustand von Erregung und Unzufriedenheit wachhalten und die Regierungsstellen in Unruhe versetzen. So sollte die Demonstration auf dem Kasaner Platz eine Antwort sein auf die unerhörte Behandlung der politischen Gefangenen durch den Gendarmerie-Chef, eine Herausforderung an die Regierung, sollte mitten in der allgemeinen Grabesstille die Gegner durch ihre Verwegenheit überraschen und die Anhänger ermutigen. Dieses Ziel erreichte sie in der Tat. Nur in einigen Jugendzirkeln Petersburgs zeigte sich Unzufriedenheit mit der Demonstration. Sie meinten, die Organisatoren hätten das Publikum als Werkzeug für ihre Ziele benutzt. Aber das war unwahr, schon allein deswegen, weil alle Organisationsmitglieder in eigener Person an der Demonstration teilgenommen und nur aus zufälligen Gründen nicht dafür hatten büßen müssen. Fast hätte auch meine eigene politische Laufbahn mit dieser Demonstration ein jähes Ende gefunden: nach der Rede Plechanows hoben die Demonstranten den jungen Arbeiter Jakob Potapow hoch, und er entrollte die rote Fahne mit der Inschrift „Land und Freiheit“. Die Schutzleute gaben Pfeifensignale, und die Demonstranten eilten auseinander. Ich, meine Schwester und Jakob Potapow, den wir zu Mittag eingeladen hatten, gingen den Newski-Prospekt entlang. Wir waren alle drei unerfahren, so daß wir an keine Gefahr für Potapow dachten, der für die Schutzleute leicht an seinem kurzen Pelz wiederzuerkennen war. In der Tat, an der Ecke der Sadowaja-Straße stürzten sich zwei Spitzel, die uns wahrscheinlich schon lange gefolgt waren, plötzlich auf Potapow und verhafteten ihn. Sie waren so mit ihm beschäftigt, daß wir unbemerkt in einer Droschke entkommen konnten.

Der ursprüngliche Gedanke der Mitglieder von „Land und Freiheit“, die die Demonstration organisiert hatten, war, eine möglichst große Zahl von Fabrikarbeitern zu versammeln und auf dem Platz eine Rede zu halten über die armselige Lage und Rechtlosigkeit der Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Unternehmer; danach sollte das Banner von „Land und Freiheit“ emporgehoben werden als Losung der Zukunft. Aber am Tage zuvor war ein Feiertag gewesen, und das störte die Einberufung; die Arbeiter waren in ihren Häusern zerstreut, zur Demonstration war hauptsächlich studierende Jugend erschienen, Plechanow hielt seine Rede über das Schicksal Tschernyschewskis und über die politischen Verfolgungen aus dem Stegreif. Die Polizei und ihre damals treuesten Helfer, die Hauswarte, schlugen auf die Demonstranten ein und nahmen 35 von ihnen fest, die dann dem Gericht übergeben wurden. Solch ein Ende der Demonstration war für die Betroffenen und deren Freunde und Bekannte natürlich wenig tröstlich, denn die Knüppelei auf der Straße war roh, und das Gericht zeigte sich beispiellos hart; außerdem waren viele von den Angeklagten Leute, die der Sache ganz fern standen und der Demonstration nur als einem Schauspiel beigewohnt hatten. Wenn man überhaupt den Organisatoren irgendwelche Schuld geben will, so nur die, daß sie es jedem einzelnen überließen, selbst zu beurteilen, welche Folgen eine Demonstration in den Straßen der Hauptstadt haben könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0003

SCHAUBURG

Telephon 29832 — Gr. Steinstr. 27/28

Manege

übertrifft alle bisher erschienenen Zirkusfilme
Ein Film allererster Klasse

Außer atemberaubenden Zirkusszenen sind menschliche Schicksale mit größter Eindringlichkeit dargestellt. Außerdem ist die musikalische Illustration dieses deutschen Spitzenfilms von **B. Padoni** für jeden Besucher ein ganz besonderer Genuß 263

Hierzu das große Beiprogramm und die neueste Wochenschau

Besuchen Sie nach Möglichkeit die Nachmittagsvorstellung, da der Abendandrang ein gewaltiger ist

Wochentags 4.30 6.30 8.30 — Sonntags ab 3 Uhr

Infolge der großen Nachfrage verlängern wir
Freitag – Sonnabend – Sonntag
den Kulturfilm

Darf ich heiraten

Hygiene der Ehe

Täglich 11 Uhr: Nachtvorstellung

Nicht sobald wiederkehrende Kaufgelegenheit!

Mein Ausser-gewöhnlich billiger Verkauf dauert fort!

Satz Gm.-Schmortöpfe grau, ohne Fehler, 5 Stck. 3,94	Küchengarnitur 22teilig 8,73	Satz Schüsseln weiß 6 Stück 0,88	Alum.-Kaffeelöffel 0,06
Zinkeimer 28 cm 0,84	Goldrandtasse mit Unterlasse, Schalenform 0,24	Waschbrett mit guter Zinkeinlage 0,88	Alum.-Eßlöffel 0,08
Porz.-Kaffeeservice 9tlg., mit bl. Kante 2,90	Resteier Dutzend 0,48	Zinkwanne extragroß 2,78	Alpaka-Kaffeelöffel 0,19
Goldrandspeiseteller mit Zackenrand 0,47			Alpaka-Eßlöffel 0,30
Porz.-Kaffeebecher groß 0,09			Nudelrolle 0,17
Handfeger 0,23			Milchtopf, braun 0,12
Stubenbesen 0,49			Pfeffermühle 0,20

SOBEL

Steinweg 45 — Mengenabgabe vorbehalten!
Große Ulrichstr. 9 — Mengenabgabe vorbehalten!

Beachten Sie meine Schaufenster, Sie werden staunen!

„Atlantic"

Deutsche Seefischvertriebs-G. m. b. H.
Geiststraße 47 — Fernspr. 29647

Für **Freitag** eintreffend in la Qualität:

Frische grüne Heringe 18 ₰ Pfund, 5 Pfund nur 85 ₰
lebendfr. Ostsee-Dorsch 40 ₰ Pfund
Kabeljau, Seelachs und Goldbarsch billigst
Steinbutt Pfd. 120 ₰
Rotzunge Pfd. 85 ₰
Weißfische, Barse, Bleie
Ferner zarte, goldgelbe, geräucherte
Bücklinge
½ Pfund 20 ₰
1 Pfund nur 38 ₰
Alle anderen Räucherwaren sowie Marinaden zu äußerst billigen Preisen
Reiche Auswahl in Feinmarinaden und prima Oelsardinen
Salzheringe
in bekannter Qualität billigst
Zustellung frei Haus

Stadt-Theater
Heute 258
Donnerstag, 20—22¼ Uhr
Der Patriot
Freitag, 20-22¼ Uhr
Fidelio

Walhalla
Tel. 28385
Nur noch 6 Tage!
Hartstein
in seinen Glanzrollen
Drei grüne Jungen
und 257
Adam und Eva

„Hallo, Halle"
256
Sonnabend, 28. Januar, nachm. 4 Uhr wird das alte, allen Hallensern wohlbekannte „Bratwurstglöckle" als
„Neues Bratwurstglöckle"
wieder eröffnet!
Neue Bewirtschaftung
Täglich: Künstlerkonzert

Edison-Theater
Goethestraße 26
Verlängert von Freitag b. Montag
Metropolis
12 Akte
Ein sozialer Zukunftsfilm, welcher d. Kampf zwischen Herrschenden und Dienenden zeigt
Wegen der gewaltigen Filmlänge
Wochentags 8 Uhr
Sonntags 1/26 und 8.20 Uhr
Vorher: 260
Zwei tolle :: Grotesken ::
Montag pünktlich 8 Uhr

---

la. Herren-Filzhüte moderne Formen und Farben ..... Stück 5,50
la. Damen-Filzhüte neueste Formen ..... Stück 4,50
Sportmützen Gabardine ..... von 1,35 an
Strümpfe in großer Auswahl
Paul Köppen
Fischgasse 21 Weißenfels Fischgasse 21

Turnerbund Zeitz e. V.

Unser diesjähriges
Kostümfest
veranstalten wir am Sonnabend, dem 28. Januar in sämtlichen Räumen des Tiergartenhofes in Form einer originellen Oberbayrischen Dorfkirmse am Fuße der Zugspitze. Allerlei Überraschungen. Um 11 Uhr Aufstieg nach der Zugspitze. Im Saal: Extra-Kapelle verstärkt. Im Wintergarten: Thomas-Kapelle. Wer einige vergnügte und humorvolle Stunden verleben will, ist hierzu herzlichst eingeladen
Der Turnrat
212

T.B.Z.

Genossen kaufen sehr preiswert im
Möbel-Geschäft Alfred Andag
Halle (Saale)
nur Poststraße 9 u. 10
Küchen — Schlafzimmer
Wohnzimmer 128
Angenehme Ratenzahlungen

Sohlleder-Ausschnitt
empfiehlt billigst
Albert Fabig,
Hallorenstraße 1

31
Freitag
Schlachtefest
B. 9 Uhr ab Wellfleisch
B. Köhlewind
Schmeißfleischer. 28

Dam.-Marke (neu) zu verl. Jacobstr. 20 II l.

Werbt f. d. Rote Hilfe

Zentralhalle Zeitz
Donnerstag bis Sonntag:
Vorsicht! **Klettermaxe**
ist da und zeigt seine Abenteuer von Berlin, zwischen Kurfürstendamm und Schweinemarktviertel
Klettermaxe lief vor täglich ausverkauften Häusern in allen Großstädten, in Leipzig allein 5 Wochen im Emelka-Palast *211
Dazu der bunte Teil!
Beginn täglich 4 Uhr — Beginn täglich 4 Uhr
Sonntag 3 Uhr: Gr. Kindervorstellg. m. Rin-Tin-Tin
Voranzeige! Montag bis Mittwoch Voranzeige!
„Jagd auf Menschen"
Der größte Aldini-Sensationsfilm. Dazu: Carl Bernhardt, Fremdenlegionär 8407, persönlich mit seinem Film
„Verlorene Söhne in Marokko"
Seine Werbung, seine erbitterten Kämpfe mit den Riffkabylen, seine verwegene Flucht

---

Beginn Freitag, den 27. Januar 1928

Wir bringen Weiße Waren in Riesenmengen enorm billig *201

Aenne Reicher, Bitterfeld
Burgstraße 5

Neueste Auflage!
Steffen, Das Gesetz mit den neuesten Bestimmungen Preis 40 ₰
erhältlich in der
Bezirks-Zentral-Buchhandlung Halle
Lerchenfeldstraße 14
und sämtlichen Filialen im Bezirk

Möbelkauf ist **Vertrauenssache**
Besichtigen Sie unverbindlich mein Lager in kompl. Schlaf- u. Speisezimmern, Küchen u. einz. Möbeln aller Art
Polstermöbel werden in eig. Werkstätten sach- und fachgemäß hergestellt
Patentmatratzen; *202
jedes Maß wird in kürzester Zeit in eigener Werkstatt angefertigt
Otto Nottrodt,
Weißenfels, Langendorf. Str. 12

Freitag früh
frische Wurst, Gehacktes frische Bratwurst Sülze und Würstchen
Fr. Becker, Wittenberg, Sternstr. 12

Leder
zu bekannt billigen Preisen 5
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr 46
Ecke Geiststraße

Lumpen
sowie alle
Rohprodukte
kauft 1126
Ph. Schwabach
Raffineriestr. 44

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für **Kötzschau** gesucht
Meldungen beim Genossen Karl Heilmann, Kötzschau Nr. 33

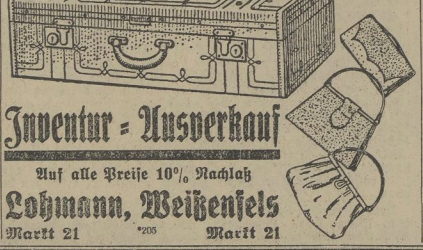
Volksbuchhandlung
Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel
zu äußerst billigen Preisen

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

---

la. Kernsohlleder
Ausschnitt
Gummiabsätze
gut und billig bei
Wilh. Kranig
Neue Promenade 14

Unser am **Freitag dem 27. Januar** beginnender
Inventur-Ausverkauf
bietet Ihnen ungeahnte Vorteile durch **gewaltige Preisherabsetzungen** in allen Abteilungen!
Konfektion / Herrenartikel / Schuhwaren
Hermann Henze, Bitterfeld
Am Markt *210 Am Markt



Inventur-Ausverkauf
Auf alle Preise 10% Nachlaß
Lohmann, Weißenfels
Markt 21 *205 Markt 21

Prima
feines
— Mastfettfett —
sowie alles andere
empfiehlt
Max Frommelt
*215 Zeitz
Parzellenstr. 15

Lichtspielpalast Sonne, Merseburg
Ab Freitag, den 27. Januar 1928:
Der große Prunk- und Ausstattungsfilm mit der preisgekrönten Schönheit
Lily Damita
Die berühmte Frau
Ein Filmspiel von Melchior Lengyel
Schauplatz: Spanien mit wundervollen Landschaften und dem Höhepunkt:
Der große Stierkampf in Barcelona
Außerdem: *207
Ein gutes Beiprogramm
Sonntag, 29. Januar 1928, 2½ Uhr:
Jugend-Vorstellung

Union-Theater, Merseburg
Ab Freitag, den 27. Januar 1928:
Tom Tyler
der berühmte Cowboy-Darsteller, in
Das Erbe d. Banditen
Wildwestfilm in 6 Akten
Als zweiter Schlager:
Komteß Bubitopi
Eine heitere Geschichte für Leute von 18 bis 80 Jahren in 6 Akten

---

Gewerkschaftsherberge Zeitz
Sonnabend und Sonntag:
Bockbier Fest!!
Hierzu ladet ein 213 Fr. Zungbans

Werbt f. d. Klassenkampf

Max Werner
Wittenberg, Heubnerstraße Nr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
6
Fisch- und Wurstwaren

Räucherwaren
in der
Nordsee
Große Ulrichstraße 58
Bernburger Straße, am Reilech
Steinweg, am Rathrischen Platz
Täglich frisch, erstklassige Herstellungsweise, deshalb hoche n im Geschmack. Dabei sehr billig, nahrhaft und bekömmlich
Matrelenbücklinge . . . Pfund 40 ₰
Delikatesse Fischheringe . Pfund 60 ₰
Ff geräuch. Nordsee-Seelachs pro. 70 ₰
Prima engl. Fettbücklinge pro. 60 ₰
Kieler Sprotten
Kiste 1 Pfund Inhalt . . . nur 65 ₰
ausgenommen ½ Pfd. 20 ₰, ¼ Pfd. 35 ₰
Echte Matrelen . . . Pfund 100 ₰
Seeaal ohne Haut und Gräten 95 ₰
. . . . . ¼ Pfund 95 ₰
Ferner frisch eingetroffen:
2000 Dosen Bratheringe 82 ₰
Dose über 2 Pfd., ca. 10 Fische, nur
Alle anderen Marinaden sehr preiswert
Besonders zu empfehlen:
Saure Gurkchen aus eigener Fabrik
¼ Pfund 18 Pf., ½ Pfund 35 Pf.
Ferner Freitag früh: 262
1 Waggon Seefische
Prachtvolle grüne Heringe 28 ₰
mittelgroße, ca. 5 auf 1 Pfd.
. . . . . Pfund

Jeder Leser des „Klassenkampf" ist auch Leser der

A-J-Z

Die **„Arbeiter-Illustrierte-Zeitung"** ist die große, aktuelle illustrierte Wochenzeitung aller Hand- und Kopfarbeiter

Die **„Arbeiter-Illustrierte-Zeitung"** bringt die besten Bilderberichte aus allen Erdteilen; sie enthält Sonderseiten für den Sportler, für die Frau und sorgt durch Schach, Räsel und Satire für Belehrung und Unterhaltung

Die **„Arbeiter-Illustrierte-Zeitung"** ist zum Preise von 20 Pf. bei allen Händlern, bei den Botenfrauen des „Klassenkampf" wie in allen Filialen der Bezirks-Zentralbuchhandlung erhältlich

Machen auch Sie einen Versuch und bestellen Sie kostenlos und unverbindlich ein Probeexemplar der neuesten Leuna-Sondernummer (erscheint am 1. Februar) auf untenstehendem Bestellschein

Als Drucksache im Kuvert mit 5 Pf. frankiert einsenden

Bestellschein

An die
Bezirks-Zentralbuchhandlung in Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Hiermit bestelle ich ein Exemplar von der Sonder-Ausgabe der **„Arbeiter-Illustrierte-Zeitung"** vom 1. Februar 1928 unentgeltlich (Deutliche Unterschrift erbeten)

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

Konfirmanden-Kleidung für Mädchen und Knaben billig und gut bei Goldstein, Eisleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Boven Digoel, der Verbannungsort der indonesischen Freiheitskämpfer

Von Aboebakar

Ein Jahr ist verstrichen, seit die Freiheitskämpfer in Java und Sumatra das Joch der holländischen Herrschaft durch einen gemeinsamen Aufstand abzurütteln versuchten. Die Kolonialregierung hat, nachdem sie den Aufstand im Blute ertränkt hatte, sich voll gerächt. Der Generalgouverneur hat seinen Beamten befohlen, „Kommunismus" in Indonesien von Grund auf auszurotten.

Alle des Kommunismus Verdächtigen — die Regierungsspitzel sind bei der Arbeit, sie zu finden — werden sofort verhaftet, eingekerkert und müssen monatelang warten, ehe ihre „Schuld" von den kolonialen Gerichten bestätigt werden kann. Nach den Angaben des Abgeordneten L. d. Vlisser im holländischen Parlament

wurden 13 179 Personen verhaftet,

von denen 6 431 wegen Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden mußten. Diejenigen, gegen die ernstere Beschuldigungen erhoben waren, wurden zum Tode durch den Strang oder zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt. Die meisten der Verhafteten aber werden ohne jegliches Verfahren vom Generalgouverneur aus Java und Sumatra verbannt, denn der Generalgouverneur hat das „Recht", jede Person, die er für gefährlich hält, im Interesse der „Ruhe und Ordnung" der Kolonie nach weitentfernten Gegenden zu verbannen. Und weil die Gefängnisse Javas überfüllt sind, werden die meisten der Gefangenen

nach Boven Digoel deportiert.

Damit will der Generalgouverneur zwei Ziele erreichen, erstens die Entfernung lästiger Revolutionäre und zweitens die billige Kultivierung Neu-Guineas für die Bedürfnisse des Kapitals. Denn Neu-Guinea bietet noch unbegrenzte Möglichkeiten für die Expansion des internationalen Kapitals.

Die Verbannten müssen in den ungesunden, von Malaria und anderen tropischen Krankheiten durchseuchten Gebieten des Boven Digoel (dem oberen Teile des Flusses Digoel), inmitten von Sümpfen und Wäldern, unter scharfer Bewachung schwere Arbeit leisten. Sie müssen Wälder abholzen, neue Straßen bauen, den Boden kultivieren und andere Zwangsarbeit durchführen. Unter den Verbannten sind viele Intellektuelle, Kopfarbeiter, die nicht an so schwere körperliche Arbeit gewöhnt sind.

Die mittellos hinterlassenen Familienangehörigen der Verhafteten und Deportierten können nicht unterstützt werden, weil diejenigen, die helfen wollen, von den Polizeispitzeln als Kommunisten erklärt und selbst verhaftet und nach Boven Digoel deportiert werden. Darum sind viele dieser Familienangehörigen der bittersten Not ausgesetzt.

In Holland wurde von einigen Intellektuellen das „Comite voor Indonesische hannelingen" gegründet, das sich zur Aufgabe stellt, den Verbannten zu helfen. Aber seine Arbeit hat nur wenig Erfolg, denn alle Verbindungen zu den Verbannten sind abgeschnitten. Das Komitee hat sich neuerlich mit einem offenen Brief an die zweite Kammer des holländischen Parlaments gewandt und die Abgeordneten aufgefordert, bei der Behandlung des Budgets für Indonesien die Interessen der Verbannten zu vertreten. Das Komitee erinnert die Abgeordneten daran, daß „schon über 1000 Indonesier, die keine gesetzlich strafbare Handlung begangen haben und deren Verbrechen darin besteht, daß sie eine politische Ueberzeugung haben und diese propagieren — eine Ueberzeugung, die der Regierung nicht gefällt — interniert sind, das heißt auf unbestimmte Zeit nach einer weitentfernten Gegend in die Verbannung geschickt wurden". Das Komitee fordert für die Verbannten das Recht, Indonesien, wenn sie wollen, zu verlassen und stellt weiter folgende Fragen:

1. Inwieweit hat die Regierung die Familienangehörigen der Internierten für die Folge dieser Maßnahmen entschädigt?

2. Ist den Familienangehörigen Gelegenheit geboten, die Internierten frei und auf Kosten der Regierung zu besuchen?

3. Sorgt die Regierung für die Tragung der Kosten von Erziehung und Unterricht sowie für die Unterstützung von Familienangehörigen, die von den Internierten finanziell abhängig waren?

4. Können die Internierten frei und ohne Zensur mit ihren Familienangehörigen und mit den Niederländern korrespondieren, die an ihrem Lose interessiert sind? Bemerkt sei, daß auf die eingeschriebenen Briefe, die das Komitee vor acht Monaten an einige Internierte absandte, keine Antwort gekommen ist.

5. Will die Regierung den Internierten Gelegenheit zu einer Heirat geben, indem sie nötigenfalls der betreffenden Braut die Reise zum Internierungsort ermöglicht?

6. Wird die Regierung für ärztliche, auch für spezialärztliche Hilfe durch einen indochinesischen Arzt, der das Vertrauen der Internierten besitzt und in ihren Augen nicht ein Beamter einer ihnen feindlichen Regierung ist, sorgen?

7. Ist die Regierung bereit, den Mitgliedern des Parlaments die vollständigen Dokumente, d. h. nicht nur die Internierungsbeschlüsse zur Kenntnis zu bringen, damit sie sich überzeugen können, daß in diesen Dokumenten nicht dieselben Mißverständnisse vorkommen, wie sie Prof. Snouck Hourgronje darin in früheren Fällen angetroffen hat?

8. Ist die Regierung bereit, über die Gesundheit und die Verpflegung der Internierten im allgemeinen und über die daran von den Internierten geübte Kritik der zweiten Kammer des Parlaments regelmäßig zu berichten?

Der Offene Brief ist unterzeichnet von Mr. Sde Jong, H. Hughes, Ds. P. Eildering, Js. Querido, J. D. L. Le Febvre, E. Koch-Wimmers.

Auch dieser Brief hatte keinen Erfolg.

Nur die endgültige Befreiung Indonesiens kann den tapferen Freiheitskämpfern, die in Boven Digoel langsamen Todes sterben, endgültig die Rückkehr in die bewohnte Welt ermöglichen. Es ist die Aufgabe der internationalen Arbeiterschaft, die indonesische Freiheitsbewegung mit allen Mitteln zu stützen.

Neues aus aller Welt

Vier Bergleute schwer verunglückt

In einem Schacht der Fürstensteiner Gruben wurden in der vergangenen Nacht durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengschusses vier Bergleute schwer verletzt.

Orkan-Katastrophe in Amerika

Der Orkan, durch den das Schulhaus von Holmesfreck (Tennessy) umgeweht wurde, hat in den Süd- und Oststaaten großen Sachschaden angerichtet. Zahlreiche Gebäude wurden zerstört und beschädigt. Das Schulhaus in Lang (Kentuck) wurde zerstört. Die Telegraphen-, Telephon- und Lichtleitungen sind an vielen Stellen unterbrochen. Die Ausläufer des Orkans richteten auch im Bezirk Neuyork beträchtlichen Schaden an. Ein auf dem Dache eines elfstöckigen Geschäftshauses der Neuyorker Ostseite aufgestellter Wassertank wurde durch den Sturm umgerissen. Der Tank durchschlug vier Stockwerke. Man befürchtet, daß unter den Trümmern mehrere Personen begraben worden sind. Aus Rhode Island wird gemeldet, daß ein Schooner in einem Felsen getrieben wurde.

Großfeuer in einer Teppichweberei

Am Mittwochabend brach in Kleinbernsdorf im Landkreis Gera in der Teppichweberei von Naundorf & Poser ein Großfeuer aus, das von den Motorspritzen aus Münchenbernsdorf, Weida und Gera gegen 2 Uhr nachts gelöscht werden konnte. Das Webereigebäude ist von dem Brande so mitgenommen worden, daß der Betrieb bis auf weiteres stillgelegt werden mußte. 180 Arbeiter müssen feiern.

Bahnübergang-Unglück

In der Nähe von Hersfeld wurde der Lieferwagen eines Bäckermeisters an einem schrankenlosen Eisenbahnübergang von einer Lokomotive erfaßt und ein Stück mitgeschleift. Ein Bäckerlehrling wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Der Führer des Wagens, der Besitzer, erlitt schwere innere Verletzungen.

Schwerer Bauunfall in Kassel

Mittwoch vormittag kurz vor 11 Uhr ereignete sich in der Stiftstraße im Stadtteil Bettenhausen ein schwerer Einsturz eines Neubaues, bei dem ein Arbeiter getötet, einer schwer und einer leicht verletzt wurde.

Der deutsche Fußwanderer Tille im Uralgebiet gestorben

In Ufa im Uralgebiet starb dieser Tage am Typhus der deutsche Arbeiter Tille, der auf einer Fußwanderung um die Welt dorthin gelangt war. Der Sowjet des Baschkirengebiets hat beschlossen, die Kosten des Begräbnisses zu bestreiten.

Große Unterschlagungen

Wie das „Saarbrücker Abendblatt" meldet, wurde bei der Bäckerei-Einkaufsgenossenschaft in Homburg eine Riesenunterschlagung aufgedeckt. Der langjährige Rechner der Gesellschaft, Bäckermeister Eduard Biehl, hat nach und nach annähernd 300 000 Franken unterschlagen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Verunglückte Landung eines Sport-Flugzeuges

Ein Sportflugzeug, das von Würzburg kommend heute vormittag um 10½ Uhr bei Babenhausen landen wollte, überschlug sich und grub sich in die Erde ein. Der Führer wurde mit schwersten Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Maschine ist schwer beschädigt.

Das Attentat auf Lenin,

fährt sich in diesem Jahre zum 10. Male (30. August). An den Toren der Fabrik von Michelson, in deren Nähe die Sozialrevolutionärin Kaplan auf Lenin schoß, wurde eine Gedenktafel angebracht.

Arbeiter-Radio-Ecke

Die Radioausstellung der Ortsgruppe Eisenburg des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands E. V.

Am 7. und 8. Januar fand in Eisenburg eine Radioausstellung der Ortsgruppe Eisenburg des Arbeiter-Radio-Bundes statt. Am Sonnabend, dem 7. Januar, gegen 17.30 Uhr wurde sie offiziell eröffnet.

Bei der Eröffnung waren vertreten die Post, das Gewerkschaftskartell, das Sportkartell und die Presse. Nachdem der erste Vorsitzende der Ortsgruppe die Anwesenden begrüßt und auf die Ausstellung hingewiesen hatte, nahmen die Vertreter von der Sendebezirksleitung und der Bezirksleitung des ARB. das Wort. In kurzen Zügen wiesen sie auf Zweck und Ziel des ARB. hin. Aus ihren Worten entnahm man, daß der ARB. nicht nur eine Bastlerorganisation, die ihre Mitglieder mit dem Wesen des Radios vertraut machen will, sondern auch bestrebt ist, kulturpolitische Aufgaben im Rundfunk zu lösen. Es sei jedoch nur möglich, wenn sich alle proletarischen Organisationen, wie Gewerkschaften, Kulturorganisationen und andere sich mit daran beteiligen. Auch über die Frage der Versuchssender wurde gesprochen. Während die bürgerlichen Radiovereine fast alle im Besitze von Kurzwellensendern sind, erlaubt man der Arbeiter-Radiobewegung nicht, solche in Betrieb zu setzen.

Mit der Aufforderung, den ARB. in seinen Bestrebungen zu unterstützen, schlossen die Redner ihre Ausführungen. Nunmehr sprach ein Vertreter der Post einige kurze Begrüßungsworte und wünschte der Ausstellung einen vollen Erfolg.

Anschließend folgte nun eine Führung durch die Ausstellungsräume.

Hier sah man nun die verschiedenen Geräte, angefangen vom einfachsten bis zum kompliziertesten. Vom billigen Detektorapparat bis zum teuren Transponierungsempfänger. Sehr viel Interesse erweckten einige Kuriositäten. Es waren zwei Detektorapparate für Schwarzhörer in Buchform, einer in einer Zigarettenschachtel, ja sogar ein in einer Art Schuhcremeschachtel montierter Detektorapparat zu sehen. Auch selbstbestellte Einzelteile prangten mit zur Schau, als da zu nennen sind Spulen, Drehkondensatoren usw. Auf einem anderen Platze waren Werkzeuge des Radiobastlers untergebracht, von der Flachzange über das Lötzeug bis zur Bohrmaschine. Gegenüber stand Radioliteratur zur Schau. Unter dieser fand man außer dem Werbegang des Arbeiterfunks, dem offiziellen Organ des ARB., zwei russische Radiozeitungen.

Des weiteren waren auch einige direkte wissenschaftliche Bücher über das Radio ausgestellt. Zur weiteren Ergänzung wahrscheinlich, um zu zeigen, wie schwer die proletarische Presse und Literatur zu kämpfen hat, waren auch einige bürgerliche Radiozeitungen hinzugefügt, die aber wenig beachtet wurden. Sehr schön war die Abteilung der Arbeiter-Esperantisten ausgestattet. Man hatte da eine große Karte aufgehangen. Auf dieser befanden sich Fähnchen, die diesenigen Sendestellen anzeigten, die in Esperanto ihre Mitteilung durchgeben oder Esperantokurse halten. Des weiteren hatten auch sie sehr viel Esperantoliteratur zur Ansicht ausgestellt. Auch waren einige Firmen vertreten. Unter diesen befand sich die Firma Telefunken, die in einem besonderen Zimmer einen hochwertigen Apparat und dergleichen Lautsprecher vorführten. Alles in allem ist die Ausstellung als gut gelungen zu bezeichnen. Hoffen wir, daß durch diese noch mehr Genossen für die Arbeiter-Radiobewegung gewonnen werden. C. W.

Gleiwitz erhält einen stärkeren Rundfunksender

Die Verhandlungen mit Polen wegen der Behebung der Rundfunkstörungen, die durch den Kattowitzer Rundfunksender in Deutsch-Oberschlesien verursacht werden, haben dazu geführt, daß in Gleiwitz ein entsprechend starker Sender mit einer mittleren Telephonieleistung mit etwa 12 Kilowatt errichtet wird.

Neue Arbeiter-Literatur

Die Wunderinsel des Nordens

Nach Island, der merkwürdigen Insel hoch im Norden, führt uns die neue „AIZ.", die zahlreiche schöne Aufnahmen vom Leben der isländischen Bevölkerung bringt. Die südlich vom Grönland liegende Insel, die nur etwa 100 000 Bewohner hat, ist im übrigen Europa wenig bekannt. Desto größeres Interesse werden die Aufnahmen der „AIZ." finden, die die Naturschönheiten der Insel und die Arbeit der dortigen Bevölkerung darstellen.

Jeder wird die Beobachtung gemacht haben, daß die Straßen in proletarischen Vierteln einen ganz anderen Ausdruck haben als diejenigen, die durch die Wohnviertel der Bourgeoisie laufen. Die „AIZ." zeigt den Unterschied im Straßenbild europäischer, amerikanischer und asiatischer Städte. Das Bild der Straße als Spiegel der sozialen Gegensätze tritt in den beiden „AIZ."-Seiten hervor.

Für die proletarische Hausfrau bringt die „AIZ." Artikel und Bilder über das „Geschirr der kleinen Leute", das Steinzeug, das den proletarischen Küchenschrank füllt. Der Arbeiterfrau wird die Erzeugung dieses Geschirrs gezeigt und mitgeteilt, welche schlechten Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie bestehen.

Die Sportseite bringt schöne Aufnahmen über Turnübungen der Kleinsten, die in den Arbeiter-Sport-Verbänden von frühester Jugend an ihren Körper trainieren. Außerdem enthält die „AIZ." einen Beitrag über die „Steine von Ninive", die Restauration alter Kunstwerke und den Bericht über ein gutes neues Lustspiel, das in der Berliner Volksbühne gespielt wird. — Bilder der „Woche" und „Aus der Arbeiterwelt" vervollständigen die Nummer, die hiesmal auch die ausgesetzte Preise des „AIZ."-Preisausschreibens 1928 in Wort und Bild bekannt gibt.

Die „AIZ." ist wiederum zum Preise von 20 Pf. bei allen Händlern, Kiosken und beim Literaturvertrieb zu haben.

Der Bolschewismus in seiner Stellung zur Religion und Kirche

Von Albert Barthel. Mit einem Vormort von Peter Moskowski. Elementen-Verlag Berlin C 2. Preis 40 Pf.

Ein offizieller Vertreter der früheren Gemeinschaft proletarischer Freidenker schildert in kurzen, knappen Umrissen wie im heutigen Rußland die Frage des Verhältnisses der Religion zum Staat gelöst wurde. Barthel, der auch schon vor dem Kriege Rußland bereist hat, erwirbt sich ein Verdienst durch die Niederschrift seiner Beobachtungen, die durchaus objektiv gehalten sind.

Wie die Welt zur Zeit des Urmenschen aussah,

erzählt der bekannte Naturforscher R. H. Francé im Januarheft der kulturpolitischen Monatsschrift „Urania". Die Ueberwinterung der Tiere und Pflanzenwelt in denjenigen Teilen der Erde, die von Kälte und Trockenperioden betroffen werden, erläutert mit lehrreichen Bildern der Jenaer Biologe Prof. Dr. Julius Schaxel. An das blaue Mittelmeer führt den Leser Prof. Dr. Heinrich Schmidt, um ihn von den Wundern des Meeres die außerordentlich merkwürdigen Staatsquallen mit ihren Fangapparaten zu zeigen. Als lebende Steine schildert Hermann Schoepf ihrer Lebensweise trefflich angepaßte Wüstenpflanzen. Der Direktor des Braunschweiger Museums für Naturkunde Dr. G. von Frankenberg liefert eine sehr beachtliche kulturpolitische und soziologische Studie über Krieg und Darwinismus. Dipl.-Ing. L. Aiming wirft einen Rückblick auf die Werftoffschau und verschweigt auch die sozialen Folgerungen, die aus der Ausstellung zu ziehen sind, nicht. In Text und Bild wird von merkwürdigen Landschaften und Himmelserscheinungen erzählt. E. H. Schrenzel gibt eine soziale Wanderung nach Abessinien Anlaß zu Betrachtungen über Sklavenhandel und Bankkapital. Im Beiblatt „Der Leib", das künstlerische Liebhaberaufnahmen illustrieren, jetzt ein juristischer Aufsatz sich mit den Fragen der Nacktkultur und des Strafgesetzes auseinander. Eine russische Messe Maxim Gorkis aus der Zeit der Zarengefängnisse beschließt das Heft, dem erstmalig eine Erklärung der fremdsprachlichen Ausdrücke beigegeben ist.

Probenummern kostenlos von der Urania-Verlags-Gesellschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0005

Stadt Halle

Die Metallarbeiter und die JAH.

Fast 1000 Streikende füllten den großen Saal des „Volkspark". Die von der JAH. einberufene Versammlung zeigte eine gute Kampfstimmung. Die Einberufung machte sich erforderlich wegen der sich in Vorbereitung befindlichen Unterstützungsaktion und wegen der Kennzeichnung unserer Tätigkeit, die sich entgegen böswilligen Behauptungen unserer Feinde nie gewerkschaftszerstörend, sondern immer gewerkschaftsstärkend erwiesen hat. Haben wir doch in einer Reihe fast unorganisierter Betriebe in Deutschland bei unseren Aktionen die Streikenden bis zu 90 Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Die Genossin Wiesner sprach als Vertreterin des Landesvorstandes. Sie zeigte die Arbeit der JAH. seit ihrer Entstehung auf, ging ein auf die Kämpfe der Berg- und Tabakarbeiter und wies auf die notwendige Aktion auch zugunsten der Metallarbeiter hin. Sie nahm Stellung gegen die unwahren Behauptungen des Gewerkschaftsführers Rößler. Das Verhalten des Kollegen Rößler in seinen Angriffen gegen die JAH. löste bei den zahlreich Versammelten schärfste Mißbilligung aus. Die Versammelten zeigten, daß sie die Vorbereitungen für die Unterstützungsaktion begrüßten.

Die Diskussion war sehr lebhaft und war auch ein Beweis für die Interessiertheit der Kollegen am Kampf. Ein Arbeiter verurteilte das Verhalten der bei Dehne beschäftigten Arbeiter, die, obwohl größtenteils organisiert, sich nicht im Streik befinden. Ein Genosse erläuterte die Vorgänge im Stadtparlament in bezug auf die beantragte Summe von 50 000 Mk., die die Verbrüderung der SPD. mit den Bürgerlichen gezeigt hätten. Ein Vertreter der Union umging die Frage der gewerkschaftlichen Organisierung, sprach über die Organisierung des Proletariats als Klasse und wurde beim Sprechen unterbrochen. Aus den Kreisen der Versammelten sprach ein Arbeiter für die Unterstützung der JAH.-Aktion. Er forderte seine Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß die eingeleiteten JAH.-Sammlungen überall auch großzügig durchgeführt werden, damit die JAH. es wirklich möglich machen kann, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Losung „Durch Kampf zum Sieg" im Schlußwort der Rednerin wurde begeistert aufgenommen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

*

Wir betonen noch einmal mit voller Schärfe, daß es gerade an Hand der letzten Vorgänge Pflicht eines jeden noch unorganisierten Kollegen sein muß, sich schnellstens zu organisieren und im DMV. im Sinne der Opposition zu arbeiten. Außerhalb der Organisation zu stehen und zu schimpfen, ist sinnlos und ermöglicht es den Rößler, Kaulfers und Co. nur, auch weiterhin ihre maßlosen Frechheiten gegen uns Kommunisten vorzubringen. Hinein in die Gewerkschaften, brecht den reformistischen Einfluß und macht diese selbst wieder zu wirklichen Kampforganisationen unter revolutionärer Führung!

Wendung im Stadtbankprozeß?

Wie WTB. mitteilt, haben von den 17 Verteidigern, die den insgesamt 29 Angeklagten zur Seite stehen, eine ganze Anzahl die Verteidigung niedergelegt. Unter ihnen befindet sich auch, wie wir hören, Rechtsanwalt Fackenheim, der die Verteidigung des Hauptangeklagten Berger übernommen hatte. Wenn es sich bestätigt, daß Berger ein Offizialverteidiger gestellt werden soll, so dürften die Gründe zum Rücktritt Fackenheims ziemlich klar sein. Immerhin ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der auf Montag, den 30. Januar festgesetzte Anfang des Prozesses durch diesen Umstand auf einen späteren Termin verlegt werden muß.

Meineid!

Weil er für seinen Freund in einem Alimentationsprozeß einen Meineid geschworen hatte, wurde der 25 Jahre alte Maurer Alfred S. aus Sandersdorf vom Schwurgericht Halle zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. — Ein anderer Prozeß ist noch toller. Wegen Beleidigung eines fünfjährigen Kindes war für die Ehefrau des Betriebsmeisters G. aus Bitterfeld ein Meineidsprozeß entstanden. Sie hatte nämlich in einem früheren Prozeß beschworen, beleidigende Worte gegenüber dem Kinde nicht gebraucht zu haben. Das Gegenteil konnte ihr aber nachgewiesen werden. Daraufhin wurde sie jetzt vom Schwurgericht Halle zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dreijährige Bewährungsfrist wurde zuerkannt. Die Frau kann von Glück reden.

Hallische Tageschronik

Wieder tödliche Gasvergiftung

Gestern gegen 18.30 Uhr wurde in der Küche seiner Wohnung in der Kohlschütterstraße ein 67 Jahre alter Mann von seiner heimkehrenden Ehefrau auf dem Fußboden liegend tot aufgefunden. Die Küche war stark mit Gas angefüllt. Wie festgestellt wurde, war der Verunglückte damit beschäftigt, auf dem Gaskocher seine Tabakspfeifen auszukochen. Hierbei hatte sich der Gaschlauch gelöst und der Verunglückte atmete, ohne daß er es anscheinend gemerkt hat, das ausströmende Gas ein. Durch die hinzugerufene Feuerwehr sowie durch einen Arzt angestellte Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Autounglück. Heute morgen, gegen 2 Uhr, fuhr auf der Nietlebener Chaussee, etwa 500 Meter hinter dem Heitstedter Bahnhof, ein Personenkraftwagen gegen einen Baum. Der Führer des Kraftwagens, welcher schwere Verletzungen davontrug, wurde von einem vorbeifahrenden Kraftwagen nach der Universitätsklinik gebracht. Der stark beschädigte Personenkraftwagen mußte abgeschleppt werden. Ein Mitfahrer kam ohne Verletzungen davon.

Der „höhere" Schüler. Vor einigen Tagen wurde ein 16jähriges Mädchen in der Nähe der Lindenstraße von drei Schuljungens belästigt und als es sich wehrte, von einem der Lümmel durch Messerstiche so schwer verletzt, daß es heute noch arbeitsunfähig ist. Der Attentäter wurde jetzt ermittelt. Es ist ein 13jähriger Mittelschüler.

„Der schwarze Sonntag" ist das Thema, das in den am morgigen Freitag stattfindenden öffentlichen Gruppenabenden der Kommunistischen Jugend mit Lichtbildern erläutert und behandelt wird. Lokale: „Volkspark" (Burgstraße), „Produktiv" (Lerchenfeldstraße) und „Gesellenheim" (Klosterstraße). Beginn überall pünktlich um 20 Uhr.

Revolutionäre Jugend, heraus!

Heute, Donnerstag, 18.45 Uhr Antreten zur Jugenddemonstration auf dem Großen Berlin

Zum Gedenken unserer toten Führer

Im Anschluß Werbeabend der Roten Jungfront im „Pfälzer Schießgraben". Ausgestaltet durch Rezitation, Aufführungen, Ansprache, Musik

Kameraden, Genossen, erscheint alle!

Sorgt für Massenbeteiligung des Jungproletariats!

Unerhörtes Versagen des Wohnungsamtes

Die Arrestzelle als Wohnraum für eine siebenköpfige Familie — Zusammenstürzende Häuser

Unfähige Beamte des Wohnungsamtes

Uns geht ein Notschrei eines arbeits- und wohnungslosen Arbeiters zu, der uns veranlaßte, einen unserer Vertreter zur Reilkaserne zu schicken.

Die Polizeiverwaltung hat bereits im vorigen Jahre ermittierte Familien in ehemalige Arrestzellen der Reilkaserne untergebracht, da es dem Wohnungsamt nicht einfiel, für die Exmittierten anderen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und andererseits die Familien nicht auf der Straße bleiben konnten. Eine solche Zelle ist etwa 3 Meter lang und 1½ Meter breit. In eine dieser Zellen hauste auch eine Familie, bestehend aus sieben Köpfen.

In diesen finsteren Löchern haben auch zwei Frauen entbunden.

Die Mär der Christen, wonach der Heiland im Stall in einer Krippe geboren sein soll, ist also nichts gegen das Elend dieser Obdachlosen die sich in einem einigermaßen hellen und dichten Stall wie in einem Schloß gefühlt hätten. Aber nicht nur neues Leben erstand in diesen Arrestzellen, sondern auch der Tod hielt Einzug und forderte im Laufe der Zeit zwei Kinder, die in diesen licht- und luftleeren Löchern elend zugrunde gingen.

Im Laufe der Monate hatten einige der hier untergebrachten Familien endlich ein anderes Unterkommen gefunden. Die noch verbleibenden zwei Familien wurden darauf mehrfach aufgefordert, die Arrestzellen endlich zu räumen. Allein dieser Umstand, daß man schon zur Räumung von Arrestzellen mehrfach auffordern muß, spricht Bände. Sicher hätten auch diese Familien gern die Zellen verlassen, jedoch wurde ihnen kein anderer Wohnraum zur Verfügung gestellt. Vor einigen Tagen sind nun die beiden Familien gewaltsam auf die Straße, das heißt auf den Kasernenhof gesetzt.

In einer Ecke zwischen zwei stallähnlichen Gebäuden sind die wenigen und armseligen Habseligkeiten der Familien aufgeschichtet. **Wind und Wetter ergießen sich über den Hausrat,** für den sich mancher nicht mehr der Mühe unterziehen würde, ihn zu Brennholz zu zerhacken. Ueberall in den Ecken und auf der Erde liegt Unrat, Bauschutt, halbverfaultes Laub und inmitten dieses modernden Schutthaufens steht eine alte Kinder-Sportkarre, die zum Schutz gegen Wind und Regen mit einer alten schmutzigen Decke überhängt ist.

Unter der undichten Laube schreit ein Säugling zum Erbarmen

und vorn auf dem Wagen in einen Mantel gehüllt sitzt ein etwas größeres Kind, den Kopf zur Seite wie tot herabhängend und schläft über Hunger und Elend. In der Ecke steht ein kleiner Kanonenofen. Vor ihm sitzt ein Mann in mittleren Jahren mit stupidem Gesichtsausdruck. Es ist nicht schwer aus seinen Zügen zu lesen, daß ihn die Not vollständig abgestumpft, ihn alle menschlichen Empfindungen geraubt hat. Ueber den tragischen Tod seiner kleinen beiden Kinder und über andere entsetzliche Dinge spricht er mit der größten Gleichgültigkeit. Das Wimmern des Säuglings stört ihn nicht. „Das Kind hat nur Hunger und liegt naß!", erklärt er, „aber ich kann ihm doch nichts zu essen geben und es hier im Freien nicht trocken legen!" Man sieht aber auch nichts trockenes, womit dies geschehen könnte. Alle Gegenstände, Mobilar wie Kleidung, sind durch die feuchte Witterung völlig naß und kalt.

Die Mutter der Kinder ist in die Stadt gegangen, sicher will sie etwas zum Leben herbeischaffen. Die älteren Kinder sind zur Schule geschickt. Auf die Frage: was denn nun mit den Kindern werden soll, erklärt der Mann achselzuckend, daß

die ganze Familie schon einige Nächte hier im Freien schlafen habe

und daß ihnen wohl weiter nichts übrig bleiben würde, auch noch weitere Nächte im Freien zu bleiben. Inzwischen erscheint ein Kriminalbeamter mit einem Polizeioffizier und einem Wachtmeister, die dem Arbeiter eröffnen, daß ihm die Kinder zwangsläufig abgenommen würden, wenn er sie nun nicht selbst vorläufig einem Asyl überlässt, wo sie doch wenigstens ein Dach über dem Kopf haben. Der Mann will vom Asyl nichts wissen. **Er ahnt wohl dunkel, daß das Wohnungsamt ihm überhaupt keine Wohnung zuweisen wird, wenn er bzw. seine Familie erst einmal notdürftig untergebracht ist.**

Es ist in der Tat nicht schwer, sich in die Gedankenwelt dieses Mannes zu vertiefen. Woher soll ihm denn das Mitleid kommen, dessen er selbst so sehr bedarf? Hier offenbart sich die große Schuld der bürgerlichen Gesellschaft, denn darüber muß man sich klar sein, wenn auch das Asyl dem nächtlichen Aufenthalt im Freien entschieden vorzuziehen ist, so ist damit noch recht wenig getan. Die kapitalistische Wirtschaftsmaschinerie schleudert die Arbeiter aus dem Gleis und ist er erst arbeitslos, geht es oftmals rapide abwärts. Man verliert erst das Dach über dem Kopf, dann den Glauben an die Zukunft der Arbeiterklasse und solche bedauernswerten Menschen leben, ohne ihr grenzenloses Elend zu empfinden. Dann kommen andere, denen es besser geht, und wundern sich über so viel Gleichmut. Die notwendigste Forderung, die wir für diesen Arbeiter erheben, ist, daß ihm unverzüglich lohnende Arbeit nachgewiesen wird. Verdient er erst, wird er auch die Miete für eine Wohnung bezahlen, die ihm das Wohnungsamt nachweisen muß.

Schuld an solchem Elend ist das System, das wir verfluchen und zertrümmern müssen.

*

Die Wand in's Schlafzimmer gestürzt

Im Hause Geiststraße 52 bewohnt die Familie Ihlenburg, welche aus sechs Personen besteht, Räume, die bereits vor Jahren von der Baupolizei wegen Baufälligkeit gesperrt waren. Die Familie J. wurde ebenfalls aus einer anständigen Wohnung entfernt und dann „vorläufig" in dieser baufälligen Hütte untergebracht. Obwohl im Laufe der Zeit wiederholt das Wohnungsamt auf das gefährliche der Lage aufmerksam gemacht worden war, hat die bedrohte Familie keine Wohnung erhalten.

Der Mann ist seit 2½ Jahren krank und meist bettlägerig.

In dem einzigen größeren Raume müssen mit diesem Kranken zusammen vier Personen schlafen.

Und in eben diesem Raume stürzte die Wand vor acht Tagen ein,

so daß nunmehr die Familie im Freien war. Jetzt ist die Einsturzstelle notdürftig mit Brettern verschalt und zur besseren „Abdichtung" mit Säcken verhängt. Doch bei jedem Windstoß fegen Regen und evtl. Schnee auf die Betten. Das Gesundheitsamt ist bereits seit Sonnabend benachrichtigt, hat sich aber bis heute noch nicht um die Dinge gekümmert.

Wir fragen in aller Oeffentlichkeit, wann endlich wird dieser Skandal beseitigt und der Familie Ihlenburg eine andere Wohnung zugewiesen werden? Bemerkt sei noch, daß dieses Haus und noch andere solche Baracken einem Pfarrer Dietrich gehören, der in Stützerbach in Thüringen amtiert. Dieser brave Nachfolger Christi, der bekanntlich keine Schätze sammeln soll, die die Motten und der Rost fressen, wird wahrscheinlich jeden Sonntag von der Kanzel die Lehre von der Liebe zum Nächsten und der Güte Gottes herab predigen, während in seinen „Wohnhäusern" den Mietern die Wände in die Betten stürzen.

*

Zehn Personen in drei Räumen

Vor einigen Tagen bereits kritisierten wir scharf das Verhalten des Wohnungsamtes in einem Falle, wo ein Arbeiter, der in Leuna arbeitet, einfach nach dort verwiesen wird, obwohl der Mann seit Jahren in Halle ansässig und sogar hier geboren ist. Wir halten es für unsere Pflicht, heute erneut auf die unerhörten Zustände hinzuweisen, unter denen die Familie Hermann Gehbauer, Schützenstraße 8 wohnhaft, gezwungen ist, zu hausen. Der Mann wohnt mit Frau und zwei Kindern, im Alter von zwei und vier Jahren, bei seiner Mutter in drei ganz kleinen Räumen. Insgesamt sind

dort zehn Personen gezwungen, zu hausen.

Dem Wohnungsamt sind die skandalösen Zustände bekannt. Es hat bis heute noch keine Anstalten gemacht, irgend etwas zu ändern. G. ist gewiß auch nur unter dem Zwange wirtschaftlicher Not in Leuna. Er würde viel lieber in Halle arbeiten. Es ist eine erbärmliche Ausflucht des Wohnungsamtes, ihn nach Leuna zu verweisen.

*

In der vorigen Woche wurde das Bauprogramm der Stadt Halle für 1928 festgelegt. Vorgesehen ist der Neubau von 1400 Wohnungen. Der Fehlbetrag der Wohnungen in Halle beträgt rund 4500, der Jahresbedarf 700 bis 800. Das neue Bauprogramm würde also im günstigsten Falle eine Verringerung des Fehlbedarfs von 700 Wohnungen ermöglichen. Das bedeutet eine Verewigung der Wohnungskatastrophe, denn inzwischen stürzen die alten Baracken, die heute noch „Wohnungen" darstellen, ein und die Gelder aus der Hauszinssteuer werden dazu verwandt, der Reichswehr neue Uniformen zu verschaffen.

Die Werktätigen von Halle mögen aus diesen Beispielen, die sich beliebig vermehren lassen, ersehen, wie verhängnisvoll die Politik des Bürgerblocks sich auswirkt. Fegt ihn hinweg!

☆

Wohnungsschande in der Reilkaserne

Mit Weib und Kind in bitterer Winterkälte auf den Hof gesetzt, das ist das Schicksal des arbeitslosen Proleten in der herrlichen, deutschen Republik, während Schlösser und Villen die Fürsten und Kapitalisten im Besitz haben. Selbst in den Gefängniszellen läßt man die obdachlosen Arbeiter nicht wohnen.

☆

Wegen fahrlässiger Tötung wurde der Kraftwagenführer K. K. vom Großen Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte im Sommer des vorigen Jahres die 6½ Jahre alte Schülerin Margarete Fischer an der engen Paradiesgasse mit dem Auto totgefahren.

Achtung, Stadtleitungen! Heute noch wichtiges Material bei der BZ. abholen.

Theater und Konzerte

Stadttheater

Als nächste Premieren des Stadttheaters gehen in Szene: am 3. Februar „Die Hochzeit des Figaro" von Mozart in ganz neuer Einstudierung. (Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Bard; Spielleitung: August Rockiser), am 8. Februar „Volpone" von Ben Jonson in der Bearbeitung von Stefan Zweig (Spielleitung: Intendant Dietrich), am 14. Februar „No, no, Nanette", Operette von Vincent Youmans (Musikalische Leitung: Siegbert Meers; Spielleitung: Paul Hertl).

Beethoven-Konzert. Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß der Vorverkauf für das morgen im „Moskopart" stattfindende Konzert um 18¼ Uhr geschlossen wird.

Film und Vorträge

Naturkundlicher Vortrag im Zoologischen Garten

Im Zoologischen Garten Halle fand am Dienstag der 2. volkstümliche naturkundliche Vortrag statt. Dr. Hauchecorne berichtete in fesselnder Weise über „Wanderbilder aus der heimischen Vogelwelt". Er zeigte an einer langen Reihe von Lichtbildern, daß unsere Vogelwelt nicht etwa im Winter so arm ist, daß es nicht lohnte, ihretwegen Wanderungen in Wald und Flur zu unternehmen. Außer den einheimischen Standvögeln, die uns auch im Winter treu bleiben, wird der Vogelbestand durch Zugvögel und Durchwanderer aus dem Norden vermehrt. Gerade über diese interessanten Verschiebungen in der Vogelwelt während des Winters, brachte der Vortrag viel Bemerkenswertes. Er wurde von einer großen Anzahl prächtiger Lichtbilder begleitet; außerdem konnten noch zahlreiche Vögel in ausgestopften Exemplaren den Zuhörern vorgeführt werden. Im Laufe des Winters werden noch weitere derartige Vorträge zu volkstümlichen Preisen stattfinden.

Internationale Ringkämpfe im „Wintergarten"

Gestern abend gelang es Kopp, Wolke im Entscheidungskampf in der 34. Minute auf die Schultern zu zwingen. Der Neger Tompson brauchte 31 Min., um Grunewald ebenfalls im Entscheidungskampf zu legen. Den Herausforderungskampf zwischen Steinke und Kley sicherte sich letzterer in der 19. Min.

Heute abend ringen Wolke (Bremen) gegen Steinke (Stettin), Kley gegen Kopp (Jugoslawien) und Tornum (Finnland) gegen den Neger Tompson. Alles Entscheidungskämpfe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0006

Gewerkschaftliches

Die Mansfelder Kumpels müssen kündigen

Es war während des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks. Die Braunkohlenbergarbeiter traten am 17. Oktober in den Streik, nachdem schon wochenlang die Bewegung lief, die Kündigungsaktion durchgeführt wurde. Das Lohnabkommen für den Mansfelder Erzbergbau konnte am 15. zum 31. Oktober gekündigt werden. Keine bessere Gelegenheit wäre gewesen, um den Kampf der Mansfelder Kumpels mit dem der Braunkohlenbergarbeiter zu verbinden, die Schlagkraft der Bewegungen zu verdoppeln und restlose Erfüllung der aufgestellten Forderungen zu erzwingen. Die Reformisten lehnten dieses ab und verschoben die Kündigung des Lohnabkommens um einen Monat. Einmal sollte der Kupferpreis daran schuld sein, zum andern hätten die Gewerkschaften keine Kräfte zur Führung des Kampfes auch noch im Mansfelder Erzbergbau. Beides haltlose Begründungen. Nicht allein aus dem Kupfer, aus diesem am wenigsten, zieht die Mansfeld A.-G. ihre Profite, und was haben dazu die Kumpels für Ursache, auf die Profitinteressen der Mansfelder A.-G. Rücksicht zu nehmen. Wird etwa in irgendeiner Beziehung auf den Mansfelder Arbeiter Rücksicht genommen? Nicht einmal im Betrieb, bei der Arbeit, ist dieses trotz schöner Worte der „Nappsülzen und Nauken" der Fall, noch weniger bei der Lohnzahlung. Und die Gewerkschaften hatten keine Kräfte. Wohl keine „Fachleute" zum Kuhhandeln, denn zur Zusammenfassung der Kampfkraft der Kumpels standen genügend Betriebsproleten zur Verfügung. Jetzt stehen die Metallarbeiter im Streik, andere Bergarbeiter vor der Tür. Wiederum ist zum 29. Februar das Lohnabkommen kündbar. Soll sich das Spiel vom Herbst des vergangenen Jahres wiederholen?

Mansfelder Kumpel, aufgepaßt!

Streikbrecher am Werk

Eisenkonstruktionsbau Reuter & Straube

Die Einmütigkeit der Belegschaft dem Unternehmer gegenüber brachte die Bruchbude am ersten Tage des Streiks zum Stillstand. Am zweiten Tage aber zeigten einige der „Aucharbeiter" ihr wahres Gesicht und wurden zu Verrätern an ihrer Klasse. Es sind dies das „Werksgemeinschaftsgeschmeiß", der Bohrer Wilhelm Krone, Helitzscher Straße, Werkzeugschlosser Karl Winkler, Freiimfelder Straße, und Max Bauer, wohnhaft im Zentrum der Stadt, die Ankörner Otto Gaisler, genannt der „Kohn" (vor dem wird besonders gewarnt), wohnhaft am „Volkspark", Karl Heine, Krondorfer Straße, und Franz Zander, Hohenthurm. Dann der Tischler Otto Fravendorf aus Nietleben, welcher angibt, einen andern Tarif zu haben, aber dennoch Konstruktionen anstreicht und damit zum Streikbrecher wurde. Dann sei als besondere Blüte noch der aushilfsweise Ankratzer, ehemalige Betriebsobmann Otto Meyer aus Nietleben, genannt, welcher seine Kollegen seit nicht langer Zeit sogar mit „Sie" anredet und jetzt angibt, als Ankratzer dem Werkmeister-Verband unterstellt zu sein. Er leidet wahrscheinlich an Größenwahn. Als Folge einer Demonstration der Belegschaft vor dem Betriebe wurden diese beiden Helden am andern Morgen

mit dem Auto zur Arbeit gefahren.

Heine ging sogar über die Planken. Sie dachten vielleicht, daß sich die Streikposten die Hände an ihnen beschmutzen würden. Weit gefehlt. Der Erfolg der Demonstration war, daß noch zwei Mann zu uns stießen. Kollegen! Diese Helden haben ihr wahres Gesicht gezeigt. An Euch liegt es, diese Verräter zu behandeln, wie es ihnen gebührt. Seid weiter einig und entschlossen und unterstützt Euch gegenseitig wie bisher.

„Warum Unterstützungsaktion für die streikenden Metallarbeiter?"

Diese Frage behandeln die aus dem DMV. ausgeschlossenen Kollegen Hans Schröter und Otto Härtel in der morgen vormittag 11 Uhr im großen Saal des „Volkspark" stattfindenden

öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung.

Staats- und Gemeindearbeiter verlangen 15 Pfennig Stundenlohnerhöhung

Sind Gewerkschaften Kampfesorganisationen oder Tummelplätze für Faschisten und Konterrevolutionäre?

Am Sonnabend, dem 21. Januar, tagte die Generalversammlung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes Merseburg. Der Besuch war ein guter. Vorsitzender Ring gab die Tagesordnung bekannt. 1. Geschäftsbericht. 2. Abrechnung. 3. Neuwahl. 4. Verbandsangelegenheiten. Ring gab den Geschäftsbericht, hob hervor, daß in dem letzten Jahre die Mitgliedschaft von 62 auf 88 gestiegen ist. Kollege Korge als Kassierer gibt seinen Kassenbericht. Es wird ihm Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wird der alte Vorstand gewählt. Es macht sich notwendig, daß noch zwei Beisitzer gewählt werden. Da hatte es der „ungekrönte" Ring fertiggebracht, zwei Mann in die Versammlung zu bugsieren, die man sonst jahrelang nicht sieht und die, als die Wahl vorüber war, die ersten waren, die verschwanden. Der eine ist im Landwehrverein, der andere ist Sympathisierender vom Stahlhelm und wird in den nächsten Tagen seinen Beitritt zum Stahlhelm erklären. Die Kollegen von der Opposition protestierten gegen diese Schiebung des Diktators Ring.

Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten wurde von einem Kollegen folgender Antrag eingebracht:

Die am 21. Januar 1928 tagende Generalversammlung des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Merseburg, fordert von der Wirtschaftsgebietsleitung Mitteldeutschlands des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes:

1. Kündigung der Lohntafel zum 28. März 1928.

2. Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Stunde.

3. Reduzierung der Lohngruppen.

4. Verbleiben des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes Merseburg in Ortsklasse A.

5. Es soll im Tarif nicht mehr heißen Kalendertage, sondern Arbeitstage.

Die Versammlung verlangt von der Bezirksleitung Magdeburg, daß die hier gestellten geringen Forderungen durchgesetzt werden.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Oppositionelle Ortsverwaltung nicht bestätigt

Mitglieder werden ihrer Rechte beraubt

Gemeinheiten leistet sich die Bezirksleitung des Bergarbeiter-Verbands, Sitz Senftenberg, der Ortsverwaltung Bockwitz gegenüber. Wie bekannt, wurde die Ortsverwaltung im Dezember 1927 neu gewählt, und zwar wurde sie nur von der Opposition besetzt. Bislang war der bei uns „rühmlichst" bekannte ehemalige Dr.-Stadler-Schüler, jetziger Bezirksvertreter der „Volksfürsorge", Holbein, mit in der Verwaltung. Da aber der Mensch scheinbar nur immer stänkern kann, ohne praktische Arbeit zu leisten (siehe Volkshaus-Aufsichtsrat), so sagten die Kollegen, den wollen wir nicht wieder. Und das mit Recht. Schon in der fraglichen Versammlung erklärte Holbein nach dem Endresultat, daß er gegen die Wahl der Ortsverwaltung Einspruch erheben werde mit dem Zweck:

Nichtanerkennung der Verwaltung durch die Instanzen.

Auch warf er einem unserer besten Genossen Wahlbeeinflussung vor. Wer lacht da? Einmütig waren die Kollegen der Meinung, Holbein leidet an Größenwahn. Was niemand glauben wollte, ist nun Tatsache geworden:

Die Verwaltung ist nicht anerkannt

und die Bezirksleitung ist dem Wunsche des Herrn Bezirksvertreters nachgekommen. Man sagt ja gewöhnlich: Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Und nun, Kollegen aus den Betrieben, was sagt Ihr dazu? Nach der Meinung der Bezirksleitung habt Ihr das Maul zu halten, habt nichts mehr zu sagen, könnt nur noch Beiträge zahlen. Hättet Ihr Sozialdemokraten gewählt, ein zweiter Wahlgang wäre Euch erspart worden. Aber wir versichern diesen naiven Leutchen schon heute, in der Wahl unserer Genossen werden wir

nicht einen Schritt zurückgehen,

möge kommen, was da wolle. Kumpels, ein harter Kampf steht uns in dieser Angelegenheit bevor. Losung muß sein: **Nun erst recht!** Erscheint vollzählig zur nächsten Mitgliederversammlung, die Reformisten der Bezirksleitung haben gesprochen, nunmehr habt Ihr das Wort.

Bergarbeiter, was versprach man Dir?

„Der Kampf im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fand seinen Abschluß in einem verbindlich erklärten Schiedsspruch, der die kämpfenden Arbeiter in keiner Weise befriedigt hat."

Diesen Satz schreibt die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" am 21. Januar 1928.

Als die reformistischen Gewerkschaftsführer Dir nach Abwürgung des Streiks die Annahme der Lohnerhöhung als einen Sieg empfahlen, versuchten sie, Deine Erbitterung durch das Versprechen zu beschwichtigen,

im Frühjahr einen Kampf um eine zwischentarifliche Lohnerhöhung zu führen.

Jetzt stehen die Metallarbeiter im Kampf. Andere Industrien, wie Chemie u. a., führen Lohnbewegungen. Was machst Du? Nimm die Gewerkschaftsführer beim Wort.

Organisiere den Kampf um eine zwischentarifliche Lohnerhöhung!

Betriebsmord!

Totgequetscht

Am 23. Januar geriet der Maschinenführer Alb. Scharf aus Hübitz zwischen seine Maschine und den Stoß. Die erlittene Quetschung ist dermaßen groß, daß der Tod bald danach eintrat. Der der Profitgier zum Opfer gefallene Arbeiter hinterläßt Frau und Kinder.

Kohlenzüge zusammengestoßen

Im Abraumbetrieb der Grube Friedländer der Rubiag ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch ein folgenschwerer Unfall. Zwei Kohlenzüge stießen mit großer Gewalt zusammen. Die Führerstände der Lokomotiven wurden vollständig zertrümmert. Auf der einen Maschine waren Führer und Heizer sofort tot, auf der zweiten wurden die Bedienungsleute mit schweren Verletzungen geborgen.

Das Bein zerschlagen

wurde am Dienstag einem Arbeiter der Fa. Dykerhoff & Mittmann im Leuna-Zuchthaus, der mit Einschaufeln beim Greifer beschäftigt war. Das Unglück geschah beim Herunterlassen des Greifers. Die Unfallverhütungsvorschrift schreibt vor, daß im Drehreis des Greifers sich niemand aufzuhalten habe, darauf wird natürlich aus Profitgründen keine Rücksicht genommen.

Du mußt zur Versammlung gehen

Gewerkschaftskursus Eisleben

Am Donnerstag, dem 26. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" beginnt die Vortragsreihe über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Redner ist Stadtrat Winter.

*

Schuhmacher Weißenfels

Alle im Zentralverband der Schuhmacher organisierten Parteigenossen und RFB.-Kameraden haben zu der am Freitag, dem 27. Januar, stattfindenden Generalversammlung zu erscheinen.

Wer sind die wahren Schädlinge der Arbeiterbewegung?

Ein weiterer Beitrag zur Naturgeschichte eines Reformisten

Wir haben wiederholt die schäbige Rolle, die der Bezirksleiter des DMV. Rößler spielt, vor aller Oeffentlichkeit aufgezeigt. Wenn es auch richtig ist, daß Rößler über sehr wenig Geist und Sachkenntnis verfügt, so versteht er doch, mit Gemeinheit, Verdrehung und Lüge langjährig organisierte Verbandskollegen mit Hilfe der Vorstandsdiktatur entweder der Funktion im Verbande zu entheben oder sie überhaupt aus dem DMV. herauszuwerfen. Derselbe Rößler, der mit unerhörter Intrige gegen seine eigenen Parteifreunde, die damals sämtlich in der USPD. waren, zum Beispiel gegen Hennig, Merseburg, die Bezirkseiterwahl zusammenschob, wütet und hetzt heute gegen Verbandskollegen, die eine offene und klare Linie im Kampfe gegen die Metallindustriellen vorschlagen und auch für diese Linie des rücksichtslosen organisierten Massenkampfes agitieren. Jeden Kampf in der Metallindustrie benutzt Rößler zur Hetze gegen die Kommunistische Partei. Mit den Mitteln des Statuts,

das er nach seiner Auffassung auslegt,

diktierte er die Herauswerfung unseres Genossen Höcker aus dem DMV., was jedem Metallarbeiter im Bezirk Halle bekannt ist. Weniger dürfen die Gemeinheiten und Schikanen, die Rößler gegen unseren Genossen Lademann angewandt hat, bekannt sein. Lademann wurde bekanntlich im Herbst des Jahres 1926 als 2. Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Halle mit überwiegender Mehrheit gewählt. Von da an setzte die Hetze ein. Da sich mehrere Spitzenfunktionäre des DMV. an der Propaganda für den „Kongreß der Werktätigen" beteiligt hatten, nahm Rößler das Recht, ein Feststellungsverfahren, das am 28. Februar 1927 in Halle verhandelt wurde, einzuleiten. Angeklagt waren damals die Genossen Drescher, Schneidewind, Karl Lüttich, Friedrich Stock und Max Lademann.

Rößler hatte eine mehrere Seiten umfassende Anklageschrift geschrieben. In der Sitzung vom 28. Februar stellte es sich heraus,

daß Rößler gelogen und wissentlich falsche Angaben gemacht hatte.

Die ganze Anklage brach zusammen. Obwohl bei den Genossen Drescher, Lüttich, Stock und Max Lademann, damit die Niederlage und die Gemeinheit von Rößler nicht allzu offenkundig wurde, eine Rüge beschlossen wurde, hatte der Hauptvorstand des DMV., nachdem er das Protokoll zur Kenntnis genommen und eingesehen hatte, daß die Klage Rößlers nicht zu verteidigen war, Abstand genommen, gegen die oben Genannten die Rüge auszusprechen. Nur der Genosse Paul Schneidewind wurde das Opfer von Rößler, indem er auf ein Jahr seiner Funktion als Ortsverwaltungsmitglied enthoben und vom Besuch der Mitgliederversammlungen des DMV. ausgeschlossen wurde.

Als im August des Jahres 1926 bei einer Konferenz in Dürrenberg über die einzureichenden Lohnforderungen gesprochen wurde, hatte dazu vorher die Ortsverwaltung Halle Stellung genommen. Die Ortsverwaltung beschloß, daß in der Spitze 85 Pf. pro Stunde zu verlangen sei. Diese Forderung hat unser Genosse Lüttich auch begründet. Jetzt kam für die Metallindustrie ein Schiedsspruch vom 27. September 1926, der anstatt der geforderten 12 Pf. Zulage nur 2 Pfennig in der Spitze brachte. Die kommunistische Ortsverwaltung in Halle und darüber hinaus der größte Teil der Mitgliedschaft empörte sich gegen einen solchen Schandschiedsspruch, der nur zugunsten der Unternehmer sprach, empörte sich aber noch mehr, daß zu einer Zeit, wo 15 000 Hafenarbeiter in Hamburg in Streik standen,

Rößler diktatorisch verlangte, daß dieser Schiedsspruch anzunehmen sei.

Ende 1926 wurde von Professor Jörges der Entwurf eines neuen Manteltarifes vorgelegt. Die oppositionellen Kollegen waren es, die sofort dazu Stellung nahmen und mit aller Beharrlichkeit daran gingen, die Vorbedingungen für einen erfolgreichen Kampf zu schaffen. Die Metallarbeiter in Halle mußten sich damals noch die 54-Stunden-Woche gefallen lassen und hebt scharf stand damals die Forderung, keine Minute über acht Stunden im Vordergrund.

Zu dieser Bewegung im Februar 1927 hatten vorher mehrere interne Konferenzen stattgefunden. Die Ortsverwaltung Halle hatte damals schon zum offenen Kampfe für den Achtstundentag gedrängt und auch bemerkenswerte Anträge auf den Konferenzen formuliert. Kurz vor Ablauf des Arbeitszeitabkommens ergriff die Mitgliedschaft des DMV. in Halle die Offensive gegen die schwankende und verräterische Haltung des Rößler, indem sie in einer vollbesuchten Mitgliederversammlung am 12. Februar einstimmig beschloß, daß die gesamten Metallarbeiter des hallischen Tarifgebietes ab Mittwoch, den 16. Februar, nach acht Stunden Arbeit ihren Betrieb zu verlassen haben. Gegen diesen Beschluß erhob Rößler nicht etwa offen Einspruch, sondern er arbeitete wieder mit seinen sattsam bekannten Rundschreiben und gab am 13. Februar die Anweisung heraus,

daß es am 16. Februar 1927 wegen der Arbeitszeitfrage zu keinerlei Komplikationen kommen dürfe. Es müsse vielmehr in allen Betrieben die bisherige Arbeitszeit weitergeleistet werden.

Diese Handlungsweise des Rößler zeigt jedem sehr deutlich, daß Rößler mit dem Unternehmertum im Bunde jede Möglichkeit, den Achtstundentag zu erkämpfen, abwürgt.

Das Schreiben von Rößler kam verspätet in die Hände der Ortsverwaltung Halle und am 15. Februar wagte es derselbe Rößler mit frecher Stirn auf Grund des Statuts und seiner Vollmacht vom Hauptvorstand, wie Rößler damals ja schön sagte, der Ortsverwaltung Halle zu befehlen, daß sie den Beschluß der Mitgliederversammlung, nach acht Stunden den Betrieb zu verlassen, sofort rückgängig machen, daß sie weiter ihre Funktionäre sofort in alle Betriebe schicke, damit die Arbeiter nicht nach acht Stunden Arbeitszeit den Betrieb verlassen und dadurch die Harmoniebuselei Rößlers mit dem Unternehmer stören könnten. Rößler glaubte, daß den Arbeitern verborgen bliebe, daß er eigentlich der Unternehmerknecht und Schuldige ist und er hatte gehofft, daß sich die berechtigte Empörung der Kollegen gegen die kommunistische Ortsverwaltung Halle richten werde, denen dann ja, da sie von vertraulichen Verbandsangelegenheiten nichts erzählen dürfen, der Mund verschlossen wäre. Rößler hatte sich aber doch verrechnet, denn Lademann berief in seiner Eigenschaft als 2. Bevollmächtigter von sich aus die notwendige Mitgliederversammlung des DMV. zusammen, um nicht etwa Verwirrung unter die hallischen Metallarbeiter durch die Rößlersche Demagogie bringen zu lassen. Obwohl Rößler zu dieser Versammlung damals eingeladen war, wurde er auf einmal krank und erschien nicht.

Lademann klärte damals die Metallarbeiter in Halle auf und es hat sich früher wie später gezeigt, daß

Rößlers Taktik, entweder die oppositionelle Ortsverwaltung in Halle absetzen oder, wenn das nicht gelingt, einfach die Verwaltungsstelle in Halle, mit mehr als 5000 Mitgliedern, zu zerschlagen,

ohne Erfolg geblieben ist. Die Bewegung um höheren Lohn und Achtstundentag ist damals mit einem elenden Kompromiß, welcher das Ergebnis der Rößlerschen Verhandlungstaktik war, abgeschlossen. Die Artikel im „Klassenkampf", als deren Verfasser Genosse Lademann von der Bezirksleitung des DMV. genannt wurde, hatten es Rößler besonders angetan und er machte auf den nachfolgenden Konferenzen eine wütende Hetze gegen die oppositionellen Metallarbeiter. Auf der Bevollmächtigten- und Geschäftsführerkonferenz am 18. März wollte der Vertreter der Verwaltung Halle zu den Schiebungen des Unternehmerlakaien Rößler Stellung nehmen. Einstimmig war Genosse Lademann als einziger von der Verwaltung Halle zu dieser Konferenz delegiert. Natürlich hatte Rößler seinen ganzen Stab aus dem Bezirk Anhalt-Halle-Magdeburg zusammengeholt, und diese Sorte von SPD.-Bonzen brachte es natürlich fertig, unter Bruch des Statuts und jeder Gepflogenheit im DMV. den ordentlichen Vertreter von 5000 Metallarbeitern von der Konferenz zu weisen. Rößler wollte mit dieser Schiebung verhindern, daß Lademann allen Funktionären das Unternehmerknechtsgesicht von Rößler zeigt. Der Angestellte Hartung aus Schönebeck sagte auf der Konferenz, offenbar von Rößler vorgeschoben, ganz offen,

es gäbe im DMV. ein geschriebenes und ein ungeschriebenes Gesetz und gegen Lademann müsse man das ungeschriebene Gesetz anwenden.

So wurden Ausschlußverfahren anhängig gemacht, alle Anklagen konnten aber stets entkräftet werden. Gegen Lademann wurde eben das ungeschriebene Gesetz angewandt: Heraus aus dem Verband. Die Diktatur Rößler duldet keine Opposition gegen seine unternehmerfreundliche Verwaltungspraxis.

Genosse Lademann, der 14 Jahre ununterbrochen gewerkschaftlich organisiert war, wurde durch den Beschluß eines Untersuchungs-Ausschusses, dem drei angestellte Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei angehörten, aus dem Verbande herausgeworfen. Dieselben Mittel, die Rößler damals anwandte, sind heute längst Gepflogenheit bei der Bezirksleitung des DMV. in Halle geworden. Mit kommunistischer Hetze sucht man die kämpfenden Metallarbeiter zu schädigen. Rößler sucht durch diese Taktik eine Möglichkeit, wie er am besten den Kampf abwürgen kann. Rößler konzentriert, aus seiner Unfähigkeit heraus, nicht alle Kräfte gegen die Metallindustriellen, sondern er sinnt täglich und stündlich auf neue Schikanen gegen die Kommunisten, versucht sie mit Hilfe des Verbandsstatuts und besonderer Vollmachten vom Hauptvorstand zu zwingen, entgegen ihrer politischen Ueberzeugung zu arbeiten. Deshalb wird er auch heute wie früher mit den gemeinsten und verlogensten Mitteln arbeiten, um sich erstens seinen Posten zu erhalten, und zweitens im Auftrage des Verbandsvorstandes und des SPD.-Vorstandes den kommunistischen Einfluß im Bezirk Halle-Merseburg zurückzudämmen.

Rößler und seine Auftraggeber werden sich verrechnen,

jetzt müssen die Metallarbeiter in den Betrieben sprechen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0007

Toni Sender und Rudi Breitscheid

oder die Hindernisse, an denen die Revolution zerbrach

Einem in der „Weltbühne" Nr. 4 erschienenen Artikel des Franzosen Maurice Pernot entnahmen wir folgende Sätze:

„. . . Drei Wochen lang habe ich im April vorigen Jahres den Debatten des Reichstags beigewohnt. Auf der Tagesordnung standen ernste Fragen: der Reichswehretat und die Ausführung des Dawes-Planes. Nicht fünfzig Abgeordnete waren im Saal; in den Wandelgängen ging es auch nicht viel lebhafter zu; die Tribünen für das Publikum waren fast leer.

Das Hindernis, an dem die Revolution zerbrach, war nicht die feudale und militärische Aristokratie, nicht die unsichere und gespaltene Bourgeoisie, nicht die in Auflösung begriffene Armee noch die Polizei, sondern: die Sozialdemokratie. Die einzige intakt gebliebene und widerstandsfähige Organisation — die der Gewerkschaften — nahm die Leitung der Revolution in die Hand und erstickte sie.

Als ich mit einigen Führern der Sozialdemokratie sprach, war ich erstaunt über ihre Mäßigung und die Großzügigkeit ihrer Ansichten; ich sprechen nicht von ihrem Patriotismus, der war mir bekannt . . .

„Der deutsche Arbeiter ist sehr vernünftig geworden," erklärte mir der Doktor Breitscheid, „er weiß, daß er nichts von einer Revolution zu erwarten hat, aber alles von der methodischen Arbeit der Gewerkschaften." Und als ich Toni Sender fragte, die in der gleichen Partei etwas mehr links sitzt, ob sie für Deutschland eine neue Revolution fürchtet, antwortete sie mir mit einem reizenden Lächeln: „Warum fürchten? Wenn eine neue Revolution nützlich wäre, würde ich sie von ganzem Herzen herbeiwünschen, aber ich glaube, sie ist weder nützlich noch möglich."

Im allgemeinen habe ich die deutschen Sozialisten sehr ruhig, sehr vernünftig gefunden; sie sind viel weniger besorgt, die bürgerlichen Parteien zu bekämpfen, als die Kommunisten in Schach zu halten. Ein ehemaliger demokratischer Minister, den ich fragte, ob er fürchtet, daß Deutschland lange Zeit noch unter der Finanzkrise der Bourgeoisie zu leiden hätte, sagte mir: „Nein, denn Deutschland wird bald eine neue Bourgeoisie als Ersatz haben: die Sozialdemokratie." Ich glaube, er hat nur wenig übertrieben. . . ."

Das milde Herz der Justizbehörden für die Feme-Verurteilten

(WTB.) **Berlin**, 25. Januar.

Den vier zum Tode verurteilten Angeklagten aus dem Wilms-Prozeß, die aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit in die Mörderzelle in Plötzensee gebracht worden waren, obwohl durch ihre Verteidiger ein Wiederaufnahmeverfahren beantragt worden war, sind nunmehr Vergünstigungen zugestanden worden, unter anderem die Erlaubnis, ohne Kontrolle mit den Verteidigern zu sprechen, zu rauchen und sich besser zu beköstigen. Sie müssen aber weiter Strafanstaltskleidung tragen. Die Verteidiger haben beim Justizministerium beantragt, die vier Verurteilten wieder nach Moabit zu bringen, da wegen des Wiederaufnahmeverfahrens ein häufiger Besuch der Gefangenen notwendig sei.

*

Eine andere Meldung besagt, daß seitens der Staatsregierung mit der Umwandlung der Todesstrafe in eine Festungshaft bestimmt zu rechnen ist. Gegen die Arbeiter brutalste Anwendung des Strafvollzuges, die Fememörder aber werden amnestiert. Das ist das nackte Gesicht der deutschen Klassenjustiz und der Bürgerblock-Herrschaft.

Eine Ohrfeige für die sozialdemokratischen Heuchler

Die linksbürgerliche Presse, wie das „Berliner Tageblatt", hatte sich bekanntlich veranlaßt gesehen, gegen die Ernennung des Reichsgerichtsrats Lorenz als Nachfolger Niedners zu protestieren, „da Lorenz die verderbliche Rechtsprechung Niedners auf dem Gebiete des Hoch- und Landesverrats in allen Punkten mitgemacht hat". Zur Verteidigung Niedners und des kommenden Lorenz ergreift jetzt der „demokratische" Oberreichsanwalt Ebermeyer das Wort. Er setzt sich für die Wahl von Lorenz ein und gibt seinen demokratischen Freunden und zugleich den Sozialdemokraten folgende Ohrfeige:

„. . . In Wirklichkeit war Niedner weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin subjektiv; er war weder ein „Kommunistenfresser", noch ein „Schutzpatron der Rechten". Daß die meisten Urteile des Staatsgerichtshofes, der ursprünglich als Waffe gegen rechts gedacht war, sich gegen links richteten, war ein Treppenwitz der Weltgeschichte, aber nicht die Schuld Niedners. Wenn man ihn für die angeblich parteiische Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes — sie war es niemals — verantwortlich machen will, so vergißt man stets, daß Niedner nicht Einzelrichter war, daß vielmehr neben ihm im STGH. sehr „ausgesprochene Republikaner" (z. B. die Herren SPD.-Leute Heine, Wissel, Braun usw.) saßen, die sich aber ebenso wie er ihrer Richterpflicht vollbewußt waren, und von keinem von ihnen hat man jemals öffentlich oder im Privatgespräch den Vorwurf gehört, daß Niedner es an der erforderlichen Objektivität habe fehlen lassen."

Pressesorgen der Koalitionspolitiker

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 26. Januar.

Die arbeiterfeindliche und verlogene Schreibweise des „Vorwärts" führte bekanntlich zu einem dauernden Abonnentenschwund des reformistischen Zentralorgans. Die sozialdemokratischen Maulhelden wollten diese Tatsache vertuschen mit dem abgefeimten Schwindel, daß nicht etwa die sozialdemokratische, sondern ausgerechnet die kommunistische Presse Leser verliert. Die „Rote Fahne" schlug daraufhin vor, durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission die gegenseitige Auflage zu kontrollieren und der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Darauf verstummten zunächst die Verleumdungen des „Vorwärts" in Berlin und tauchen nun in der Provinzpresse auf. Aber die Klagen der SPD.-Arbeiter über den „Vorwärts" hören nicht auf. Jedem Einsichtigen ist klar, daß die Wahlaussichten der SPD. mit einem derartigen Lügenrummel diesmal anders sein werden. Deshalb sucht die SPD. nach einem Ausweg. Schon einmal sollte ein sensationell nachmittags erscheinendes Revolverblatt zur Unterstützung der bedrohten SPD. herausgegeben werden. Der Plan scheiterte. Jetzt ist ein neues Projekt aufgetaucht. Am 1. Februar soll angeblich ein sensationell aufgemachtes, reich illustriertes Abendblatt erscheinen, das eine „radikal-sozialistische" Sprache führen soll, um dem wachsenden Einfluß der Kommunisten zu begegnen und den Klagen der sozialdemokratischen Arbeiter über die Schreibweise des „Vorwärts" nachzukommen. Finanziert soll das neue Blatt werden durch Leute, die dem preußischen Innenminister Grzesinski nahestehen. Man munkelt sogar, daß die preußische Regierung im Hinblick auf die Wahlen durch irgendwelche Fonds an der Finanzierung des Blattes beteiligt sein wird.

Marktkleinhandelspreise in Halle am 26. Januar

Ware	Menge	Preis
Obst und Gemüse:		
Eßbirnen	1 Pfd.	0,15—0,30 Mk.
Kochbirnen	1 Pfd.	0,08—0,15 „
Kochäpfel	1 Pfd.	0,08—0,20 „
Eßäpfel	1 Pfd.	0,15—0,35 „
Apfelsinen	1 Stck.	0,05—0,15 „
Bananen	1 Stck.	0,05—0,15 „
Tomaten	1 Pfd.	0,50—0,60 „
Weißkohl	1 Pfd.	0,08—0,15 „
Rotkohl	1 Pfd.	0,20—0,25 „
Grünkohl	1 Pfd.	0,15 „
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,15—0,18 „
Blumenkohl	1 Kopf	0,15—0,70 „
Salat	1 Kopf	0,30—0,35 „
Spinat	1 Pfd.	0,15 „
Mohrrüben	1 Pfd.	0,08—0,10 „
Kohlrüben	1 Pfd.	0,08—0,10 „
Rote Rüben	1 Pfd.	0,10—0,15 „
Kohlrabi	1 Stck.	0,04 -0,6 „
Zwiebeln	1 Pfd.	0,20 „
Sellerie	1 Stck.	0,08—0,15 „
Schwarzwurzel	1 Pfd.	0,40 „
Rapünzchen	1 Pfd.	0,50 „
Porree	1 Pfd.	0,20—0,25 „
Fische		
Hechte	1 Pfd.	1,30 „
Fl. Aal	1 Pfd.	2,00—2,50 „
Zal. aer.	1 Pfd.	3,50—4,00 „
Schellfisch	1 Pfd.	0,45 „
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,60 „
Weißfisch	1 Pfd.	0,40—0,90 „
Kabeljau	1 Pfd.	0,50 „
Schleie	1 Pfd.	2,00 Mk.
Heringe, Norw.	1 Stck.	0,05—0,06 „
Heringe, Schotten	1 Stck.	0,07—0,10 „
Bücklinge	1 Pfd.	0,60—0,70 „
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,70 „
Karpfen	1 Pfd.	1,30—1,40 „
Wild und Geflügel:		
Enten	1 Pfd.	1,00—1,30 „
Gänse	1 Pfd.	1 10—1,40 „
Hühner	1 Pfd.	0,90—1,20 „
Tauben	1 Stck.	0,50—0,80 „
Fasanen	1 Stck.	2,00—4,00 „
Rehfleisch	1 Pfd.	0,80—2,20 „
Hirschfleisch	1 Pfd.	0,50—1,80 „
Kaninchen, Stall	1 Pfd.	1,00—1,10 „
Wilde Kaninchen	1 Pfd.	1,70 „
Hasen im Fell	1 Pfd.	0,90—1,00 „
Hasen, ausgeschl.	1 Pfd.	1,00—1,60 „
Sonstiges:		
Butter, Molk.	1 Stck.	1,00—1,10 „
Butter, Bauern	1 Stck.	0,80—0,90 „
Quark	1 Pfd.	0,30 „
Käse	1 Stck.	0,10—0,20 „
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,50 „
Kartoffeln, weiß	10 Pfd.	0,50—0,60 „
Kartoffeln, Nieren	10 Pfd.	0,80—1,00 „
Eier	1 Stck.	0,15—0,17 „
Zitronen	1 Stck.	0,06—0,10 „
Meerrettich	1 Stg.	0,20—0,40 „
Petersilie	1 Pfd.	0,80 „
Schnittlauch	1 Pfd.	0,10—0,20 „

Fleisch- und Wurstwaren

Je Pfund

Ware	Preis
Rindfleisch:	
Kochfleisch	0,80—0,90 Mk.
Bratenfleisch	1,00—1,20 „
Gefrierfleisch	0,70—1,00 „
Kalbfleisch:	
Kochfleisch	1,00 „
Bratenfleisch	1,10—1,20 „
Hammelfleisch:	
Kochfleisch	0,85—0,90 „
Bratenfleisch	1,00—1,20 „
Schweinefleisch:	
Kamm und Kotelletten	1,00—1,20 „
Bauch und fettes Fleisch	0,80—0,90 „
Ziegenfleisch	0,50—0,80 Mk.
Roßfleisch	0,60—0,70 „
Wurstwaren:	
Schlachtwurst	2,00—2,30 „
Knackwurst	1,40—1,60 „
Mettwurst	1,40—1,60 „
Zervelatwurst	2,30—2,70 „
Schwartenwurst	0,90—1,00 „
Rotwurst, frisch	1,00—1,10 „
Rotwurst, geräuch.	1,20—1,30 „
Leberwurst, frisch	1,00—1,10 „
Leberwurst, geräuch.	1,20—1,30 „
Schinken, roh	1,80—2,00 „
Schinken, geräucht	2,00—2,60 „
Speck, fett, geräuch.	0,90—1,00 „
Speck, mager, geräuch.	1,10—1,20 „

Metallarbeiter, Arbeiter u. Arbeiterinnen von Halle!

Heraus zur großen öffentlichen

Metallarbeiter-Versammlung

am Freitag, dem 27. Januar, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des „Volkspark"

Warum Unterstützungsaktion für die streikenden Metallarbeiter?

Sollen die Nichtunterstützungsberechtigten zu Streikbrechern werden?

Soll der gewaltige Kampf dadurch gefährdet werden?

Es sprechen: Genosse Hans Schröter und Stadtverordneter Genosse Otto Härtel

Metallarbeiter, bekundet Euren Willen zum Sieg!

Erscheint in Massen! Kommunistische Partei Deutschlands Bezirksleitung Halle-Merseburg

Zum Kochen von Gemüsen

MAGGIs Fleischbrühe

Verb. für Freidenkertum u. Feuerbestattung

Ortsgruppe Zeitz

Freitag, den 27. Jan., abds. 8 Uhr, im Schützenhaus

Jahres-Hauptversammlung

Tagesordnung:
1. Jahresbericht, Mitgliederbewegung
2. Kassenbericht, Geschäftsjahr 1927
3. Bericht der Revisoren
4. Wahl des Vorstandes
5. Jugendheim 1928 214
6. Geschäftliches und Verschiedenes

Hierzu sind unsere Mitglieder eingeladen. Mitgliedbuch und Scheinlegung vorzeigen. Der Vorstand

Möbl. Z. frei, Schmeerstr. 13. Eing. Zaufenstr.

Alte Bücher empfiehlt die Buchhandlung Lerchenfeldstr. 14

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Weißenfels

Marienstraße 48 Gewerkschaftshaus

Sonntag den 29. Januar 1928 4/10 Uhr in Hermannsgarten

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes: a) des Bevollmächtigten, b) des Kassierers, c) der Revisoren
2. Neuwahl des Vorstandes
3. Verschiedenes

Jeder Kollege muß erscheinen! Ohne Mitgliedsbuch kein Stimmrecht

*204 Die Ortsverwaltung

Kaufen Sie Ihre Herrenstoffe Damenstoffe nur bei Ruhland Preußenring 3 (Poststraße) 255

Märme

trockene und gesalzene sowie Gewürze und Lebern zum Hausschlachten kaufen Sie am vorteilhaftesten in der Darmgroßhandlung von Gustav Paproth, Halle a. d. S., Kl. Ulrichstr. 1 661

Kein Laden. Versand nach auswärts prompt

Werbt für den Klassenkampf

Möbel *291

kaufen Sie staunend billig von einer der bedeutendsten Spezial-Fabriken Deutschlands dieser Art

Betten in Holz und Metall alles, was zum Schlafzimmer gehört, auch Küchen, Sofas, Chaiselongues.

Ein Beispiel der Leistungsfähigkeit: Ein Bett Bettstelle Stahlmatratze Polsterauflage zusammen nur 45,— netto

Bequeme Teilzahlung! Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. 10% Rabatt bei Barzahlung! Beurteilen Sie die Preise nach Qual.

Bernhard Schormann nur Große Märkerstraße 7 Schräden Kl. Markerstr. 1. H. „Volksblatt" Fabrikniederl. b. Fa. O. Gaz, Gera

Arb.-Schießklub Radewell

Sonntag den 29. Januar 1927

Gr. Maskenball im „Gasthaus Radewell"

Es ladet freundlichst ein

*199 Der Vorstand

Adler-Apotheke 7 Wittenberg Markt Schloßstr. 1

Die Volksbuchhandlung Wittenberg Jüdenstraße 10 empfiehlt politische und schöngeistige Literatur

Sämtliche Schul- und Schreibwaren

Außerdem werden sämtliche Aufträge an Drucksachen und Inserate entgegengenommen

Das Beste und doch Billigste in Patent- und Auflege-Matratzen führt in allen Größen, Systemen und Preislagen das Bettenhaus Bruno Paris eigene Ruhebetten- u. Matratzen-Werkstätten Kleine Ulrichstraße 2 Eingang Kanzleigasse (2 Minuten v. Markt) Lieferung nach auswärts mit eigenem Auto ohne Transportbeschädigung

Kammerlichtspiele Merseburg

Wir bringen ab Freitag zwei weitere Großfilme in einem Programm!

Endlich ist er wieder da der langersehnte Liebling des gesamten Kino-Publikums: Eddie Polo in seinem neuesten Großfilm

Der Geheimtresor

Eddie Polo, der Mann, der aller Gefahr trotzt, der den Tod verlacht, der das Schicksal meistert, er tritt wieder auf den Plan!

Eddie Polo, das bedeutet kühnes Wagnen, wildes Erlebnis, Sensation. Der Bezwinger aller Gefahren, das ist Eddie Polo, der Liebling aller.

Man wird ihn sehen!

Dazu das große Sittengemälde

„Ein Mädel von Klasse"

in sechs äußerst spannenden Akten

Wollen Sie einige genußreiche Stunden verleben, deren Sie noch später lachend gedenken? Dann sehen Sie sich unsere beiden Großfilme an, sie sind Glanzstücke bester filmischer Unterhaltung! *206

Dazu die neueste Opel-Wochenschau

Sonntag 2 Uhr: Große Kindervorstellung mit auserwähltem Programm

Heute, Donnerstag letzter Tag des mit großem Beifall aufgenommenen Großfilms „Das edle Blut"

Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlungen

Werbt Abonnenten für die Parteipresse!

Wo speise ich gut und billig im Volkspark? Burgstraße 27 Tel. 21107

Bekanntmachungen

Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat das Mindestbeigeld für Ziegen für das Kalenderjahr 1928 auf 2,50 RM. festgesetzt. *208

Eisleben, den 18. Januar 1928. Der Stadt-Ausschuß.

Jeden Freitag und Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an erhalten Sie Kl. Ulrichstr. 24 zur Probe eine Riesen-Portion warme Knoblauchswurst mit Semmel bei mir für 25 Pf.

Gehacktes Gulasch 75 ₰ | Schweinebauch Schmer 75 ₰ | Rinderbrust Bauch, Kamm 75 ₰ | Rouladen 110 ₰ Frische Schweineleber 100 ₰ | Frische Knochen 30 ₰ Schwarten 15 ₰ | A. Knäusel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0008

Aus der Provinz

Die IAH. und Rößler

Uns wird geschrieben:

Der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes Rößler, dessen Haß gegen die oppositionelle Arbeiterbewegung weit über die Grenzen Mitteldeutschlands hinaus bekannt ist, hält es für notwendig, im „Volksblatt", dem Organ der SPD., vom Montag, dem 23. Januar, der IAH. einige Liebenswürdigkeiten zu sagen. Im Zusammenhang mit der Aussperrung der mitteldeutschen Metallarbeiter und die Maßnahmen zur erfolgreichen Durchführung des Streikes schreibt Rößler:

„Nunmehr macht sich auch die sogenannte (!?) IAH. bemerkbar und veranstaltet Sammlungen für die streikenden Metallarbeiter. Wir lehnen auch diese Einmischung und Unterstützung entschieden und dankend ab. Jede Ortsverwaltung sowie jeder Kollege ist gemäß Verbandstagsbeschlusses gehalten, Sammlungen irgendwelcher Art seitens der IAH. zu unterbinden. Wir ersuchen nicht nur die Metallarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft, ihre Taschen zuzuhalten und Bettelei jeglicher Art zurückzuweisen."

Wenn Rößler von der „sogenannten" IAH. schreibt, so muß bemerkt werden, daß die IAH. 1921 gegründet wurde zur Niederkämpfung der russischen Hungersnot. Damals erklärte Rößler mit großer Emphase **„Ich werde immer auf Moskau schwören!"** Seine jetzige Beschimpfung der IAH. beweist, daß er ein ziemlich kurzes Gedächtnis hat. Das ist zweifellos für einen Führer der Arbeiterschaft sehr verhängnisvoll. Rößler hat in den Jahren seine Gesinnung gewechselt, **während die Mehrheit der hallischen Metallarbeiter nach wie vor die aktive proletarische Solidarität hochhält.**

Das stellen wir mit großer Genugtuung fest.

Die „Einmischung" der IAH. in die Streikführung besteht lediglich in der Phantasie Rößlers. Schon in unserem ersten Aufruf haben wir darauf hingewiesen, daß die IAH. weder ein Ersatz für Gewerkschaften ist, noch sich anmaßt, in die Führung wirtschaftlicher Kämpfe einzugreifen. Dagegen hat Rößler und seine Freunde nicht das Recht, eine Hilfsaktion für die streikenden Metallarbeiter zu unterbinden. Eine solche Anmaßung weisen wir energisch zurück, wir müssen seine Warnung, die Taschen zuzuhalten, niedriger hängen, wenn die IAH. zu Sammlungen auffordert.

Wie liegen die tatsächlichen Verhältnisse?

Trotzdem alle proletarischen Organisationen — **auch die IAH.** — die Arbeiter immer wieder zum Eintritt in die freien Gewerkschaften aufforderten, steht fest, daß immer noch ein Teil der Kämpfenden keiner Gewerkschaft angehört. Ferner kommen auch die kinderreichen Familien Kämpfender in Betracht. Wenn Rößler unsere Solidaritätsaktion ablehnt, so heißt das mit anderen Worten: **Die Unorganisierten können verhungern!** Diesen Gefallen werden sie ihm nicht tun, aber sie können sehr wohl in die Betriebe laufen und dadurch die Streikfront durchbrechen. Auch die IAH. verurteilt es, wenn sich klassenbewußte Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisieren. Doch im Augenblick des schärfsten Kampfes kann man nicht diskutieren, sondern man muß handeln. Mit prahlerischen Worten weist Rößler auf die gefüllten Lokalkassen der Gewerkschaften hin. Wir würden es begrüßen, wenn die Führung des Streikes auch alle finanziellen Maßnahmen treffen würde, um die von uns geschilderte Gefahr zu beseitigen und einen Bruderkampf zu verhindern.

Wenn Rößler unsere Aufforderung an die werktätige Bevölkerung zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter als „Bettelei" bezeichnet, so überlassen wir diese Herabwürdigung einer der wichtigsten Waffen des Proletariats mit aller Ruhe dem Urteil der wirklich ehrlichen Freunde der Arbeiterklasse. Die Beschimpfungen Rößlers werden uns nicht abhalten, das eingeleitete Hilfswerk durchzuführen. Wir haben die Gewißheit, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiter Mitteldeutschlands hinter der IAH. steht und die arbeiterfeindliche Hetze Rößlers zurückweist. —A—.

Schulhygienische Fragen

Von Wilhelm Schneller

Die Gemeindeparlamente haben auf dem Schulgebiet wesentlich die Aufgabe, die sachlichen Lasten der Schule aufzubringen. Auf die ideelle Seite des Schulwesens haben sie fast keinen Einfluß. Das schließt aber nicht aus, daß die ideelle Seite der Schulfrage im Gemeindeparlament behandelt wird. Das ist vielmehr eine unbedingte Notwendigkeit, da sich vielfach ideelle und sachliche Fragen berühren, wie gerade das Reichsschulgesetz beweist.

Die Praxis hat gezeigt, daß die Gemeindeparlamente sich zu wenig mit den sachlichen Schullasten beschäftigen. Das trifft zum großen Teil auch auf die kommunistischen Gemeindeverordneten zu. Der Grund hierzu liegt in der rein gewohnheitsmäßigen Anschauung, in der Tatsache, daß sich das Gesicht der Schule fast nicht verändert hat. Die Schulen sind heute noch genau wie vor 50 Jahren Kasernen — das beweisen auch fast alle Schulbauten der letzten Jahre.

Der Kasernentyp der Schulen steht natürlich im unsächlichen Zusammenhang mit dem Geist der Schule, der aufgebaut ist auf militärischem Drill, sowohl geistig wie körperlich. Diesen militärischen Drill gilt es zu brechen. In den Dienst dieser Aufgabe muß auch die Schulhygiene gestellt werden.

Es ist eine alte Erfahrung, daß ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper gedeihen kann. Der gesunde Körper des Kindes ist also Vorbedingung für die gesunde Geistesentwicklung des Kindes. Daß die Kinder des Proletariats in der Mehrzahl nicht gesund sind, haben alle ärztlichen Untersuchungen ergeben. Die proletarischen Kinder sind zum größten Teil unterernährt, Tuberkulose und Skrofulose sind bei ihnen Massenerscheinungen. Diese Sachlage stellt der Schule als wichtigste Aufgabe die Sorge für das leibliche Wohl der Kinder.

Diese Aufgabe erfüllt die heutige Schule nicht. Sie sieht als ihre wesentlichste Aufgabe die Beeinflussung der Kinder im Sinne der imperialistischen Ideologie an. Alles andere ist für die heutige Gesellschaft Nebensache. Darum sind die Schulen von heute die schlimmsten Seuchenherde. Das zeigt sich bei allen Kinderkrankheiten, zeigte sich bei der Typhusepidemie in Hannover und bei der spinalen Kinderlähmung in Leipzig.

Es gilt deshalb dafür Sorge zu tragen, daß die Schulgebäude allen hygienischen Anforderungen entsprechen. Zu diesem Zwed ist es notwendig, daß Schulärzte angestellt werden, die die hygienischen Zustände der Schulen stets überwachen. Bei Schulneubauten ist es notwendig, daß die Pläne durch hervorragende Aerzte auf die hygienischen Verhältnisse geprüft werden.

Ein besonderes Kapitel ist die theoretische und praktische Durchführung der Hygiene. Den Kindern wird gelehrt, daß sie sich vor und nach dem Essen, nach Benutzung des Klosetts, nach dem Turnen, nach dem Werkunterricht usw. die Hände waschen sollen. Die Praxis in den Schulen sieht aber anders aus. Die Kinder gehen z. B. bei Beginn der Pause aufs Klosett und nehmen dann ihr Frühstück ein. Da keine Waschgelegenheiten vorhanden sind, müssen sie, ohne sich nach der Benutzung des Klosetts die Hände gewaschen zu haben, mit diesen Händen essen. Daß auf diese Weise eine Anzahl von Krankheiten entstehen, leuchtet jedem ein. In den meisten Schulen sind Waschgelegenheiten für Lehrer vorhanden, die meist von den Kindern nicht benutzt werden dürfen, für Kinder sind keine vorhanden. Es ist deshalb die Schaffung von Waschgelegenheiten für Kinder zu fordern, nicht nur in den Klassenzimmern, sondern auch auf den Klosetts.

Die Aborte in den Schulen sind meist so, daß viele Eltern es ablehnen würden, diese zu benutzen. Die Aborte — oft das älteste System, wie man es nur noch in alten Dorfgasthöfen findet — strotzen vor Schmutz. An ihre Stelle sind moderne Wasserklosetts zu schaffen. Wo diese Möglichkeit nicht besteht, muß für ausreichende Desinfektion gesorgt werden.

Gereinigt werden die Schulen sehr ungenügend. In Leipzig z. B. werden die Schulräume dreimal wöchentlich gekehrt und dreimal im Jahre gescheuert. Es gibt eine ganze Anzahl Orte, wo die Reinigungsverhältnisse noch schlechter sind. Die Kommunisten fordern tägliche Reinigung (Kehren), sowie wöchentliches Scheuern der Schulen.

Um aber eine durchgreifende Aenderung der Schulhygiene zu erreichen, ist die Anstellung von hauptamtlichen Schulärzten notwendig, die nicht nur die hygienischen Zustände der Schulen überwachen, sondern auch die Kinder regelmäßig untersuchen und in Krankheitsfällen unentgeltlich behandeln. Kleine Gemeinden bilden Zweckverbände zur Anstellung eines hauptamtlichen Schularztes.

Da die Kinder des Proletariats unterernährt und schlecht gekleidet sind, steht im Vordergrund bei Behandlung der Schulfrage für die Kommunisten: die Sicherstellung der Ernährung und Kleidung der Schulkinder. Die Schülerspeisung muß deshalb überall durchgeführt werden, aber nicht als Fürsorgemaßnahme, sondern als eine schulische Einrichtung. Dasselbe trifft bei der Beschaffung von Kleidung für arme Kinder zu.

Neben diesen Fragen, die leider von unseren Genossen oft nicht in genügendem Maße behandelt werden, steht weiter für uns die Frage der Schaffung von Walderholungsstätten, sowie von Ferien- und Erholungsheimen für Schulkinder.

Unsere Aufgabe muß es sein, diese hygienischen Fragen in den Gemeinden zu stellen. Die skizzierten Forderungen werden wohl allgemein Zustimmung finden, aber man wird die Finanzfrage in den Vordergrund rücken, da es sich bei diesen Ausgaben nach Anschauung der Bourgeoisie nicht um produktive Angaben handelt. Gegen diese Auffassung kämpfen die kommunistischen Gemeindevertreter und treten im Interesse der proletarischen Kinder für eine durchgreifende Umgestaltung der Schulhygiene ein.

Aus dem Saalkreis

In Priester tagte die Gemeindevertretung

Im Dohndorfschen Gasthause fand die Gemeindevertretersitzung statt, die von seiten der Gemeindemitglieder sehr gut besucht war. Der Gemeindevorsteher, Gutsbesitzer Brandt, erklärte zum ersten Punkt der Tagesordnung, daß der Kreis das Haus des verstorbenen Eisenbahnassistenten Jähnicke, Nauendorf, gepachtet habe und daß dort eine Krankenschwester eingesetzt werden soll. Von derselben sollen folgende Orte bedient werden: Nauendorf, Priester, Merbitz, Neuß und Deutleben. Die Gemeinden haben je nach Kopfzahl 0,25 Reichsmark pro Jahr aufzubringen. Für unseren Ort kämen 65 Reichsmark in Frage. Die Gemeindevertreter sollten sich hierzu aussprechen. Keiner tat zu diesem Punkte den Mund auf, und die Proleten werden somit von dieser Einrichtung wieder den Nachteil haben, wie es bisher schon bei der vorigen Krankenschwester, die in Kaltenmark stationierte, der Fall war. Zumal auch diesmal die Sache vom Lieschendund aus unterstützt werden soll, in unserem Ort durch die Frau Gutspächter Jahn. Weil sich niemand zu Worte meldet, wird der Punkt vom Gemeindevorsteher als angenommen erklärt. Bei dem zweiten Punkt nahm der Maurer Mittelbach seinen Antrag betreffs Grundstücksankauf zurück, weil durch verschiedene Gemeindemitglieder sehr schlechte Aeußerungen schon vor der Versammlung gefallen waren. Unter Verschiedenem wurde erklärt, daß in diesem Jahre die Pflasterarbeiten unternommen werden könnten. Karl Dohndorf fragte an, wie es eigentlich mit der Kanalisierung am Brunnen nach der Gotische aussehe. Diese Angelegenheit wurde Ellässer und Otto Hammer übergeben, die sofort die Sache in Angriff nehmen sollen.

Im folgenden richtete Gustav Schönburg eine Anfrage an die Gemeindevertretung resp. den Gemeindevorsteher, wegen Räumung der Wohnung seiner Schwiegertochter, der Witwe Anna Schönburg. Er streite in seinen Ausführungen die Niederträchtigkeit des Gutspächters Jahn, bei dem die Anna Schönburg eine Wohnung zur Miete innehat und dieser dieselbe zum 1. Februar ohne weiteres auf die Straße setzen will. Am 15. Februar will er Saisonarbeiterinnen unterbringen. Der Herr fragt gar nicht darnach, wo die Frau mit ihrem Kinde ein Unterkommen findet. Das jetzige Gemeindehaus wird von einer, vor etlichen Jahren hier zugezogenen Familie bewohnt, die gar nicht hier ansässig ist. Die Familie wurde seinerzeit vom Gemeindevorsteher Brandt, obwohl auch schon Wohnungsnot in unserem Orte herrschte, aus der Gemeinde Sylbitz angenommen.

Schönburg (sen.) fragte die Gemeindevertretersitzung, was sie in dem Fall unternehmen würde, um, für die Frau ein Unterkommen zu schaffen. Brandt äußerte sich, er wolle mit Schönburg im Beisein von Jahn darüber sprechen. Schönburg erläuterte darauf nochmals den Punkt zwei der heutigen Tagesordnung. Er forderte die Gemeindevertreter auf, doch etwas zu unternehmen, entweder Ankauf des erwähnten Grundstücks oder Neubau eines Gemeindehauses, damit die Wohnungsnot etwas gelindert wird, denn in unserer Gemeinde herrschen Zustände, die fast unglaublich erscheinen. Zum Beispiel wohnen 4köpfige Familien in Räumen, in denen gekocht und geschlafen wird, obwohl die Räume noch nicht einmal 15 Quadratmeter messen. Wo früher 4 Familien wohnten, wohnen heute 6. Der Gemeindehausneubau wird bei der nächsten Gemeindevertretersitzung mit auf die Tagesordnung gesetzt. Hoffentlich finden sich beherzte Männer, die etwas Positives unternehmen.

Passendorf. Das Dorfparlament tagt. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Zur Stadt Halle" eine Gemeindevertretersitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Den streikenden Metallarbeitern Unterstützung zu zahlen. (Antrag der Kommunisten.) 2. Zu beschließen, an zuständiger Stelle zu beantragen, bei Auflösung der Gutsbezirke, den hiesigen Gutsbezirk mit der Gemeinde zu vereinigen. 3. Stellungnahme zu dem Antrag des Vereins 1910 Halle, den Gemeindesportplatz in den ersten Monaten 1928 noch mit benutzen zu dürfen. 4. Stellungnahme zu dem Vorhaben des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins, in der Gemeinde einen Kinderhort ins Leben zu rufen. 5. Zu beschließen, dem Antrage der freiwilligen Feuerwehr gemäß, Reparaturen vorzunehmen und Neuanschaffungen zu machen. 6. Stellungnahme zur Errichtung eines Sommerbades, Bericht der Kommission. 7. Zu beschließen, den Hilfsverein für Taubstumme der Provinz Sachsen einen Beitrag zu zahlen. Außerdem wird ein Antrag für die kämpfenden Metallarbeiter eingebracht.

Ammendorf. Die Konzertgemeinschaft Ammendorf-Dürrenberg hält ihr zweites Konzert am Sonntag, 29. Januar, nachmittags ¼4 Uhr, in Merseburg im „Kasino" ab. Da Unzählige am vergangenen Sonntag keinen Einlaß mehr finden konnten, wegen Ueberfüllung des Lokales „Goldener Adler", soll den Ammendorfern Gelegenheit geboten werden, an dem Konzert in Merseburg teilzunehmen. Programme dazu sind erhältlich in der Volksbuchhandlung. Auch Vorbestellungen werden angenommen. Die Abfahrt der Sänger erfolgt mit der Fernbahn Halle-Merseburg 1.23 Uhr nachmittags ab „Goldener Adler".

Ammendorf. Wann kommt die Erkenntnis? In der Regensburger Straße 85 hier wohnt der Erwerbslose August Ulrich. Er erhält eine Unterstützung von sage und schreibe zwei Mark wöchentlich. Er hat eine Frau und drei minderjährige Kinder, wovon eins noch zur Schule geht. Ein Sohn befindet sich in der Lehre und der andere Sohn hat kaum ausgelernt. Auf dem Arbeitsamt in Ammendorf wurde ihm nur erklärt, daß er sich von seinen Kindern ernähren lassen soll! Die erwachsene Tochter schneidert etwas, aber in der heutigen Zeit verdient sie dabei nicht so viel, daß eine ganze Familie sich davon ernähren kann. August ist nun immer noch stolz. Er hat sich bis heute noch nicht um seine Klassenlage gekümmert. Er rechnet sich nicht unter das Proletariat. August, wann kommt in Dein verkleistertes Gehirn einmal die Erkenntnis, daß der Boden, auf dem Du stehst, nur Sumpf ist, in den Du immer mehr hineinsinkst, ohne daß Du es bemerkst? August, wann wirst Du einsehen, daß die „Hallischen Nachrichten", die Du heute noch liest, nicht die Interessen der Arbeiterschaft, sondern die Interessen der Bestehenden vertreten? August, Du willst doch sonst so schlau sein, so mußt Du doch auch erkennen, daß nur der „Klassenkampf" das Organ ist, das in Dein Haus gehört. Du mußt mit Deinen Arbeitsbrüdern kämpfen, dann werden sie Dich vom Arbeitsamt aus auch nicht so mir und dir nichts mit lumpigen zwei Mark in den Mond schicken!

Döllnitz. LLL.-Feier. Die am Sonnabend im „Palmbaum" stattgefundene LLL.-Feier war sehr gut besucht. Stärksten Beifall fand die Ansprache des Genossen Höcker, Halle, der durch eine Gegenüberstellung der Verhältnisse im proletarischen Rußland und kapitalistischen Deutschland zeigte, welch ungeheure Verbrechen durch die Führer der Sozialdemokratischen Partei an der deutschen werktätigen Bevölkerung begangen wurden. Die Vorhut der Arbeiterschaft, die KPD., hat an diesem Abend neue Anhänger gewonnen.

Lochau. Aus dem Gemeindeparlament. Als erster Punkt stand die Beschlußfassung über einen Vertrag mit den Riebeck-Montanwerken betreffs Wegeeinziehung zur Debatte. Die Sache wurde einstimmig gebilligt. Punkt zwei betraf den Revisionsbericht der Landwirtschaftskammer über Grundwassermessung. Die Anregung, im Unterdorfe noch drei Meßbrunnen anzulegen, wurde nicht akzeptiert. Der dritte Punkt behandelte die Eingemeindung von Gutsteilen des Rittergutes Burgliebenau. Den Vorschlägen wurde zugestimmt. Es soll bei dieser Gelegenheit durch Verhandlungen versucht werden, weitere drei Parzellen einzugemeinden. Diese Frage wurde als vierter Tagesordnungspunkt behandelt. Im „Verschiedenen" kam zuerst die Tätigkeit des Fürsorgeausschusses zur Sprache. Gewisse Moralsafaken und sonstige Sittenrichter hatten sich über die Arbeit dieses Ausschusses künstlich aufgeregt. Wenn es nach ihnen ginge, müßten alle unehelichen Kinder und Kinder, deren Väter nicht mehr für sie sorgen, elend umkommen. Durch ihr albernes Geschwätz hatten sie eine Krise im Ausschuß hervorgerufen. Der Vorsitzende, durch fortwährende Anfeindungen mürbe gemacht, wollte sein Amt niederlegen. Nach eingehender Aussprache wurde dem Fürsorgeausschuß einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Weiter erhielt der Einwohner Dönitz für seinen angekörnten dreijährigen Ziegenbock 15 Mk. Beihilfe. An Stelle von Franz Hoffmann tritt Franz Lave als Pächter von Gemeindeland.

Lochau. Immer wieder Baumfrevler. Seit drei Jahren muß unsere Gemeinde die trübe Erfahrung machen, daß alljährlich die von der Gemeinde neu gepflanzten Pflaumenbäume, letzthin wieder elf Stück, durch Abbrechen der Kronen vernichtet werden. Es ist eine durch nichts zu entschuldigende Rohheit, derartige Verwüstungen an Gemeindeeigentum vorzunehmen. Wer diese Burschen namhaft machen kann, sollte es tun, denn diese Rohlinge verdienen ihre Strafe.

Merseburg-Querfurt

Schkopau. Unser Baron ist ein feiner Mann — —. Auf Veranlassung des Rittergutsbesitzers v. Trotha wurde am 19. Januar der Arbeiter Friedrich Knauß mit seiner Familie durch die zuständige Polizeibehörde zum dritten Male (!) aus einer Werkswohnung gesetzt. Weil die Gemeinde Schkopau über kein Obdachlosenasyl verfügt und zurzeit selbst noch acht Wohnungslose hat, so mußte dieser Prolet mit seiner Familie im Gasthaus untergebracht werden. Es ist dies aber nicht der letzte Fall, denn anschließend wurden gleich noch drei weitere Familien demselben Elend preisgegeben. Wo wird sich für diese Familien jetzt ein Stall finden? Die arme Republik mit der schönen Weimarer Verfassung! Es ist derselbe v. Trotha, der heute die Proleten auf die Straße setzt, der vor drei Jahren sich beim Regierungspräsidenten beschwerde über die Mißstände betreffs der Wohnungen innerhalb der Gemeinde! Es ist derselbe v. Trotha, der für die Mitbenutzung des Friedhofs der politischen Gemeinde ein Angebot von lumpigen 3084 Mk. machte, während das Bauprojekt der politischen Gemeinde selbst 16 000 Mk. beträgt! Außerdem spielt in dieser Angelegenheit der nachträglich noch zum Pastor gemachte Heil eine große Rolle. Dieser edle Gottesdiener scheut sich nicht, zugunsten des Rittergutsbesitzers in die Friedhofsangelegenheiten bei den Behörden einzuwirken. Wir blicken weiter zurück auf das vergangene Jahr, als die große Fahnenweihe des Gesangvereins Schkopau war, als die Proleten vor diesem Junker die Parade kloppten. Dabei bestand ein Festausschuß für die „besseren Leute" und einer für den Pöbel. Arbeiter von Schkopau, kommt bei den Wahlen nicht wieder wie bei der Fürstenabfindung fünf Minuten nach 5 Uhr und sagt, wir haben es nicht gewußt, das waren nur faule Ausreden, denn wenn Krieger- oder Sängerball ist, dann wißt Ihr genau, wann der Tanz beginnt.

Wehlitz. Erfolg der IAH. Hier fand am Sonntag eine Aufführung des Films „Namenlose Helden" statt, die gut besucht war. Genosse Höcker, Halle, hielt eine Ansprache über die Bedeutung proletarischer Filme. Für die streikenden Metallarbeiter Mitteldeutschlands wurden 3,50 Mk. gesammelt. Kollegen im ganzen Bezirk, keine Filmvorstellung, kein Maskenball, kein Tanzvergnügen ohne Sammlung für unsere kämpfenden Kollegen. Bedenkt, daß sie auch für Eure Interessen opfern und leiden.

Nebra. Jammervolle Zustände herrschen hier bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Bei der letzten Freitag auszuzahlenden Arbeitslosenunterstützung mußten die Leute zum Teil 2½ Stunden im Freien verharren, bevor sie in den Besitz des Geldes gelangten. Es wäre doch wirklich an der Zeit, daß der Herr Bürgermeister sich etwas mehr um sein Personal kümmerte. Um 5 Uhr werden die Leute bestellt und ½7 Uhr beginnt die Auszahlung, so daß die letzten erst um ⅛8 Uhr abgefertigt sind. Wir meinen, daß in unserem kleinen Ort das Personal wohl Zeit genug hat, die Listen rechtzeitig fertigzustellen. Schuld an diesen elenden Verhältnissen ist die Gleichgültigkeit der Erwerbslosen. Anstatt ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, glaubt ein großer Teil von ihnen, sich im Schlaraffenland zu befinden. Gibt es doch auch hier noch Proleten, die sich in bürgerlichen Klimbimvereinen herumdrücken und die bürgerlichen Zeitungen lesen. Diese Wahrnehmung konnte man besonders wieder am letzten Sonntag machen, wo der bürgerliche Sportverein ein schwarzweißrotes Strandfest veranstaltete und die Proleten als Festschen angeputzt den Tamtam mitmachten. Es ist wirklich an der Zeit, daß endlich einmal mit dieser Gleichgültigkeit aufgeräumt wird. Ein jeder ist durch die kapitalistische Ausbeutung verpflichtet, zu kämpfen. Deshalb heraus mit der bürgerlichen Presse aus Eurer Hütte, hinein mit dem „Klassenkampf"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Das Naumburger Wunder

Ein „Sozial"-„Demokratischer"-„Nationaler" Heimatkalender!

Dieses Gewächs, geboren in den Jahren nach Ausbruch des Völkergetzeis, verbreitet sich mit Hilfe „sozialdemokratischer" „Schöngeister" zur Pestilenz. Vor mir liegt der Heimatkalender der Stadt Naumburg, 4. Jahrgang. Herausgeber ist der „Heimatverlag, R. Jäckel, Querfurt, Hauptschriftleiter Schultrat Bonitz". Ein großer Stab „nationalistischer", „sozialistischer" und anderer Volksverneuerer schart sich um den „demokratischen Schultrat".

Der Inhalt des Kalenders wird ausgefüllt von Geschichten und ? Sagen ? Leitstern durch das Jahr 1928 sollen die Worte „Paul de Lagardes" sein: „Unser Vaterland, jedes Vaterland ist da, wo seine Zukunft ist. Die Zukunft aber kommt — durch uns kommt sie, aus uns kommt sie, und sie tut dies — weil sie in dem „Weltenplan Gottes" vorgesehen ist."

Da liegt der Hase im Pfeffer. Daß wir als Kommunisten, als Freidenker den „Weltenplan Gottes beiseite schieben, versteht sich — auch wissen wir, was die Zukunft dem Proletariat, allen Unterdrückten und Ausgebeuteten im Vaterland bringen wird, ohne „Grenzpfähle". Da haben sich die „Herren Demokraten und Sozialdemokraten" einen schönen Kunden von lieben Gott ausgesucht — der hat einen netten Plan gegen die Menschheit ausgeheckt —!

Bonitz, der große Schriftsteller, hält es in seiner Einleitung mit den Glocken (wie Grunert), den Sternen und mit der Liebe! (wer auch nicht). Und als besondere Kost setzen die „Heimatdienstler" ihren Lesern die Potentaten der altehrwürdigen Räubergesellschaft, die Ettehardts, Ludwigs und wie die Grafen, Ritter, Könige und alle heißen mögen, vor! Da werden die schwierigsten Sachen gedreht, — Knochenzerschlagen, Morden, Sengen und Brennen. Auch der kleine evangelische Sozialist, der geistige Mimer im sozialdemokratischen Kulturkartell, Buchheim, läßt ein Geschichtchen los von einem „treuen Hund". So zwischendurch kommt auch mal etwas Ungewolltes aus der Feder des H. Bonitz. Dem Hern Schultrat entschlüpft in seinem „Vivat" auf das 900jährige Naumburg etwas, was wir als Proleten merken müssen. Er schreibt wörtlich:

„Je eiliger die Zeiten wandern, und je unbesinnlicher die Menschen, die schuftenden, ausgequetschten Menschen im hochkapitalistischen Zeitalter werden, desto ernster wird diese Aufgabe — —."

Das Geständnis eines Demokraten:

Die Menschen werden im „hochkapitalistischen Zeitalter ausgequetscht" ist treffend und spricht für sich. (Ich glaube immer, der „Klassenkampf" beschwindelt seine Leser, aber nun weiß ich, daß er doch recht hat. D. B.)

Der kluge Mann weiß die Zukunft zu deuten, er baut vor — denn von 110 Druckseiten allein 34 für Anzeigen — das heißt Gescheft! Im fünften Jahrgang empfehlen wir Herrn Bonitz, dem „Schultreformer", Rückschau zu halten, ob sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft durch diesen „Heimatkalender" gebessert hat.

—igel.

Weißenfels. Abgesagte Versammlung. Die von der KPD. für Freitag, den 27. Januar 1928, angesetzte Frauenversammlung fällt aus. Alle im Schuhmacher-Verband organisierten kommunistischen Frauen gehen in die am gleichen Tag stattfindende Schuhmacherversammlung.

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Wieder ein Unfall. Am Dienstag mittag 12 Uhr wurde der Geschirrführer August Schulze von Eisleben, beschäftigt bei der Firma Burghardt, von einem seiner Pferde getreten. Die Arbeiter-Samariterkolonne leistete die erste Hilfe. Der Unfall passierte an der Rathausstraße.

Artern. Denkt an die Inhaftierten. Bei dem diesjährigen Maskenball der Arbeiter-Radfahrer wurde von einem Rote-Hilfe-Mitglied für die Rote Hilfe der Betrag von 7,78 Mark gesammelt. Recht so, Genossen, denkt immer an die Opfer der Klassenjustiz, zumal jetzt wieder zwei Kämpfer aus Artern hinter Kerkermauern schmachten.

Stedten. Es liegt alles im Argen. Im Jahre 1919 hat die Gemeinde Stedten das erste und letzte Haus gebaut. Wohnungssuchende sind mehr als 50 vorhanden. Es kommt vor, das drei Familien in zwei Räumen hausen und 12 bis 15 Köpfe einen gemeinsamen Haushalt führen. Das Bauen der Gemeinde scheiterte an der Beschaffung von Baugelände. Das Stedtener Rumpf- und Schrumpfparlament hat sich für die Wohnungsnot und für eine Bautätigkeit so gut wie gar nicht eingesetzt. Die Arbeitervertreter haben im Kampf gegen den Gemeindevorsteher ihre Mandate niedergelegt. Nur zwei davon, Suck und Kortschak wurden zum Verräter und bliesen mit in das bürgerliche Horn. Die Gemeinde hat sehr hohe Summen ausgegeben für einen Sportplatz, für Kanalisierung und Straßenbau. Wir wollen hiermit nicht sagen, daß diese Mittel unnütz ausgegeben sind. Aber der Wohnungsbau ist und bleibt das wichtigste Problem der Jetztzeit. Nun verlegt sich die Gemeinde auf etwas Neues, um der Wohnungsnot abzuhelfen. Sie will ein großes Schulhaus bauen mit acht Klassen, mit Lehrerwohnung, Bad und Spielplatz. Die alten Schulklassen sollen dann als Mietskasernen ausgebaut werden. Diese unglücklichen Schulverhältnisse, die die alte Bürgerkaste aus der Vorkriegszeit verschuldet hat, die Bauernwirtschaften zu Schulen ausbaut, müssen beseitigt werden. Das ganze Projekt würde eine halbe Million ausmachen und an diesem Projekt ist die Siedlung mitgescheitert. Die Neuwahlen zur Gemeinde werden in diesem Jahre kommen, da muß sich die Arbeiterschaft satteln und Vertreter ins Gemeindeparlament schicken, die eine gesunde, von proletarischem Interesse diktierte, Wohnungs- und Gemeindepolitik betreiben. Das alte Parlament hat für die Arbeiter gar nichts getan. Man zitterte auch vor einer Neuwahl, das bewiesen die Verhandlungen vor dem Landrat von Mettenheim. Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft aus den Vorkommnissen gelernt hat und bei der kommenden Wahl ihre Stimme nicht wieder verrätierischen Elementen gibt.

Blankenheim. Bahnhofsumbau. Da der Blankenheimer Bahnhof dem jetzigen verstärkten Verkehr nicht mehr genügt, plant man Erweiterungsbauten, um den von Richtung Eisleben und Gölsen umsteigenden Reisenden bequemere und geräumigere Aufenthaltsräume bieten zu können. Ferner ist beabsichtigt, um einen bequemeren Zugang zum Bahnsteig II zu schaffen, der bisher von der Straße her erfolgte, eine Unterführung vom Bahnhofe aus nach dem Bahnsteig II zu bauen.

Sangerhausen. Arbeiter, heraus zur LLL.-Gedächtnisfeier! Am Sonnabend, dem 28. Januar, von abends 8 Uhr an, veranstaltet die KPD. und der RFB. im Lokal „Herrenkrug" eine LLL.-Gedächtnisfeier. Das Programm dieser Veranstaltung ist ausgezeichnet. Der Abend soll zeigen, daß auch die revolutionäre Sangerhäuser Arbeiterschaft weiß, was sie ihren toten Führern schuldig ist. Lenin, Liebknecht, Luxemburg, diese unvergeßlichen proletarischen Toten leben in uns. Deshalb, Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern, laßt uns an diesem Abend aufs neue geloben, nicht eher zu ruhen, bis das heißersehnte Ziel, die proletarische Freiheit, der Arbeiterstaat erkämpft ist. Weil wir wissen, daß die Arbeiterschaft wieder zahlreich unserem Rufe Folge leisten wird, und um den großen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, wäre es zu begrüßen, wenn schon im Vorverkauf die Programme entnommen werden. Beim Genossen Paul Beck, Hüttenstr. 97, sind sie erhältlich.

Sangerhausen. Selbstmord. Der Apothekerpraktikant Karl Rabe von hier, nahm sich das Leben. Es konnte noch nicht ermittelt werden, was den 19jährigen jungen Mann zu dem Schritt getrieben hat.

Weißenfels. Was so passiert. Montag nacht haben unliebsame Gäste der Firma Schlegel, Schützenstraße, einen Besuch abgestattet und sich dabei Geld, Schwaren und anderes angeeignet. Neulinge scheinen die Besucher auf ihrem Gebiete nicht zu sein, denn, um die Spur für Polizeihunde zu verwischen, hatten sie Pfeffer gestreut. — Montag nachmittag wurde ein Warnungspfeiler an der Fuhrwerksbrücke von einem Lastauto gestreift, so daß die Glasscheiben in Trümmer gingen. — Am Sonnabend sind beim Verladen auf dem Güterbahnhof einem Geschirrführer zwei 50-Mark-Scheine abhanden gekommen.

Zeitz. Gute Fortschritte im Ausbau der Internationalen Arbeiter-Hilfe. Durch Aufforderung haben ihren korporativen Beitritt zur IAH. folgende proletarische Organisationen beschlossen: RFB. Zeitz, RFB. Naundorf und der Arbeiter-Radfahrer-Bund Naundorf.

Zeitz. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Dienst vom 26. Januar bis 1. Februar: Paul Rothe, Trögliter Straße 9 II, Nachtglocke; Werner Wolf, Rasberg 30 I; Kurt Hoffmann, Pestalozzistraße 2 pt.; Otto Kügler, Posaer Straße 29 II; Emil Bischoff, Neumarkt 16; Gertrud Göhring, Badstubenvorstadt 3 c; Otto Bauer, Geraer Straße 24 pt.; Paul Albrecht, Stephanstraße 36 H.; Kurt Großmann, Schädestraße 15; Gertrud Tuchscherer, Gärtnerstraße 8 II; Ernst Schindler, Schillerstraße 21 pt.

Zeitz. Die Stadtdelegierten-Konferenz am Freitag fällt aus und findet am Dienstag, den 31. Januar, in der „Herberge" statt.

Die IAH.

die Proviantkolonne des kämpfenden Proletariats, aufgebaut auf dem Gedanken der Klassensolidarität, hat sich überall, besonders aber im Bergarbeiterkampf, als wirkliche Hilfsorganisation erwiesen. Sie hat den Streikenden Mut und Rückgrat gegeben. Deshalb muß jeder Kommunist und jeder klassenbewußte Arbeiter die IAH. mit allen Mitteln unterstützen. Jetzt gilt es, sofort die Sammlung für die um bessere Löhne ringenden Metallarbeiter durchzuführen. In jedem Betrieb, in jede Grube, auf jede Baustelle gehört eine Sammelliste. Dieselben sind erhältlich bei den Ortsleitungen der IAH. und in Halle beim Landesausschuß Große Steinstraße 16. Es ist unbedingt notwendig, daß sofort jeder einzelne

hilft den kämpfenden Metallarbeitern!

Nordhausen

Werkspione in Nordhausen

200 Zeichnungen nach dem Ausland „versandt"

Nordhausen, 25. Januar.

Ein Fall von Werkspionage hat sich vor kurzem hier in Nordhausen zugetragen. Die Gerlach-Werke A.-G. Nordhausen hatten bis vor zwei Jahren Küßlanlagen fabriziert und waren dann dazu übergegangen, einen neuen Typ von Dieselmotoren zu bauen. Man engagierte zwei Spezialingenieure und hatte schließlich den Erfolg, einen kompressor- und ventillosen Dieselmotor gebaut zu haben, für den sich bereits die deutsche Industrie, aber auch schon größere Gesellschaften in Frankreich und Belgien zu interessieren begannen. Als die letzten Versuche als abgeschlossen galten und man um die Jahreswende 1927/27 daran ging, den neuen Diesel auf den Markt zu bringen, traten die beiden Ingenieure aus den Gerlach-Werken aus und gingen zu der Filiale der Kromhout-Werke A.-G., Amsterdam, in Brake in Westfalen über. Wenige Tage nach ihrem Fortgange entdeckte man, daß ein großer Teil Zeichnungen, Versuchsergebnisse, Korrespondenzen aus dem Bureau der Ingenieure fehlten.

Die Gerlach-Werke zeigten die Angelegenheit bei der Staatsanwaltschaft an mit dem Ergebnis, daß bei den Kromhout-Werken in Brake eine eingehende Untersuchung vorgenommen wurde, die erstaunliche Resultate hatte. Eine große Menge Zeichnungen und Korrespondenzen des einen Ingenieurs mit den Kromhout-Werken, pleite Originalzeichnungen der Gerlach-Werke. Es konnte festgestellt werden, daß noch während der Zeit, in der die Ingenieure in Nordhausen beschäftigt waren, Zeichnungen nach Brake zum Kopieren geschickt worden waren. Weiter ergab sich aus den vorgefundenen Korespondenzen des einen Ingenieurs mit den Kromhout-Werken, daß deren Direktor davon unterrichtet war, daß Zeichnungen der Gerlach-Werke mitgebracht wurden. — Werkspionage um des Profites willen. — Korruption überall, das sind die Symptome des faulenden kapitalistischen Systems.

Salza. Von der Arbeit der Gemeindevertretung. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde in der Crimderöder Wegelache, die von früher her bekannte Heeresstraße Kohnsteinallee (Promenadenweg) als öffentlicher Weg erklärt. Der Gemeinde Salza entstehen dadurch keinerlei Instandsetzungs- sowie Unterhaltungskosten. Zur Eingemeindung von Teilen des aufgelösten Forstgutsbezirkes Königsthal erhält die Gemeinde Salza 170 ha Waldbestand vom Kohnstein. Ausbesserungsmaterial, um die Wege instand zu halten, soll aus den Bruchstellen entnommen werden, wozu die Genehmigung vom Fiskus noch eingeholt werden soll. Dann wurde Einsicht genommen in den vom Regierungsbaumeister Nieboth ausgearbeiteten Bebauungsplan für das Gemeindesiedlungsland Frauenbergerhufe. Der Preis soll nicht 800 Mark, sondern 1026 Mark betragen, weil auf dem Bauplan mehr Häuser untergebracht werden sollen. Nieboth soll vom Vorstand ersucht werden, es bei dem Preise von 800 Mark zu belassen. Beim Ankauf von zwei Eisenbahnwagen, die nach Ansicht des Amtsvorstehers Rose zu Arbeiterwohnungen hergerichtet werden sollten, entspann sich eine lebhafte Debatte. Seitens der kommunistischen Fraktion wurde der Antrag energisch zurückgewiesen und verlangt für die Arbeiter anständige Wohnungen zu bauen. Es wurde vorgeschlagen, die Wagen am Sommerbad zu verwenden. Beides wurde abgelehnt. Der Ankauf der Loren findet somit nicht statt. Der Antrag auf Eingemeindung zu Nordhausen wurde vom Magistrat Nordhausen zurückgestellt wegen der bevorstehenden Kommunalwahl. Ferner ist die Wasserleitung in diesem Jahre in verschiedene Straßen zu legen. Vor allen Dingen in der Frauenbergerhufe, wo gebaut wird, um das Brunnenbauen zu verhindern, das wurde aber ebenfalls von Nordhausen „vor der Hand" für unmöglich gehalten, weil Umbauarbeiten im Wege ständen. Festgestellt wurde, daß dieser Umbau mit unserer Leitung nichts zu tun hat. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, nochmals vorstellig zu werden. Im Anschluß hieran wurde über die Anschlußkosten gesprochen und betont, den mittellosen Hausbesitzern die Zahlungsbedingungen möglichst günstig zu gestalten. Hierauf schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Arbeiter-Sport

Gründung eines Arbeiter-Turnvereins in Wetterode

Ein weiterer Mitstreiter für den Arbeiter-Turn- und Sport-Bund wurde in Wetterode gewonnen. Dort hat sich ein Turnverein gegründet, der mit übergroßer Mehrheit beschloß, dem Arbeiter-Turn- und Sport-Bund beizutreten. Eine eifrige Schar freier Turner von „Friesen" Sangerhausen machte sich deshalb am vorigen Donnerstag auf den Weg nach Wetterode, um den jungen Verein zu unterstützen. Trotz Regen und Schnee ging es unter frohem Sang hinaus, freudig begrüßt von den Wetteröder Genossen. Die ersten Fingerzeige in Theorie und Praxis wurden dem neuen Verein gegeben und somit der Grundstein gelegt zu dem ersten Arbeiterverein in Wetterode.

Arbeiter-Athleten-Bund, 5. Kreis, 1. Bezirk

Unsere Generalversammlung findet am Sonntag, dem 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Bär", Vereinslokal von Ahlert, statt. Tagesordnung wird am Sonntag bekanntgegeben. Anträge sind bis Sonntag an meine Adresse oder an Kollegen Mittel zu richten. Der Mitgliedsteil der Tagesordnung wegen bitte ich die Vereine, recht zahlreich zu erscheinen. Unentschuldigtes Fernbleiben wird bestraft.

J. A.: R. Philipp.

Berichtigung. Das am Montag, dem 16. Januar, veröffentlichte Resultat: ASC. 1 mußte sich Reideburg 1. mit 2:3 beugen, entspricht nicht den Tatsachen. Es muß heißen: ASC. 1. — Reideburg 1. 3:2. Halbzeit 1:1. (Dieser Bericht stammte von der Berichterstatter-Zentrale. D. R.)

Schiedsrichtervereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk (Handball)

Wir machen nochmals auf den Kursus in Köthen am 28. und 29. Januar aufmerksam. Am Dienstag, dem 31. Januar findet im Restaurant „Zur Blume" ein technischer Lehrabend statt. Alle Schiedsrichter sowie Prüflinge sind eingeladen. Zu dem Kursus am 9. Februar haben folgende Vereine Prüflinge zu entsenden. Fichte Halle 4, Fichte Nummelsdorf 2, Schwimmer Halle 2, Sachsen 2, MSV. Cröllwitz 2. Ebensalls können alle Interessenten unserer Bewegung erscheinen, um sich dortselbst prüfen zu lassen.

Adolf Werge, Obmann.

2. Kreis, 6. Bezirk (Handball) — Verbindlich

Wegen Fehlens zur Schiedsrichterstellung sind mit 3 Mk. bestraft: Othello, MSV. Cröllwitz, Eisdorf, Cröllwitz, Möckerling, Merseburg, Achilles. Die Strafe von Nauendorf (Saalkreis) ist erlassen. Die Strafe von Adler ist erlassen. Das Fehlgeld 1,10 Mk. von Gut Möckerling — Fichte Jugend hat Fichte Halle zu zahlen.

Turner. Der Turnspielertag des 6. Bezirks plant im kommenden Jahre in Orten, wo noch kein Spielbetrieb ist zu Turn-, Sport- oder Stiftungsfesten um Propagandaspiele für Handball austragen zu lassen. Vereine des 6. Bezirks, welche davon Gebrauch machen wollen, melden sich rechtzeitig mit den Angaben, ob Sportler- oder Sportlerinnenmannschaften gewünscht werden an den Bezirksspielwart A. Mosebach, Halle, Körnerstraße 30. Unkosten sollen den Vereinen nicht entstehen.

Generalversammlung der Schiedsrichtervereinigung des Bezirks Weißenfels in Zeitz

Bevor der Vorsitzende, Genosse Juch, in die Tagesordnung übergeht, stellt Schiedsrichter Jung den Antrag, daß sämtliche anwesenden Schiedsrichter stimmberechtigt sind. Dem Antrag wird stattgegeben. Nicht anwesende Vereine werden je mit 3 Mk. bestraft. Anwesend sind 16 Vereine mit 24 Genossen. Entschuldigt waren 2 und unentschuldigt fehlten 4.

Zur Klasseneinteilung wurden die Schiedsrichtergenossen, je nach Fähigkeit (!), in die einzelnen Klassen eingeteilt. Zu bemerken ist noch hierzu, daß jeder Schiedsrichter auch verpflichtet ist, untere Klassen zu leiten. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Jahresbericht über praktische Leistungen innerhalb der Vereinigung. Mitgliederbestand ist zurzeit 57. Geleitet wurden 309 Spiele, davon 189 Gesellschaftsspiele. Abgemeldet hatten sich 10 Genossen, von welchen schon mehrere wieder in unseren Reihen tätig sind.

Ausgeschlossen wurde ein Genosse und verpönt drei. Belehrungsabende wurden im Bezirk 12 abgehalten, mit einer Beteiligung von 186 Genossen. Leser der „Freien Sportwoche" sind 17 und die der Kreiszeitung 47. Die Berichte der einzelnen Obleute der Arbeitsgemeinschaften haben ergeben, daß ein guter Fortschritt zu verzeichnen ist.

Als Obmann wurde Genosse Juch einstimmig wiedergewählt. Als Schriftführer Genosse Hahn (Bfl. 88) und Beisitzer Genosse W. Hartmann (Teuchern). Der erweiterte Ausschuß besteht aus den Vorsitzenden der einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Der Antrag Hohenmölsen wird abgelehnt; denn ein Gebietsrichter, welcher den engsten Schiedsrichter ablehnt und einen neutralen Genossen beantragt, muß selbigen selbst in voller Höhe entschädigen. Anträge der Schiedsrichtervereinigung werden wie folgt genehmigt. Die Vereine, welche nicht regelmäßig die Schiedsrichterabgaben einsenden, werden mit 1 Mk. bestraft. Schiedsrichter, welche vom Obmann für Gesellschaftsspiele angesetzt werden und nicht erscheinen, werden wie bei Serienspielen mit 5 Mk. bestraft. Erste Mannschaften, welche 2. Klasse spielen und Spiele mit erstklassigen Mannschaften abschließen, müssen zu solchen den Schiedsrichter durch den Obmann ansetzen. Genossen, welche ohne Bestellung durch den Obmann solche Spiele leiten, wird die Karte entzogen.

Anträge der Freien Turner Zeitz finden wie folgt einstimmige Annahme. Schiedsrichtern, welche jährlich weniger als 4 Spiele leiten, wird die Schiedsrichterkarte entzogen. Schiedsrichter-Genossen dürfen an einem Tage nicht mehr als zwei Spiele leiten. Schiedsrichter, welche länger als einen halben Tag (6 Stunden) unterwegs sind, können ihre Spesen in annehmbarer Höhe selbst festsetzen. Genossen sind ein Verein, die Spesen zu zahlen, dann steht dem Schiedsrichter Beschwerde beim Obmann zu. Genosse Juch stellt den Antrag, daß die Schiedsrichtergenossen sich eine einheitliche Sportkleidung zulegen sollen. Schwarze Hose und grünes Hemd mit Bundesabzeichen wird empfohlen. Der Vereine Droyßig, Leißling, Profen und Naundorf sind wegen Abwesenheit mit je 5 Mk. zu bestrafen.

Arbeiterport in Sangerhausen. 5. Kreis, 3. Bezirk

Turnverein „Friesen" 1. Sangerhausen (Handball) — Arbeiter-Turnverein „Frei Heil" 1. Reihen 1:2

Am Sonntag, dem 22. Januar, trafen sich obige Mannschaften auf dem Friesenplatz zum Freundschaftsspiel. Die unglücklichen Platzverhältnisse ließen ein offenes Spiel nicht zu, doch setzten beide Mannschaften alles daran, den Sieg zu erringen. Reiben konnte denn auch durch leichtsinniges Verschulden des Sangerhäuser Tormanns den Sieg davontragen. Mit dem Stand 1:2 trennten sich beide Mannschaften. Vorher hatten die 2. Mannschaften obiger Vereine ihren Kampf ausgetragen, welcher mit 2:1 zugunsten Sangerhausens endete.

D. F.

Fußball-Abteilung Union 1. — Langendorf 1. 4:1

L. stellte eine sehr verjüngte Mannschaft ins Feld; auch bei U. sah man einige neue Gesichter. Der Spielverlauf sah U. leicht im Vorteil. Eine Ecke wurde zum ersten Tor verwandelt, kurz darauf erzielt L. den Ausgleich. U. spielte weiterhin überlegen und konnte bis Halbzeit drei weitere Tore für sich buchen. Die zweite Spielzeit verlief für beide Teile torlos.

Für die 2. Elf war Wtl. 2. zum Austrag eines Rückspiels verpflichtet. Wtl. jedoch trat ohne Angabe eines Grundes nicht an.

Spiele für Sonntag, den 29. Januar: Die 1. und 2. Elf Unions folgen einer Einladung des Sportvereins Hagenst. Abfahrt 7.06 Uhr.

Sportfreunde Taucha in Naundorf

Die Jugend schlug Taucha Jugend (9 Mann) 5:1. Taucha 2. — Naundorf 2. 1:0. Taucha 1. — Naundorf 1. 5:3. Taucha spielte überlegen. Über Sportgenossen von Naundorf wir reisen Euch zu: Einer kann nur bei Geschäftsreisen, und nicht ausfällig werden. Naundorfer Sportler, Taucha fährt mit 3:2, dadurch werden Naundorfs Zuschauer unwillig. Sportgenossen von Naundorf! Wir rufen Euch zu: Wählt Euch einen Platzordner, dann kann so etwas nicht vorkommen.

93 Weißenfels 1. (Fußball) — Vorwärts Wählitz 1. 10:4 (5:2)

93 ist scheinbar aus dem Winterschlaf erwacht. Denn in diesem Spiel sah man ganz annehmbare Leistungen. Das Zusammenspiel ist gut, nur noch einige Eigensinnigkeiten. Hoffentlich kommt die Mannschaft bis zur Serie und Pokalspielen. Wählitz zeigte bis zum Schluß anerkennenswerten Eifer. Ihr Schlußtor war leider recht stürmisch. — 93 2. — Wählitz 2. 6:0 (3:0). 93 war stets tonangebend. — Wählitz Jugend 2:3. Als einzige Elf verlor die Jugend. Aber 93 Jugend — Wählitz Jugend 2:3. Als einzige Elf verlor die Jugend. Aber trotzdem Kopf hoch. Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen. Alles in allem: Gut spielte für den Arbeitersport. Leider tragen die Proleten von hier ihr Geld zu den Bürgerlichen. Wo man die Gegner mit Schnippgummi und Knallkörnern arbeitet. (05 — Schwarzgeld.) Ja, sich sogar Schläge anbietet.

Freitag geben die organisierten Sportgenossen in die Schuhmacher-Hauptversammlung. Sitzung fällt aus. Benachrichtigung für Sonntag, den 29. Januar, durch die Spielführer.

Freie Turner Zeitz 1. (Fußball) — Vorwärts Eisenberg 1. 6:0 (4:0)

So schlecht wie das Resultat besagt, war der Bezirksmeister Eisenberg allerdings nicht. Auf beiden Seiten wurde nichts Hervorragendes gezeigt. Eisberg verfiel legar durch Selbsttor Zeitz zum ersten Erfolg. In der zweiten Halbzeit spielte Eisenberg zeitweise überlegen. Die Erreichten aber nur, daß sie das Torverhältnis mit 3:4 für sich günstig stellen konnten.

Zeitz 2. — Kostritz 1. 2:2. Zeitz Jugend — Rumsdorf Jugend 1:2.

Raffballspiele in Zeitz

Spiele für Sonntag, den 29. Januar: Turnerbund Zeitz 2. — Gera-Ost 2. 14 bis 15 Uhr; Turnerbund 1. — Gera-Ost 1. 15 bis 16 Uhr am Naetherpark.

Freie Thüringer Fußball-Vereinigung, 5. Kreis, 4. Bezirk, Bezirk Weißenfels:

Ressort Kassenverwaltung. Zur Kenntnis, daß Gosel keinen Vereinspflichtungen nachgekommen ist. Gegen Wählitz kann nur bestraft werden, wenn der Beleg 17,55 Mk. abgesandt wird. Wo bleibt die Abrechnung der einzelnen Bezirksvorstandsmitglieder? Vor allen Platzwart usw. C. Meißner, Kassenwart.

Um die Kreismeisterschaft in Sachsen (4. Kreis)

Der Leipziger Meister Wsk 03 konnte abermals nur knapp mit 1:0 über Rasensport Döbeln siegreich sein.

Sportklub „Adler 1885". Umständehalber muß die am 28. Januar im „Promenaden-Restaurant" geplante Veranstaltung auf Sonntag, den 5. Februar, verlegt werden. Der Uebungsbetrieb wird deshalb am kommenden Sonnabend im vollen Umfang aufrechterhalten. — Wir weisen gleichzeitig auf unsere am 4. Februar im Vereinslokal stattfindende Monatsversammlung hin.

Handballabteilung. Freitag, den 27. Januar, Handball-Vollsitzung im „Kür". [83

Sport-Club 09. Am Sonnabend, dem 28. Januar, 20 Uhr, im Vereinslokal zur „Reichskrone", Unterplan, Monatsversammlung. Da wichtige Tagesordnung, ist es Pflicht, das alles erscheint. Die Handballsitzung am Freitag fällt aus. [84

Sportsgenossen! Werbt eifrig für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Ein zusammengeschobener Vorstand im Bitterfelder Mieterschutzverein

Am Freitag, dem 20. Januar, tagte die Generalversammlung des Reichsbundes deutscher Mieter, die sehr gut besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Preußer den Geschäftsbericht. Hier zeigte es sich, daß in der Frage der Wohnungsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrigbleibt. Alle Diskussionsredner gingen auf die schlechten Verhältnisse ein. Mit Recht sagte Kollege Sittner, daß die Funktionen mehr von proletarischen Elementen besetzt werden müßten, als es bisher der Fall ist. Der Unterkassierer bemängelte die schlechte Kassierung durch den vorhergehenden Unterkassierer, da jetzt viele Abmeldungen kommen. Viele Mitglieder seien drei bis vier Monate im Rückstand. Das Versäumte nachzuholen, sei eine schwere Aufgabe. Es ist natürlich ein Unding, daß ein Unterkassierer 400 bis 500 Mitglieder allein kassieren muß. Daß da solche Zustände einreißen, ist leicht verständlich.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung war

Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Hier konnte man richtig sehen, wie die Herren Sozialdemokraten gearbeitet haben. Zum Scheine des Gerechten erklärte der Vorsitzende, Kollege Zilm: „Der gesamte Vorstand legt hiermit sein Amt nieder und die Geschäfte leitet Kollege Hagemeister als ältestes Mitglied im Vorstand." Dieser empfahl nun auf Bestellung den alten Vorstand, außer ein paar Veränderungen, zur Neuwahl. Trotzdem verschiedene neue Vorstandsmitglieder nicht anwesend waren und verschiedene Kollegen dagegen protestierten, sagte Kollege Zilm (seines Zeichens strammer Sozialdemokrat! D. Ber.): „Diese Kollegen haben ihre mündliche Erklärung dazu gegeben."

Wir sind natürlich anderer Meinung und fragen hiermit noch einmal öffentlich an, warum konnte denn Herr Baum als gut bezahlter Unterbezirkssekretär der SPD. nicht anwesend sein? Darüber möchten wir Aufklärung haben. In der Generalversammlung sagte man einfach: „Der ist nicht da." Die Mitgliedschaft ist mit dieser Schiebung nicht einverstanden. Der gesamte Vorstand ist nur zusammengeschoben, ohne die Mitgliedschaft zu fragen.

Im Verschiedenen gab es noch einmal eine Debatte. Mit Recht fragte Kollege Sittner den Vorstand, warum nicht die Stadtverordneten einen Bericht ihrer Tätigkeit als Stadtverordnete geben wollten. Von diesen „Vertretern" hört und sieht man nichts. Besonders hervorgehoben werden muß hierbei die letzte Stadtverordnetensitzung, wo Herr Händler

mit den Hausbesitzern

gelaufen ist und Unterschriften gesammelt hat, um mit in die Kommissionen hineinzukommen. Ebenfalls bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers, wo diese Herren Mieter„vertreter" den Bürgerlichen ihre Stimme gaben. Kollege Böttcher sagte ganz verlegen: „Wir machen dieses Theater mit den Linken nicht mehr mit, wenn es darauf ankommt, können wir auch Politik machen." Nachdem wurde noch der Fall Wede behandelt, worüber im „Klassenkampf" vor einiger Zeit ein Artikel erschienen ist. Auch hier war es Kollege Böttcher, der dem Wohnungsamt unter die Arme griff und Frau Wede als schuldig hinstellte.

Zum Schluß wurden noch einige Fragen erledigt. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Versammlung für die Mieter kein Fortschritt gewesen ist.

Mieter, seid auf der Hut und laßt Euch nicht von diesen Herrschaften überrumpeln!

Eine Beerdigung ohne Kriegerverein und Pfaffen in Zscherndorf

Hier fand die Beerdigung des Kollegen G. Münzel statt. Obwohl der Verstorbene Mitglied des bürgerlichen Gesangvereins war, hatten sich die Hinterbliebenen, die alle in Arbeitervereinen organisiert sind, restlos eine korporative Beteiligung obengenannter Vereine verbeten. Der Arbeiter-Gesangverein „Eintracht" gab nach Rücksprache mit den Hinterbliebenen seinem Mitbegründer das letzte Ehrengeleit. Darüber war nun in unserem kleinen Orte zwei Tage lang große Aufregung im rechten Lager ob der Frechheit der Roten, die sich etwas Derartiges erlaubten. Ganz besonders tat sich dabei die Frau Gemahlin des früheren Arbeiter-Gesangvereins-Dirigenten Herrn Lehrer Mustops hervor. Im Bäcker- und Krämerladen fand sie die schäbigsten Verunmöchungen gegen solch „gemeine" Menschen. Für diese Person würde es bald einmal Zeit, sich mehr um ihre eigensten Familienangelegenheiten zu kümmern, als sich in die einer trauernden Familie zu mischen. Für sie war es natürlich ganz besonders tragisch. Einzig ihr doch dadurch die Ehre, ihren Herrn Gemahl als Kommandeur glänzen zu sehen.

In der Einwohnerschaft ist nun ein Streiten darüber, ob es richtig war, daß die Hinterbliebenen das Begräbnis ihres lieben Verstorbenen so arrangierten. Mit Genugtuung können sie hier die Tatsache hinnehmen, daß weite Arbeiterkreise ihren Schritt voll und ganz verstehen und zu würdigen wissen. Um so mehr, da der Verstorbene wiederholt den Wunsch ausgesprochen hat, nach seiner Wiedergenesung in dem ihm liebgewordenen Arbeitergesangverein einzutreten und dem Krieger- und Lyraverein den Rücken zu kehren. Nur dem Druck gewisser Neustaßfurter Wertsgewaltiger hat er sich gebeugt und trat aus Angst, man könnte ihn auf seine alten Tage aufs Straßenpflaster werfen, in diese Vereine ein. Und dieser Druck lastet auf der ganzen Kolonie Neustaßfurt. Für die Arbeiterschaft in diesem Viertel wird es bald Zeit, daß sie sich von diesem Drucke befreit und ihre wirkliche Gesinnung offen zeigt.

So schlicht und einfach wie das ganze Leben des Verstorbenen war, war auch die Trauerfeier. Genosse Plättner sand sowohl im Trauerhause wie am Grabe zu Herzen gehende Worte. Er streifte kurz das arbeitsreiche Leben des Verblichenen. Bis zum Alter von 66 Jahren mußte er im Chemiebetrieb arbeiten. Nach fast einjähriger Krankheit starb er dann.

Auf dem Wege zum Friedhof ereignete sich etwas, was wohl an Geschmacklosigkeit kaum zu übertreffen ist. Der sonst nur Gerechtigkeit und Pietät strotzende Herr Hennig, sowie Meister Borchardt schlossen sich, zwanzig Meter vom Friedhof entfernt, aus der Kneipe kommend, dem Trauerzug an. Nicht einmal so viel Takt besaßen sie, da sie doch sicherlich in Herrn Haberlands Namen dort erschienen, nach Schluß der Trauerfeier der betagten Frau des Verstorbenen ihr Beileid auszusprechen. Was wollten sie überhaupt bei der Trauerfeier? Hat Herr Hennig nicht bemerkt, daß man gerade ihn nicht sehen wollte? Hieran zeigten die Herren ihre wahre Gesinnung, und für die Hinterbliebenen ist es ein Beweis mehr, wie richtig sie handelten, sich die Beteiligung derartiger Menschen zu verbeten.

Wir wollen hoffen, daß die gesamte Arbeiterschaft aus diesen Vorfällen ihre Lehren zieht und sich bereit von der Bevormundung einiger Gernegroße. Insbesondere ist von den Neustaßfurter Arbeitern zu wünschen, sich in ähnlichen Fällen restlos zu beteiligen. Nur wenn sich das gesamte schaffende Proletariat gegen die Parasiten zusammenschließt, werden auch für die Arbeiterschaft bessere Tage kommen.

Aus der Piesteritzer Gemeindestube

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung zeigte wiederum, daß die SPD. immer weiter abgleitet von den Bahnen des Marxismus. Wenn die SPD. versuchen sollte, aus unserer grundsätzlichen Einstellung zur Frage der Eingemeindungen Kapital zu schlagen, so befinden sie sich in einem schweren Irrtum. Die Arbeiter haben schon ein klares Urteil und wissen, was die SPD. wert ist.

Auf Veranlassung der Regierung muß eine Neufestsetzung der Schulbeiträge und des Schulgeldes für die gewerbliche und hauswirtschaftliche Berufsschule stattfinden. Von den Kosten tragen 50 Prozent die Gemeinde und 50 Prozent die Gewerbetreibenden. Es sind zu zahlen pro Schüler und Jahr einmal 2,30 Mk. und das andere Mal 3 Mk. Hiesige freiwillige Schüler zahlen pro Woche 25 Pf., auswärtige freiwillige Schüler 50 Pf. pro Woche. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, die alten Munitionshäuser im Artilleriedepot für Wohnungen zu gewinnen. Desgleichen will man den Versuch unternehmen, die alten Schießstände als Naturpark zu bekommen. In Piesteritz wurde 1926 eine Siedlungsgenossenschaft gegründet. Diesen Siedlern hat die Gemeinde geholfen durch Gewährung von Bauland und sogenannten Vorschüssen zum Einkauf von Baumaterialien. Diese ersten Genossen hatten verhältnismäßig billiges Bauen, da sie billige alte Steine und auch Holz kaufen konnten. Wenn man in Betracht zieht, daß diese Genossen ihre ganze freie Zeit auf dem Bau „verarbeiteten" und nun trotzdem noch etwa 400 Mk. Zinsen pro Jahr aufbringen müssen, so trifft zu, daß die siedelnden Arbeiter für ihre Wohne ungeheuerlich hohe Mieten nehmen müssen. Trotz dieser Umstände will noch eine Anzahl Arbeiter siedeln und verlangen die gleiche Hilfe von der Gemeinde, wie sie den ersten Genossen zuteil geworden ist. Unter Abgabe einer grundsätzlichen Erklärung, die auf Erfahrungen fußt, stimmte die kommunistische Fraktion noch einmal zu. Unser Ziel ist die kommunale Bauweise. Der Antrag auf Uebernahme einer Bürgschaft seitens der Gemeinde für die „gemeinnützige Siedlung" Piesteritz 1926 wurde vorläufig abgelehnt, da der Kreis in rigoroser Weise die Gelder ansammelt, die Zinsen einsteckt, aber jedes Risiko und jeden eventuellen Zinsverlust den Gemeinden aufbürdet. (Solche Dinge standen aber nicht in den (kommunistischen) Anträgen, die damals vom Kreistag angenommen wurden, Herr Landrat!)

Punkt 5 betraf die Wasserleitung. Die landespolizeiliche Genehmigung ist eingegangen, der Bau ist bereits in Angriff genommen und schreitet rüstig fort. Das Sprengstoff-Wasser soll nach einem Untersuchungsbefund großartig sein. Sämtliche Straßen, mit Ausnahme des alten Dorfes, erhalten Wasserleitung. Die Leitung sollte einen Meter über die Grenze gelegt werden. Eine Hausbesitzerdeputation wünscht jedoch, die Leitung bis an die Wasseruhr zu legen. Nach längerer Debatte wird dem im Prinzip zugestimmt und die Sache nochmals der Finanz- und Baukommission übertragen. Hierbei führt Genosse Hilpers aus, daß die Mehrkosten mit aufgebracht werden müssen. Genosse Bode nimmt das Wort, um zu dokumentieren, daß er sich nicht scheut, nur immer den Stickstoffwerken die Meinung zu sagen, sondern daß seiner Meinung nach die Wasag genau so viel Schuld trage. Sie haben alle dicke Köpfe. Da sich die Worte gegen den in letzter Sitzung vom Gemeindevorsteher gemachten Vorwurf richteten, erklärte dieser in großer Verlegenheit, daß er sich nicht so scharf ausgedrückt habe. Die weitere Debatte gestaltete sich zu einer Auseinandersetzung über Dezentralisation und Zentralisation. Besonders unangenehm war Herrn Kaspar, der sonst immer so revolutionär sein will, der Satz des Genossen Bode, daß die Erschlagung Karls und Rosas der Anfang dazu war, daß die Arbeiter heute an den Verhandlungstisch gehen müßten.

Punkt 7 betraf den Sportplatz. Da nun endlich alle Schwierigkeiten behoben sind, soll in Kürze mit dem Ausbau begonnen werden, was ohne Debatte zur Kenntnis genommen wird.

Der Kinderheimgenossenschaft der IAH. werden 50 Mk., dem Bindenverein 20 Mk. bewilligt. Dem Ankauf eines Geländestreifens für 2 Mk. pro Quadratmeter wird zugestimmt. Genosse Göbel regt noch an die Anschaffung von wichtigen Gesetzbüchern für die einzelnen Fraktionen und Kommissionen.

Wittenberg. Großfeuer oder rote Fahnen. Der Feuerwehrmann, der so gern mit einem langen Säbel in der Stadt herumspaziert, benahm sich wie ein Provokateur. Zu welchem Zwecke ihm gerade die Stadtverwaltung einen langen Säbel umgebaumelt hat, darüber streiten sich die Götter heute noch. Trägt man vielleicht seinem großen Namensbruder Rechnung, der General und Arbeiterschlächter von Mitteldeutschland war? Oder soll er mehr Respekt verschaffen bei den Pflichtfeuerwehrleuten, aus denen man durch unsinnigen militärischen Drill gern Heroten machen möchte? Als am Freitagabend die roten Frontkämpfer an der früheren Zeughauskaserne vorbeimarschierten, sah sich dieser Säbelheld versucht, Wasser auf die roten Frontkämpfer zu schütten. Es gibt also Menschen, die rote Frontkämpfer als ein Großfeuer ansehen. Sollte das hier der Fall sein, so raten wir der Stadtverwaltung, einen besser geeigneten Menschen an diesen Posten zu stellen. Es könnte schließlich manches Unglück dadurch verhindert werden. Arbeiter und Klassengenossen laßt Euch nicht provozieren. Man sucht nur Gründe, um die in Aussicht gestellte Verstaatlichung und gleichzeitige Verstärkung der Polizei als eine willkommene Maßnahme zu betrachten.

Unterbezirkskonferenz der IAH.

Am Sonntag, dem 29. Januar, vormittags 10 Uhr, findet in Gräfenhainichen („Preußischer Hof") eine Unterbezirkskonferenz der IAH. statt. Alle Ortsgruppen des Unterbezirkes Wittenberg werden ersucht, Delegierte zu entsenden.

Die Unterbezirksleitung.

Die fünfte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz

Vom Internationalen Bund wird uns geschrieben:

Der Deutsche Reichstag hat die 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz verabschiedet. Der Internationale Bund hatte einen besonderen Entwurf einer Novelle eingereicht. Als dieser Entwurf des IB. im Januar und Februar 1927 schon einmal diskutiert und dem Reichstag eingereicht wurde, fand er die Unterstützung aller Kriegsopfer-Organisationen. Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenorganisationen hatte jetzt mit Ausnahme des Bundes erblindeter Krieger, der etwa 2300 Mitglieder zählt, einen eigenen Gesetzentwurf eingereicht. Der IB. forderte einheitliches Vorgehen und aktiven Kampf für diesen Entwurf. Diese Forderung war den Organisationen unbequem. Deshalb benutzten sie die Herausgabe eines Flugblattes durch den IB. anläßlich des Hindenburg-Nummels, um ihn aus der Arbeitsgemeinschaft auszuschließen. Dieser Ausschluß erfolgte auf Verlangen der monarchistischen Organisationen, des Deutschen Offizierbundes und des Kyffhäuserbundes (Kriegervereine), dem sich die republikanischen Verbände, wie Reichsbund, Reichsverband und Zentralverband fügten. Durch dieses Vorgehen der Organisationen wird der einheitliche Kampf um die Novelle abgebogen und der Regierung ihr Kampf gegen die Kriegsopfer erleichtert.

Einige Zahlen mögen zeigen, wie die Kriegsopfer auch diesmal betrogen wurden.

Die monatliche Rente

wurde erhöht

für 30 Prozent Beschädigte von 13,60 Mark	auf 22,25	Mark
für 40 Prozent Beschädigte von 18,50 Mark	auf 29,65	Mark
für 50 Prozent Beschädigte von 26,70 Mark	auf 42,—	Mark
für 60 Prozent Beschädigte von 32,15 Mark	auf 50,25	Mark
für 70 Prozent Beschädigte von 38,15 Mark	auf 59,30	Mark
für 80 Prozent Beschädigte von 46,25 Mark	auf 69,20	Mark
für 90 Prozent Beschädigte von 55,75 Mark	auf 81,55	Mark

Im Vergleich zu den Rentensätzen vor dem Kriege sind die beschlossenen Rentensätze (bei Annahme einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten von nur 50 Prozent)

für 30 Prozent Erwerbsbeschränkte	26 Prozent
für 40 Prozent Erwerbsbeschränkte	35 Prozent
für 50 Prozent Erwerbsbeschränkte	43 Prozent
für 60 Prozent Erwerbsbeschränkte	48 Prozent
für 70 Prozent Erwerbsbeschränkte	54 Prozent
für 80 Prozent Erwerbsbeschränkte	62 Prozent
für 90 Prozent Erwerbsbeschränkte	65 Prozent

der Friedensrente. Die Erwerbsunfähigen (100 Prozent) erhalten nominell die Friedensrente.

Die angegebenen Sätze sind berechnet für einen Beschädigten, unverheiratet, ohne Kind, in der Ortsklasse B und ohne Zusatzrente.

Unsere grundsätzliche Forderung, die 10 und 20 Prozent Beschädigten wieder aufzunehmen, wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie abgelehnt. Unser Antrag ging dahin, daß den gänzlich Erwerbsunfähigen jährlich 1500 Mark an Grundrente und den 10 Prozent Beschädigten 10 Prozent dieser Rente, also 150 Mark gewährt werden sollten.

Bei der Beratung des § 27 wurde

der Begriff „Vollrente"

geändert. Bisher wurde die Vollrente aus Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage zusammengesetzt. Nach dem neuen Beschluß wird nur die Grundrente als Vollrente der Berechnung der Hinterbliebenenrente zugrunde gelegt. Im Vergleich zu den Beschädigten ergibt sich hieraus eine besondere Benachteiligung der Hinterbliebenen und eine nur unwesentliche Erhöhung ihrer Renten. Die Hinterbliebenenrenten betrugen für die

Witwe 50 v. H. bisher 33,95 Mark	erhöht auf 37,10 Mark	um 9 Prozent
Witwe 60 v. H. bisher 40,70 Mk.	erhöht auf 44,50 Mk.	um 9 Prozent
im Elternteil bisher 32,60 Mark	erhöht auf 34,75 Mark	um 6 Prozent
im Elternpaar bisher 53,60 Mark	erhöht auf 57,10 Mark	um 6 Prozent

Der Berechnung der Sätze bei den Witwen ist die Ortsklasse B ohne Zusatzrente mit einfacher Ausgleichszulage zugrunde gelegt. Bei einem Elternteil und Elternpaar ist die Ortsklasse zugrunde gelegt. Bisher hatten wir noch Witwen, die mit 40 v. H. bedeutet wurden. Diese kommen jetzt in die Klasse der 50prozentigen. Es sind dies insgesamt 29 080 Witwen.

Die Renten der Halbwaisen wurden von 17 Mark auf 18,55 Mark erhöht, die Renten der Vollwaisen von 27,15 Mark auf 29,65 Mark. Die Anträge zur Heilbehandlung der Hinterbliebenen (Witwen, Waisen, Eltern) auf Kosten des Reiches wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Die Ausgleichszulage (§ 28) (Standeszulage), die eine

Klassifizierung der Kriegsbeschädigten nach ihrer sozialen Lage

ist, sollte nach unserem Antrag fortfallen. Der Antrag wurde abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß für gleiche Beschädigung Renten in verschiedener Höhe gezahlt werden, je nach der sozialen Stellung des Beschädigten. 110 369 ungelernte Arbeiter erhalten keine Ausgleichszulage, 8089 Notare, Geistliche, Rechtsanwälte und Werkführer erhalten 70 Prozent Ausgleichszulage.

Ein Geistlicher in der Ortsklasse B, 70 Prozent beschädigt, unverheiratet, ohne Kinder, erhält monatlich 76,50 Mark. Ein Landarbeiter mit derselben Beschädigung erhält nur 45 Mark, also 31,50 Mark weniger.

Bisher wurden an Pflegezulagen 432, 720 oder 864 Mark jährlich nach der Lage des Falles als Pflegezulage gewährt. Nach den jetzigen Beschlüssen werden 600, 900, 1200 oder 1500 Mark je nach Lage des Falles gewährt. Ein kommunistischer Antrag, die 600 Mark zu streichen und nur drei Stufen zu schaffen, wurde abgelehnt.

Das Sterbegeld, das im Falle des Todes infolge der Dienstbeschädigung des Kriegsbeschädigten gewährt wird, wurde erhöht. Neu beschlossen wurde, daß auch für die Hinterbliebenen Sterbegeld gezahlt wird, und zwar ein Drittel der Sätze, die für die Beschädigten gezahlt werden.

Die Zusatzrente,

die bei besonderer Notlage den Versorgungsberechtigten gewährt werden kann, wurde erhöht für

Beschädigte 50—60 Prozent	von 144 Mark	auf 144 Mark
Beschädigte 70—80 Prozent	von 300 Mark	auf 300 Mark
Beschädigte mehr als 80 Prozent	von 504 Mark	auf 504 Mark
für eine rentenberechtigte Witwe	von 300 Mark	auf 408 Mark
für eine vaterlose Waise	von 96 Mark	auf 120 Mark
für eine elternlose Waise	von 144 Mark	auf 180 Mark
für ein Elternteil	von 120 Mark	auf 150 Mark
für ein Elternpaar	von 192 Mark	auf 240 Mark
Empfänger für Hausgeld	von 300 Mark	auf 300 Mark
Witwenbeihilfe	von 192 Mark	auf 240 Mark
Zusatzrente für jedes Kind	von 96 Mark	auf 108 Mark.

Eine Witwe oder ein Witwer, die mit 60 v. H. erwerbsunfähig anerkannt und lediglich auf die Rente angewiesen sind, erhalten eine Zusatzrente von 450 Mark jährlich, wenn keine versorgungsberechtigten Waisen vorhanden sind.

Ein Betrag von jährlich 20 Millionen Reichsmark wurde zur Gewährung von Erziehungsbeihilfen für die Erziehung der Kriegerwaisen, die auch im Bedarfsfalle bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres gewährt werden können, zur Verfügung gestellt.

Das sind die wesentlichen Aenderungen des Versorgungsgesetzes, auf die die Kriegsopfer so lange gewartet haben und welche nach dem Willen der Regierung für lange Zeit den Kampf um die Versorgung der Kriegsopfer abschließen soll. Deswegen werden die Beschädigten gegenüber den Hinterbliebenen bevorzugt behandelt: die geschlossene Front der Kriegsopfer soll gesprengt werden.

Unsere grundsätzlichen Forderungen wurden abgelehnt: Die Regierung will die Versorgung nur so weit verbessern, als dadurch keine Mehrausgaben entstehen. Die 200 Millionen Reichsmark, die die Aufbesserung der Renten fordert, sollen eingespart werden, aus der Verringerung des Kreises der Versorgungsberechtigten: Tod und Erreichen der Altersgrenzen der Waisen.

Die Organisationen, die einen einheitlichen Kampf um die Forderungen der Kriegsbeschädigten aus dem Wege gegangen sind, sind die Helfer der Regierung zu diesem Betrug der Hoffnungen der Kriegsopfer.

Sie sind die Helfer einer Regierung, die für die Korruptionsfonds der verschiedenen Ministerien Millionen übrig hat, die Hunderte von Millionen für Kriegsschiffe und Heeresrüstungen ausgibt und in den letzten Jahren allein 62 Millionen Mark Unterstützungen für die Rüstungsindustrie zahlen konnte — für die Kriegsopfer aber nur dann und so weit etwas tut, als der Tod verelendeter Kriegsopfer dafür Mittel freimacht.

26.1

Genossen, „Klassenkampf"-Leser!

Morgen, **Freitag,** und **Sonnabend,** kaufen wir **nur bei unseren Inserenten ein!** Gebt an der Kasse oder an den Geschäftsinhaber diese stets Antwort ab: (Ausschneiden)

Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen	Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen
Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen	Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0011

Steuergelder für die „Delitzscher Allgemeine Zeitung"?

„Milde Gaben" aus einem Regierungsfonds? — Die preußische Regierung in Verlegenheit — Ein lückenhaftes Dementi

„Der Staat ist in Gefahr!" (Sehr wahr!)

Weil es schon so ist, wird von „Staats wegen" alles Mögliche versucht, um das Ansehen des Staates nicht vollkommen in die Brüche gehen zu lassen. Solange die deutsche Republik existiert, hat ihr Ansehen schon viel gelitten. Es hält schwer, aus den breiten Massen gute Staatsbürger zu machen. Besonderen Schiffbruch hat man mit diesem Vorhaben bei der mitteldeutschen Arbeiterschaft erlitten. Die Kämpfe, die die Arbeiter in der Nachrevolutionszeit geführt haben, beweisen, daß sie sich die republikanische „Gesinnung" nicht zu eigen gemacht haben.

Daneben gibt es aber auch andere Kreise, die lieber heute als morgen Hindenburg zum Diktator machen möchten, obwohl es schlecht um die Rettungskünste des alten Mannes bestellt ist. Diese Hindenburgianer machen sich auch in Mitteldeutschland noch breit. So bleibt für die Republik wenig Boden übrig. Auch viele Zeitungen sind nicht sehr von dieser Republik eingenommen. Die wenigen, die es sind, müssen sich die Republikaner deshalb recht warm halten und es sind jetzt Dinge ausgeplaudert, die der breiten Masse der Steuerzahler zeigen,

mit welchen Mitteln sich diese über Wasser halten.

In Delitzsch wurde im Jahre 1925 die „Delitzscher Allgemeine Zeitung" gegründet, die dann in Bitterfeld als „Bitterfelder Allgemeine Zeitung" und in Eilenburg als „Eilenburger Allgemeine Zeitung" erschien. Obwohl dieses Blättchen in den drei genannten Orten eigene Bureaus errichtet hatte, gelang es den Werbern jedoch nicht, Anhänger und Leser zu finden. Der Verleger dieser Zeitung, ein Herr Alpers aus Delitzsch, hätte sich eigentlich schon sehr in Verlegenheit befinden müssen, da doch der Zeitungsbetrieb nicht richtig in Schwung kommen wollte. In der Oeffentlichkeit erweckte dieser Mann dabei aber den Eindruck, als ginge es ihm und seinem Geschäft außerordentlich gut. Er und seine Familie lebten wie Nababs. Wenn er aber vor dem Finanzamt stand, so konnte er seinen Geschäftsgang nicht schlecht genug schildern und er versuchte nachzuweisen, daß er jährlich mit großen Verlusten arbeite. Nach seinen Büchern sollen diese

Verluste bis in die Zehntausende

gegangen sein. Also: „Wie kann ich denn unter diesen Umständen Einkommensteuer bezahlen!"

Dieses Verschen schmetterte er wiederholt dem Finanzamt vor. Schließlich muß es den Bureaukraten aber doch eigenartig vorgekommen sein, daß Alpers bei so schlechtem Geschäftsgang ein feudales Leben führen konnte. Nun hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß die „Delitzscher Allgemeine Zeitung" wirklich mit großen Verlusten „gearbeitet" (d. h. für die kapitalistische Republik gewirkt) hat. Der Herr Geschäftsführer hatte aber einen hilfbereiten „guten" Freund, der außerordentlich daran interessiert gewesen ist, diese Zeitung über Wasser zu halten. Dieser Freund war ein Bürgermeister a. D. Winkler. Er hob der pleiten Firma viel Geld und im Jahre 1926 soll die Summe von 110 000 Mk. erreicht worden sein.

Ein pensionierter Bürgermeister hat natürlich auch nicht so viel Geld auf der hohen Kante liegen und Herr Winkler gab die Kredite auch nicht aus seiner eigenen Tasche, sondern er gewährte die Aufnahme hoher Kredite als Direktor der „Imprimatur G. m. b. H." in Berlin.

Für die Schuldsumme sollten 9 Prozent Zinsen gezahlt werden. Es erweckt aber einen eigenartigen Verdacht, daß von der bis heute angehäuften Schuldsumme noch kein Pfennig (nicht einmal Zinsen) bezahlt wurde. Die sogenannte „Imprimatur G. m. b. H." hat an diesem Geschäft eigentlich keinen Pfennig verdient. Im Gegenteil, sie hat viel dabei auf das Spiel gesetzt.

Die Schuldsumme sollte ursprünglich im Laufe eines Jahres zurückerstattet worden sein. Es ist aber schon oben davon gesprochen worden, daß

die Geschäftslage dieses Blättchens

so katastrophal war, daß das Geld nicht zurückgezahlt werden konnte. Trotz dieser schlimmen Aussichten und trotz Ausbleibens der Zinszahlung pumpte die vorhin genannte Gesellschaft immer weiter. Als der Geschäftsführer Alpers einmal erklärt haben soll, daß ihm die hohen Beträge zum Teil geschenkt worden seien, weil die Zeitung eine bestimmte politische Einstellung verfolge (Marke „Rette an der Republik, was gerettet werden kann"), wurde dies dem pensionierten Bürgermeister Winkler sehr unangenehm und er soll die Gewährung der hohen Kredite bestritten haben.

Da die Schuldscheine aber ein Gegenzeugnis waren, so konnte man sich doch mit dieser Ausrede nicht zufrieden geben und schließlich ergaben weitere Nachforschungen, daß die vielgenannte „Imprimatur G. m. b. H." Regierungsgeschäfte betrieb, denn sie soll Mittel aus dem Fonds:

„Reichsmittel zur Unterstützung von Grenzzeitungen"

erhalten haben. Das ist ein Fonds, der den pleiten Zeitungsgeschäften an den deutschen Grenzen zur Verfügung steht, die dort die deutsche Republik als das Land, „wo Milch und Honig fließt", in den Himmel heben müssen.

Die verantwortlichen Leute haben demnach die deutschen Grenzen etwas enger gezogen und haben nun auch Zeitungen unterstützt, die zwar im Zentrum Deutschlands liegen, die aber auch dort für die kapitalistische Republik werben, wie es die „Delitzscher Allgemeine Zeitung" (allerdings vergeblich) auch versucht. Inzwischen hat man von Amts wegen aber schon „berichtigt". Das Dementi des Amtlichen Preußischen Pressedienstes hat folgenden Wortlaut:

„Es trifft nicht zu, daß die „Allgemeine Zeitung" in Delitzsch aus Mitteln des Handelsministeriums oder sonstigen, dem Handelsminister etwa zur Verfügung stehenden Fonds jemals unterstützt worden ist. Auch andere amtliche preußische Gelder sind dem Unternehmen (!) nicht zugeflossen."

Gut gebrüllt, Löwe! Wir können uns aber damit nicht zufrieden geben, denn das Dementi hat eine große Lücke. Wer hat denn behauptet, daß der „Delitzscher Allgemeinen Zeitung" direkt durch das Ministerium Gelder zugegangen sind? Warum äußert sich das Dementi nicht zu der rätselhaften „Imprimatur G. m. b. H."? Von dort sollen ja die Gelder über einen pensionierten Bürgermeister zur „Delitzscher Allgemeinen Zeitung" gelangt sein. Darüber sagt der Amtliche Preußische Pressedienst kein Wort. Herr Alpers hat sich aber inzwischen schon wieder verplappert und hat geäußert, er werde die Namen derjenigen, die auf grobe Art die ihnen auferlegte Schweigepflicht (!) verletzten, bekanntgeben.

Diese Aeußerung läßt das Dementi in einem eigenartigen Lichte erscheinen. Jeder merkt: Hier stimmt etwas nicht. Gerade in Anbetracht des nahen Wahlkampfes ist diese Angelegenheit von besonderer Wichtigkeit.

Der Sinn dieser Unterstützungsaktion

ist weiter oben deutlich gekennzeichnet. Es soll nur noch erwähnt werden, daß die bürgerlichen Zeitungen, die im Sinne der Hindenburg-Diktatur schreiben, diese Angelegenheit selbstverständlich zu Reklamezwecken außerordentlich ausgenutzt haben. Aber gerade den Hindenburgianern ist es sehr bekannt, daß Geld nicht stinkt. Dafür gibt es eine große Anzahl von Beispielen. Die einen sind nicht schlechter als die anderen.

Bürgerliche Presse und Korruption sind unzertrennlich.

Gerade diese Tatsachen sollten den breiten Massen zeigen, daß es Zeit wird, die bürgerliche Presse zu verbannen und das Organ der mitteldeutschen Arbeiter, den „Klassenkampf", zu abonnieren.

Von Spruchausschuß Torgau

Nach vielem Warten und langen Fußmärschen sowie Radtouren der Lehrlinge aus dem Bauberuf wegen ihrer Erwerbslosenunterstützung tagte gestern endlich der Spruchausschuß, um über Gewährung oder Nichtgewährung der Unterstützung zu verhandeln. Ueber fünf Beschwerden von Lehrlingen wurden verhandelt. Die Beisitzer Genossin Voigt und Dr. Wischiewski stellten sich auf den Standpunkt der Beschwerdeführer und sprachen den Lehrlingen die Unterstützung zu und waren der Auffassung, daß die in manchen Fällen „irrtümlich" gezahlte Unterstützung nicht zurückgezahlt werden braucht. Der Spruchausschuß ist der Auffassung, daß der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes die Verfügung, den Lehrlingen keine Unterstützung zu gewähren, zu Unrecht erlassen hat. Wenn jemand eine Versicherung eingeht und bezahlt, dann muß er auch Rechte haben. Der Landrat als Vorsitzender erhebt Einspruch gegen dieses Urteil. Er ist der Meinung, daß diese prinzipielle Frage von „oben" geregelt werden muß.

Hoffentlich erkennt der Spruchausschuß in Magdeburg seine Pflicht.

Praktische Solidarität mit den Metallarbeitern

Die am 23. Januar tagende Versammlung der Sparer des Roten Frontkämpfer-Bundes, Ortsgruppe Delitzsch, beschloß einstimmig, die Zinsen im Betrage von 24 Mk. der IAH. zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter zu überweisen.

„Gustav von der Elbe" hat abgedaut,

nämlich seinen langjährigen Gerichtsberichterstatter Fischer, denn selbiger geht nun schon eine Woche mit zur Stempelfabrik. Aber feststellen möchten wir, daß F. trotzdem weiter Berichte macht für das Torgauer Wurstblatt. Ja, „Gustav", auch Du wirst die Klinke nicht mitfriegen, auch wenn Du die Arbeiter mit Deiner Zeilenschinderei verhöhnst und verspottest.

Wie kam es

zum Unglück auf der Grube Friedländer

Zu dem gestrigen Betriebsmord im Abraumbetrieb der Friedländer-Kohlengrube erfahren wir noch folgendes:

Die beiden Toten waren in die verklemmten Eisenteile der Maschine völlig eingequetscht. Mit Schweißapparaten wurden die Unglücklichen geborgen, jedoch kam die Hilfe zu spät.

Beide waren verheiratet und hatten Kinder.

Die Ursache des Unglücks liegt nach augenblicklichem Ermessen wahrscheinlich daran, daß ein Zug bei der Abfertigung eine Verspätung erfahren hat und dann unter dem Druck noch versucht worden ist die versäumte Zeit aufzuholen. Infolgedessen sind die beiden Züge aufeinandergestoßen. Der Schaden der Gleise ist erheblich. Die Arbeiter werden gehetzt und angetrieben. So auch auf der Friedländer-Kohlengrube, wodurch dann ein solches Unglück herbeigeführt wurde.

Delitzsch. Bürgermeisterwahl. In der Stadtverordnetensitzung am Dienstag wurde Bürgermeister Böttcher auf 12 Jahre wiedergewählt. 14 Stadtverordnete stimmten dafür, 11 dagegen. Wir veröffentlichen morgen einen ausführlichen Bericht über diese Stadtverordnetensitzung.

Eilenburg. In einer hiesigen Schule brach ein Mädchen aus dem benachbarten Hainichen ein Bein und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Elsterwerda. Ein Auto überrennt die geschlossenen Schranken. Am Prößaer Bahnübergang hatte der Wärter, da der Zug 14.30 Uhr ab Dresden fällig war, die Schranke heruntergelassen. Im selben Augenblick kam ein Auto von Dresden und fuhr mit solcher Wucht gegen die Schranke, daß sie abbrach und auf die Schiene geschleudert wurde. Nur der Geistesgegenwart des Bahnwärters, der die Schranke von den Gleisen sofort wieder entfernte, ist es zu danken, daß ein größeres Unglück vermieden wurde. Kurz nach dem Vorfall fuhr der Zug haarscharf an den Beteiligten vorbei.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Stärker bewölkt mit einzelnen Niederschlägen. Windig bei langsamer Abkühlung.

Für das übrige Deutschland: Im Nordosten unbeständig mit zahlreichen Niederschlägen. Im Süden meist trüb und regnerisch. Im Norden langsamer Temperaturrückgang.

Briefkasten

Neckrühm. Wende Dich persönlich an unsere Rechtsauskunftsstelle, wo Dir genau ausgerechnet wird, wieviel Du zu zahlen hast.

Verantwortlich: Walter Knöpfel, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilhelm Bornack Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. – Postscheckkonto Leipzig 107001
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Querfurt. Sonntag, 29. Januar, 15 Uhr, im „Schützenhaus", Parteiversammlung. Kein Genosse darf fehlen. Referent: Genosse Hirlemann.

Goddula. Sonntag, 29. Januar, 15 Uhr, Mitgliederversammlung im „Grünen Hof".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Freitag, den 27. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Frauenversammlung. Referent: Genosse Schippa.

Nebra. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, bei Genossen Müller, Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch und Verbandsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

Nebra. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Benkwitz.

Teuchern. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, bei Nietsch, Gründungsversammlung.

Zeitz. Die Stadtdelegierten-Konferenz findet erst am Dienstag, dem 31. Jan., statt.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wittenberg. Freitag, den 27. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Generalversammlung der Zellengruppe 1. Alle Genossen der Betriebs- und Straßenzellen haben zu erscheinen.

Zahna. Freitag, den 27. Januar, 20 Uhr, bei Haberland Generalversammlung.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen-Nordhausen

Schraplau. Freitag, den 27. Januar, 20 Uhr, in Müllers Saal öffentliche Einwohnerversammlung. Referenten: Genosse Kilian und Genosse Steinmetz.

Nordhausen. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Gemütlichkeit", Mitgliederversammlung.

Sangerhausen. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, im „Herrnkrug", LPP.-Feier. Referent: Genossin Krüger, M. d. L.

Roßla. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, in der „Gemeindeschenke", öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kilian, M. d. L.

Zappendorf. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, bei Raabe, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Lademann, M. d. L.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mühlenberg. Freitag, den 27. Januar, 20 Uhr, bei Ober Arbeitsgebietskonferenz. Es nehmen teil die Ortsgruppen Bockwitz, Naundorf, Dollstädtb. Referent: Genosse Thiele.

Torgau. Freitag, den 27. Januar, 20 Uhr, in der „Weißschenke" Arbeitsgebietskonferenz. Es nehmen teil die Ortsgruppen Torgau, Zedritz, Nichtewitz. Referent: Genosse Holzweißig.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Die Mitgliederversammlung muß umständehalber auf Donnerstag, den 2. Februar, verschoben werden.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gaulsführung: Hugo Müller, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof 2 Tr. Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Fritz Brückner, Leipzig Nr. 14971. Warenvertriebsstelle des RFB. Wilhelm Stöbel, Halle, Gr. Klausstraße 10.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. 19. Kameradschaft, Abteilung 4. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im „Preußischen Adler", Kameradschaftsversammlung. Es ist Pflicht jedes Kameraden zu erscheinen.

Halle, Abteilung 1 (Osten), Kameradschaft 13a. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, bei Lohse, Dessauer Straße, Versammlung. Alle in der RFB. organisierten Kameraden 1 Stunde früher.

Halle, Abteilung 1 (Osten). Sonntag, 29. Januar, 1/10 Uhr pünktlich, treffen sich alle Kameraden in ihren Kameradschaftslokalen. Jeder Kamerad muß erscheinen.

Halle, Abteilung 1 (Osten), Kameradschaft 22a. Montag, 30. Januar, 20 Uhr, Versammlung im „Röhsel", Ziemitz.

Döllnitz. Freitag, den 27. Januar, im „Palmbaum", Döllnitz, 19½ Uhr, Mitgliederversammlung. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Mettin. Sonnabend, 28. Januar, findet im „Kleinen Schwetzerling", Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht sämtlicher Mitglieder zu erscheinen. Gruppenführer haben restlos einzuladen.

Tischerben. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, bei Bolze, Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Jungfront

Ammendorf. Rote Jungfront. Freitag, den 27. Januar, 20 Uhr, im „Burgschlößchen" Generalversammlung der Roten Jungfront. Auch die Kameraden müssen erscheinen welche 1927 über 21 Jahre geworden sind.

Halle. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, Gemeinsame Veranstaltung mit dem RJVD. in folgenden Lokalen:

Abteilung Norden und Osten: „Volkspark".
Abteilung Westen und Süden: „Produktivs-Genossenschaft".
Abteilung Zentrum: „Gesellenheim", Klosterstraße.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Vollversammlung. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Querfurt. Sonntag, den 29. Januar, 17 Uhr, im „Schützenhaus" Vollversammlung. Kein Kamerad darf fehlen, insbesondere die Kapelle muß zur Stelle sein. Referent: Kamerad Scheibner.

Kötzschen-Benna. Freitag 20 Uhr treffen sich alle Jungfront-Kameraden beim Kameraden Weigelt.

Kötzschen-Benna. Sonnabend 20 Uhr Vollversammlung beim Kameraden Weigelt. Kein Kamerad darf fehlen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Neumark. Sonntag, 29. Januar, 15 Uhr, Mitgliederversammlung.

Untergau Weißenfels

Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Untergaukonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Referent der Gauführung ist anwesend.

Weißenfels. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, gehen alle Kameraden, die Mitglied des Verbandes der Schuhmacher sind, in die Generalversammlung im „Stadttheater".

Weißenfels. Sonntag, 29. Januar, 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Untergaukonferenz. Referent der Gauführung anwesend. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Weißenfels. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, Versammlung der 1. Kameradschaft im „Gewerkschaftshaus". Gruppenführer laden ein.

Jungfront

Weißenfels. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, Jungfrontveranstaltung im Saale des neuen Jugendheimes, Langendorfer Straße, Lichtbildervortrag. Rote Armee. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Untergau Naumburg

Naumburg. Freitag, den 27. Januar, im „Goldenen Hahn", 20 Uhr, Jahresversammlung. Jeder Kamerad hat zu erscheinen.

Nebra. Sonnabend, 28. Januar, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Untergau Mansfeld (Gestreite)

Hettstedt. Sonntag, 29. Januar, 14 Uhr, findet die Generalversammlung im „Friedrich-Wilhelmsbade" statt. Die Kameraden der Ortsgruppe haben restlos zu erscheinen. Die nicht erscheinenden Kameraden werden zur Verantwortung gezogen. Am Sonnabend, 28. Januar, müssen alle Instrumente des Spielmannszuges in der Wohnung des Ortsgruppenleiters abgegeben werden. Die Bezirksführer haben dafür zu sorgen.

Untergau Sangerhausen

Sangerhausen. Sonntag, 29. Januar, beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe an der LPP.-Feier in Riestedt. Abmarsch 18 Uhr vom „Herrnkrug". Spielmannszug zur Stelle.

Untergau Nordhausen

Nordhausen. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Jungfront

Nordhausen. Freitag, 27. Januar, Zusammenkunft.

Untergau Bitterfeld

Zschornewitz, Golpa, Gräfenhainichen. Sonntag, 29. Januar, 15 Uhr, im „Café Sport" in Zschornewitz Werbebezirkskonferenz aller Kameraden und Parteigenossen. Jeder Genosse und RFB.-Kamerad muß erscheinen. Referent: Hugo Müller, Halle.

Untergau Wittenberg

Abteilung Wittenberg. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Mitgliederversammlung.

Abteilung Piesteritz. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im „Schützenhaus", Klein-Wittenberg, Mitgliederversammlung.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Sonnabend, den 28. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung in der Quelle. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbücher mitbringen.

Elsterwerda. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, Monatsversammlung der Ortsgruppe in der „Quelle".

Jungfront

Mühlenberg-Bockwitz. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, in Mühlenberg, Liebknecht-Führerabend der Roten Jungfront. Alle Kameraden müssen daran teilnehmen. Bringt Eure Freunde und Kollegen mit.

Untergau Zeitz

Streckau. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Jungfront

Zeitz. Sonntag, 29. Januar, Ausmarsch. Antreten 9 Uhr, Schützenplatz.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Gruppe Nord. Freitag 20 Uhr öffentlicher Gruppenabend im „Volkspark". Musikinstrumente mitbringen.

Halle. Heute, Donnerstag, 1/19 Uhr, Treffen, Großer Berlin, zur Teilnahme am Führerabend der Roten Jungfront; Metallarbeiter gehen a. die Lehrlingsversf.

Halle, Gruppe Zentrum. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im „Gesellenheim", Klosterstraße. Thema: Schwarzer Sonntag. Referent: Gen. Fritz. Musikinstrumente mitbringen.

Halle, Gruppe Westen. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", öffentlicher Gruppenabend. Thema: Schwarzer Sonntag. Referent: Gen. Fritz. Musikinstrumente mitbringen.

Ammendorf. Freitag, 27. Januar. Mandolinenspieler, Instrumente mitbringen.

Ammendorf. Freitag, 27. Januar, 21 Uhr, treffen sich alle Genossen, die Lust zum Theaterspielen haben, im „Jugendheim"; vorher Brettspiele.

Ammendorf. Sonnabend, 28. Januar, 1/20 Uhr, im „Heim", Funktionärsitzung. Wichtige Tagesordnung. Alle müssen erscheinen.

Ammendorf. Sonntag, 29. Januar, 1/20 Uhr, Treffen am „Jugendheim".

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Schkeuditz. Sonntag, 29. Januar, 1/19 Uhr, stehen alle Genossen am „Jugendheim" zum Besuch einer Nachbarortsgruppe.

Unterbezirk Merseburg

Kötzschen-Benna. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, bei Weigelt, Gruppenabend. Thema: Geschichte der proletarischen Jugendbewegung. Jungfrontkameraden und Gäste sind willkommen.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 27. Januar, Fortsetzung des Kursus im „Jugendheim".

Weißenfels. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, beteiligen sich alle Genossen an der Veranstaltung der RJ. im „Jugendheimsaal".

Weißenfels. Sonntag, 29. Januar, Agitationstour. Abmarsch früh 1/9 Uhr vom Rilakstweg. Pflichtveranstaltung. 20 Uhr im „Jugendheim" Spielabend.

Zeitz. Freitag, 27. Januar, Turn- und Spielabend.

Zeitz. Sonntag, 29. Januar 1/10 Uhr, Unterhaltungsabend im „Heim".

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Sonnabend, 28. Januar, Arbeitsabend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Sonnabend, 28. Januar, Gedächtnisfeier der RJ. in Mühlenberg. Wir beteiligen uns geschlossen daran.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Halle. Donnerstag, 26. Januar, 18 Uhr, Uebungsstunde des Spielmannszuges bei Möbel, Unterberg.

Ammendorf. Freitag, 27. Januar, 1/17 Uhr, im „Heim", Spielnachmittag.

Weißenfels. Sonnabend, 28. Januar, von 17 bis 19 Uhr, Mitgliederversammlung im „Gewerkschaftshaus"

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Das Bureau der Gauleitung ist täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet (Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 5.)

Halle. Achtung, Sprechchorprobe! Freitag, den 27. Januar, 20 Uhr, im „Pfälzer Schießgraben". Theaterspieler ebenfalls. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Bund der Freunde der IAH.

Internationale Arbeiterhilfe

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 II. pt. Teleph. 29150

Das Bureau ist geöffnet vormittags 11 bis 12 Uhr und nachmittags 3½ bis 6½ Uhr.

Kinderbewegungschor der IAH.

Halle. Dienstag, 31. Januar, in der „Hermann"-Schule, Kinder unter 10 Jahren von 17¼ bis 18¼ Uhr. Kinder über 10 Jahren von 18¼ bis 19¼ Uhr.

Neumark. Heute, Donnerstag, 20 Uhr, bei Schumann, Versammlung.

Delitzsch. Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im „Lindenhof", Generalversammlung. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes unbedingt an der Generalversammlung teilzunehmen.

Schkeuditz. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, Lokal „Silber", Generalversammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Bureau: Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf 24425

Halle. Sonntag, 29. Januar, 10 Uhr, im Bureau, wichtige Sitzung des Bezirksvorstandes.

Landsberg. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, Werbeabend, unter Mitwirkung der Proletarischen Tribüne Halle, Arbeiter-Gesangverein Reinsdorf und Musikvereinigung. Referent: Genosse Otto Härtel, Halle.

Zeitz. Sonnabend, 28. Januar, 20 Uhr, „Schuhmacherherberge", Generalversammlung. Alles hat zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045, (Verl.) 21047 (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1003 46 Fritz Kreß, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Donnerstag, 26. Januar 1928** | **8. Jahrgang • Nr. 22**

Uebt Solidarität mit den Streikenden!

Die Front steht unerschütterlich

Kampfstimmung: glänzend

Die Zentralstreikleitung teilt mit, daß die Aussperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer, die gestern in Kraft treten sollte, nach den vorliegenden Meldungen ziemlich restlos durchgeführt ist. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Magdeburg beträgt 20 000. In Halle sind es 8000 Arbeiter, jedoch zumeist Streikende. In Thale a. H. sind 4300 Arbeiter durch die Unternehmer auf die Straße geworfen worden. Dagegen hat in Merseburg nur ein kleiner Betrieb ausgesperrt. Außer der Aussperrung in Freithal und Riesa, Orte, die gar nicht dem mitteldeutschen Tarifvertrag angeschlossen sind, hat auch die Zeitzer Eisengießerei ihrer Belegschaft gekündigt und auf die Straße geworfen. Die Kampfbegeisterung der ausgesperrten und streikenden Arbeiter ist nach wie vor sehr gut.

*

Die Streikfront der Metallarbeiter steht unerschütterlich. Alle Versuche der Metallindustriellen, durch Zuschriften, in Rücksprachen, durch Bekanntmachungen und mit Drohungen die Metallarbeiter einzuschüchtern, sind erfolglos. Die Front der Unternehmer dagegen steht gar nicht so fest, wie man vortäuschen möchte. Eine Anzahl Firmen, die nicht dem Metallindustriellenverband angeschlossen sind (z. B. Bühring, Landsberg, Nattorp & Eberhardt, Hohenthurm) versuchen mit Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zu verhandeln, um zu verhindern, daß hier auch die Arbeiter in den Streik treten. An den Aussperrungsbefehl der Industriellen kehren sie sich nicht. Aber die Arbeiterschaft darf sich auch nicht an die besonderen Wünsche dieser Herren Industriellen kehren, sondern sie muß auch dort den Kampf aufnehmen.

In Halle findet heute die Auszahlung der Streikunterstützung für zwei Wochen statt. Die Solidaritätsaktion der gesamten Arbeiterschaft wird überall freudig begrüßt. Eine Generalversammlung des RFB. in Halle bewilligte der IAH. zur Auszahlung an die Streikenden 200 Mk. Zahlreiche Betriebe geben Sympathieerklärungen für die Streikenden ab und versichern, daß sie am Freitag

einen vollen Stundenlohn an die IAH. für die Streikenden

abliefern werden.

Im hallischen Bezirk sind weitere Aussperrungen vorgenommen worden. So wurde in Bebitz (Saalkreis) die zirka 200 Mann betragende Belegschaft der Mitteldeutschen Flanschenfabrik ausgesperrt. In Zeitz wurden die Belegschaften der Zeitzer Eisengießerei A.-G. mit Kündigungen und die Dampfkesselfabrik G. Schumann ohne Kündigung ausgesperrt.

Heute abend um 7 Uhr findet in Zeitz eine Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Vertrauensleute statt,

in der unbedingt Maßnahmen getroffen werden müssen, die diese Aussperrungsaktion der Unternehmer so beantworten, daß ihnen der Appetit vergeht. Durchführung des Streikes in den anderen Betrieben wird auch hier die Parole sein!

In Merseburg haben eine Anzahl Firmen die Forderungen der Metallarbeiter bewilligt. Dort wird gearbeitet. Die Firma Schlienz & Becker sperrte zwei organisierte Arbeiter aus, was die reformistische Gewerkschaftsleitung immer noch nicht mit der Ausnahme des Kampfes in den anderen Betrieben beantwortet hat.

Die bürgerliche Presse wünscht nach wie vor die schleunigste Beendigung des Kampfes durch die Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens und die Verkündung der Verbindlichkeit.

Gute Kampfstimmung im Magdeburger Bezirk

Die Kommunistenhetze der Reformisten bleibt nicht unbeantwortet

Die mit wenigen Ausnahmen restlos durchgeführte Aussperrung hat den Kampfgeist der Metallarbeiter nur gesteigert. In Burg haben die Unternehmer nicht ausgesperrt. Es kommen hier nur einige Mittelbetriebe in Frage. Soweit Mitteilungen vorliegen, sind in allen übrigen Orten, bis auf ganz kleine Betriebe, die Arbeiter ausgesperrt.

In Magdeburg veranstalteten gestern die streikenden Metallarbeiter eine gewaltige Kundgebung in der Stadthalle. Der Vervollmächtigte Kaulfers schlug unter dem Druck der glänzenden Kampfstimmung ziemlich radikale Töne gegen kapitalistische Rationalisierung und den Landesschlichter in Magdeburg an. Im selben Atemzug lobte er den Schlichter des Reichsarbeitsministeriums, der sich täglich bemühe, die Parteien näher zu bringen und 1 bis 2 Pfennig Erhöhung über den Magdeburger Schiedsspruch vorschlug. Wenn der Schlichter des Reichsarbeitsministeriums die Angelegenheit gleich in die Hand genommen hätte, wäre es nach Ansicht von Kaulfers nicht zu einem Kampf gekommen (!!).

Zwei Drittel seiner Rede verwandte er, um mit demagogischen Verdrehungen der Wahrheit die kämpfenden Metallarbeiter gegeneinander aufzuhetzen. Welche weiteren Kampfmaßnahmen durchgeführt werden sollen, um die Schlagkraft der Arbeiter zu erhöhen, vergaß er oder konnte er nicht sagen.

In wirkungsvoller Weise brachte Genosse Breitbach die Stimmung der kämpfenden Metallarbeiter und ihr Drängen auf Verschärfung des Kampfes zum Ausdruck. Nur durch die zielklare Arbeit der Opposition würde die reformistische Leitung vorwärts getrieben. Deshalb die gemeine Hetze gegen die in vorderster Linie kämpfenden kommunistischen Kollegen.

In Schönebeck und Umgebung, das nicht zum mitteldeutschen Industriegebiet gehört, befinden sich die Metallarbeiter ebenfalls in Bewegung. Hier laufen Manteltarif und Lohntarif zusammen ab. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen 3 Pfennig Zulage geboten.

Es ist notwendig, im Interesse der geschlossenen Kampffront, daß die Schönebecker Metallarbeiter dieses höhnische Angebot mit Aufnahme des Kampfes beantworten, um mit den Magdeburger Kollegen die 15-Pfennig-Forderung durchzusetzen.

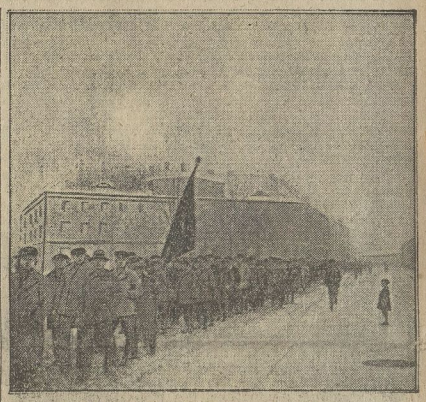
Auch die Buchdrucker fordern Lohnerhöhung

Der Hauptvorstand des Buchdruckerverbandes hat den bis zum 31. März 1928 laufenden Lohntarif gekündigt. Bei der Veröffentlichung dieses Beschlusses weist der Verbandsvorstand darauf hin, daß er unbedingt daran festhalten werde, eine ausreichende, der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung diesmal durchzusetzen, da eine von ihm geforderte zwischentarifliche Lohnregelung, die er bereits im November v. J. anstrebte, an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert sei.

Ein glänzendes Beispiel praktischer Solidarität

In der gestrigen stark besuchten Generalversammlung des RFB., Ortsgruppe Halle, nahmen die Mitglieder u. a. auch Stellung zum gegenwärtigen Metallarbeiterkampf. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Arbeiter im Betriebe, führt Beschlüsse herbei, wonach Ihr für die Dauer des Streikes einen Stundenlohn zeichnet. Wo Sammellisten fehlen, fordert sie sofort telephonisch 29150 oder persönlich im Bureau der IAH., Große Steinstraße 16, ab. Der Metallarbeiterkampf ist ein Kampf für die gesamte Arbeiterklasse.



Die hallischen Metallarbeiter demonstrieren

Um was es geht

—e. Halle, 26. Januar.

Soll man eigentlich noch einmal beweisen, daß der Kampf um Lohnerhöhung für die Metallarbeiter sich auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage absolut notwendig machte? Wir bewiesen ja schon in früheren Aufsätzen, daß die reale Kaufkraft der Tariflöhne in der Zeit der Stabilisierung sich um keinen Pfennig vermehrt hat. Umgekehrt war es aber der Bourgeoisie möglich, allein schon ihren Luxusverbrauch ganz gewaltig zu steigern. So verratet uns eine Tabelle der „Reichskreditgesellschaft" über die Einfuhr einiger Luxuswaren, die natürlich nur die Bourgeoisie verbraucht, folgendes:

	1926 In Millionen Mark	1927 In Millionen Mark
1. Vierteljahr	92,6	142,8
2. „	80,8	125,5
3. „	103,0	144,7
4. „	40,6	77,7

Gibt diese Tabelle ebenfalls eine Antwort auf die Frage, ob die Arbeiterklasse auch nur einen geringen Anteil an der Hochkonjunktur gehabt hat? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Die schlechte Lebenslage der Arbeiterklasse wird auch noch dadurch illustriert, daß der Verbrauch an Fleisch, Kaffee usw. pro Kopf der Bevölkerung noch lange nicht den Verbrauch von 1913 erreicht hat, obwohl, wie die Luxusausgaben der Bourgeoisie beweisen, die Bourgeoisie ihren Verbrauch ungeheuerlich gesteigert hat.

Mit diesen Feststellungen fallen auch gleichzeitig alle Redensarten der Metallindustriellen über ihre „Notlage" in sich zusammen.

Doch im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf geht es um viel mehr, als um die 15 Pfennig Lohnerhöhung! Bei der Ablehnung der Lohnforderung durch die Unternehmer steht besonders die Furcht vor der Erschütterung der relativen Stabilisierung durch Lohnerhöhung und Einführung des Achtstundentages im Vordergrund. Neben anderen wichtigen Faktoren (Auslandsanleihen usw.) waren die auf Kosten der Werktätigen durchgeführte Rationalisierung, die schlechte Entlohnung und die lange Arbeitszeit die wichtigsten Voraussetzungen zur relativen Stabilisierung. Jede Veränderung in diesen Fundamenten des wackligen Konjunkturgebäudes der deutschen Bourgeoisie kann das ganze Gebäude zum Zusammenbruch bringen. Das befürchten die Industriellen und darum lehnen sie kategorisch jede Lohnerhöhung ab, weil sie keine Lust haben, auf ihre Kosten unter Verzicht auf ihre Profite und Extraprofite die Stabilisierung zu erhalten. Daß besonders in diesem Kampfe die Unternehmer hartnäckig auf Ablehnung der Lohnforderungen beharren, liegt aber auch daran, daß auch sie erkannt haben, es handelt sich hier um ein entscheidendes Vorhutgefecht, dessen Verlauf alle anderen Kämpfe beeinflussen wird, die sich im Jahre 1928 in großer Zahl entwickeln werden. Nicht zuletzt werden diese Wirtschaftskämpfe auch einen großen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen haben. Darum möchte, ähnlich wie im Bergarbeiter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280126-17/fragment/page=0013